



Politische Berichte

Nummer 12 / 14. Jahrgang

3. Juni 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

Rasche Schritte zu gleichen Rechten für alle Einwohner der BRD sind nötig, um den Terror zu stoppen.

Faschistische Anschläge: Die Drahtzieher verbieten!

Mit 521 Ja- gegen 132 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen hat der Bundestag am 26.5. die Grundgesetzänderung beschlossen und das Asylrecht in der BRD faktisch abgeschafft. Zwei Tage später geschah das, was auch unmittelbar nach der Vereinbarung des unsäglichen „Asylkompromisses“ zwischen CDU/CSU, FDP und SPD bereits passiert war: In mehreren Städten fanden Brandanschläge auf Flüchtlingsheime und auf Häuser statt, die von Einwohnern mit ausländischem Paß bewohnt werden. Bei dem Anschlag auf das Haus der seit 30 Jahren in der BRD lebenden türkischen Familie Genc in der Solinger Innenstadt starben fünf Menschen, darunter drei Kinder im Alter von vier, neun und 13 Jahren. Damit wurden in diesem Jahr in der BRD schon wieder acht Menschen bei faschistischen Anschlägen umgebracht.

Es ist tatsächlich pure Heuchelei, wenn Politiker der großen Koalition zur Abschaffung des Asylrechts den Anschlag in Solingen verurteilen. Auch Bundespräsident von Weizsäcker (CDU), der die faktische Abschaffung des Asylrechts demnächst unterschreiben will, will vor allem Spuren verwischen, wenn er dazu auffordert, „alle miteinander bessere Nachbarn zu werden“. NRW-Ministerpräsident Rau (SPD) äußerte sich ähnlich. Er könnte doch wissen, daß die *Nachbarn der Familie Genc die Polizei mehrfach auf Bedrohungen durch Skinheads hingewiesen haben*, die sich regelmäßig in einer wildwüchsigen Parkanlage unmittelbar hinter dem Haus trafen. Die Polizei unternahm jedoch nichts.

Die Bundesanwaltschaft, die die Ermittlungen an sich gezogen hat, präsentierte inzwischen einen 16-jährigen als Täter. Der Haftbefehl lautet auf Mord. Nach Rundfunk-Berichten hat er gestanden und vier Mittäter genannt. Doch obwohl es nachweisbar Verbindungen der rechtsradikalen Skinhead-Szene in Solingen zu ehemaligen Mitgliedern der FAP, der NPD und der REP gibt, die heute rege Kontakte zur *Deutschen Liga* in Köln unterhalten, wird dieser Hintergrund aus der öffentlichen Diskussion herausgehalten. Dabei steht doch die Frage: Wer bringt denn jugendliche Heranwachsende überhaupt auf die Idee, Häuser anzustecken, nur weil darin Menschen ohne deutschen Paß leben? Wer sind die Drahtzieher?

Erst vor 14 Tagen wurde bei einer Schlägerei auf einer Kirmes in einem So-

linger Vorort der Geschäftsführer der aus den REP entstandenen Düsseldorf *Freien Wählergemeinschaft*, Torsten Lemmer, gesichtet. Er ist Manager der faschistischen Musikgruppe *Störkraft* und wurde vor kurzem Mitherausgeber der *Deutschen Liga* nahestehenden Zeitung „*Europa vorn*“. Welche Nachforschungen gibt es in dieser Richtung?

Bundesarbeitsminister Blum (CDU) hat in einem Kommentar der *Bild*-Zeitung am 1.6. zwar die REP angegriffen, die derzeit erhebliche Kräfte aus dem rechtsradikalen Lager sammeln. Er bezeichnete sie als „Schreibtischtäter der Gewalt“ und brachte ein Verbot ins Gespräch, endete jedoch demagogisch beim christlichen Anstand: „Es gehört sich einfach nicht, Republikaner zu sein“. Und nur wenige Politiker aus SPD, FDP und Grünen haben Schritte hin zu gleichen Rechten für alle in der BRD lebenden Menschen und die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft gefordert.

Es gibt offensichtlich durchaus ein Interesse staatstragender Kräfte am Terror faschistischer Gruppen, wenn auch sicherlich in begrenztem Rahmen. Ihnen geht es um die Vertreibung von Teilen der Arbeitskräfte ausländischer Nationalität. Der Bundestagsabgeordnete Conradi (SPD) hat bereits am 12.11.1992 die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage im Bundestag veröf-

fentlicht, wonach 1989 438.082 Ausländer die Bundesrepublik verließen, 1990 465.470 und 1991 bereits 497.476. Durch die Rationalisierungsmaßnahmen vor allem der großen Konzerne wurden in den letzten Jahren Hunderttausende auf die Straße gesetzt. Der Kapitalexpert nimmt zu, die Konzerne verlagern immer mehr Fertigungsstätten direkt in Billiglohnländer. Gleichzeitig werben sie mit Hilfe des völkischen Staatsbürgerschaftsrechts des Grundgesetzes gezielt „Aussiedler“ und auf Grundlage von Werkverträgen Billigst-Arbeitskräfte aus den ost- und südosteuropäischen Ländern an, die unter Tarif bezahlt werden.

Diese Umwälzungen werden durch den faschistischen Terror beschleunigt, anders als bei Blums Gesetz zur „Rückkehrhilfe“ von 1984 auch noch kostenlos. Dazu paßt es, daß der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor (SPD) die Ausweisung der türkischen Jugendlichen ankündigte, die bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei in den Tagen nach dem Anschlag festgenommen wurden.

Die Verbitterung über die Anschläge in Mölln und jetzt in Solingen gerade unter der türkischen Bevölkerung ist nicht zuletzt deswegen so groß, weil es sich vielfach um Menschen handelt, die hier aufgewachsen sind. Bereits am Samstag demonstrierten an die 10.000 Leute in

Solingen. Antifaschistische Losungen wie „Die Brandstifter sitzen in Bonn“ und Forderungen nach gleichen Rechten, Wahlrecht für alle Einwohner der BRD und Auflösung und Verbot faschistischer Organisationen bestimmten das Bild. Die heuchlerischen Reaktionen der offiziellen Politik haben die Situation angeheizt. Die vermutlich von der Polizei verbreitete Behauptung, Autonome hätten die Krawallen in den Nächten zum 31.5. und 1.6. mitgetragen, ist dennoch glatt gelogen. Sie wurden nach Aussagen ausländischer Organisationen von türkischen Faschisten organisiert.

Wenn nicht weitere Anschläge folgen sollen, muß rasch die Rechtsstellung der Einwohner mit ausländischem Paß verbessert werden. Die bestehenden Möglichkeiten zum Verbot faschistischer Organisationen müssen endlich angewendet werden, und zwar gerade auch gegen NPD, DVU und REP. Die Aktionen, die in den nächsten Tagen an vielen Orten stattfinden, sollten dazu genutzt werden, den Druck für solche Forderungen zu verstärken. Darum geht es auch einem breiten Bündnis antifaschistischer Kräfte, das zu einer Großdemonstration am Samstag, 5.6.1993, in Solingen aufruft, das auch von gewerkschaftlichen Kräften unterstützt wird.

Quellen: Extra des *Solinger Tageblattes*, 29.5.; *Frankfurter Rundschau*, 1.6.93; *Antifaschistische Zeitung NRW* 1/93 — (wof)

Kurdische Einheitsfront

100.000 Menschen demonstrierten am 29.5. in Bonn für die Menschenrechte des kurdischen Volkes und für dessen Selbstbestimmungsrecht. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis kurdischer Organisationen, das auf Initiative der PKK gebildet worden war. Von links nach rechts: PUK-Generalsekretär Talabani, PKK-Generalsekretär Öcalan und PSK-Generalsekretär Kemal Burkay am 16.4. in Bar Elias (Libanon). (Siehe auch S. 4) — (rül, Bild: Berxwedan)



BVG weist neuen § 218 zurück

Fristenregelung bleibt — aber mit erheblichen Erschwernissen

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) vom 28.3.93 ist die Reform des § 218 vom Juni 1992 in mehreren Punkten, aber nicht prinzipiell, verfassungswidrig.

Der Kernpunkt, den das Gericht beanstandet hat, ist, daß der neue § 218 Abtreibung nach Pflichtberatung innerhalb der ersten zwölf Wochen „nicht rechtswidrig“ bezeichnete. Dagegen wurde, wie schon im BVG-Urteil von 1975, für Recht erkannt, daß Abtreibung grundsätzlich verboten bleibt. Nur so könne das ungeborene menschliche Leben als selbständiges Rechtsgut — auch gegenüber seiner Mutter — geschützt werden. Die grundsätzliche Rechtspflicht zur Austragung der Schwangerschaft entfällt nur bei schwerwiegenden Notlagen, auch bei Belastungen, die eine unzumutbare „Aufopferung eigener Lebenswerte“ verlangen.

Im Gegensatz zur Entscheidung von 1975 gesteht das neue Urteil dem Gesetzgeber zu, von einer Strafe auch dann abzusehen, wenn keine ärztlich festge-

stellte Indikation vorliegt. Er kann stattdessen den Schwerpunkt auf Beratung der Schwangeren legen, wenn er meint, das ungeborene Leben „wirksamer mit der Mutter“ schützen zu können.

Um die grundsätzliche Rechtswidrigkeit der Abtreibung trotzdem weiter zur Geltung zu bringen, hat das Gericht schärfere Vorschriften über Inhalt und Durchführung der Pflichtberatung erlassen, als im reformierten § 218 vorgesehen. Das staatlich kontrollierte Ziel der Beratung, die allerdings auf Wunsch anonym stattfinden soll, muß künftig die Ermunterung „zur Fortsetzung der Schwangerschaft“ sein. Als weitere Maßnahme dürfen „rechtswidrige“ Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr in staatlichen Einrichtungen durchgeführt und von der Krankenkasse bezahlt werden; die Lohnfortzahlung bleibt jedoch erhalten. Etwa 400 DM für einen ambulanten oder ca. 1.200 DM für einen stationären Eingriff muß die Frau künftig selbst bezahlen bzw. die Sozialhilfe, wenn die Frau dazu nicht in der Lage ist.

Mit dem Urteil ist die Fristenregelung im Kern anerkannt: Die Frau entscheidet letztlich über einen Abbruch in den ersten drei Monaten, ohne für sich oder den Arzt eine Bestrafung zu riskieren. Insofern ist die Klage vom Land Bayern und den 249 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion erfolglos geblieben.

Die „moralische Verurteilung („Rechtswidrigkeit“) einer abtreibenden Frau, die heuchlerische und bevormundende staatliche Inschutznahme des „ungeborenen Lebens“ gegen die Frau, ihre Bedrängung über Zwangsberatung und schließlich ihre finanzielle Abstrafung sind demütigend, unterdrückend und diskriminierend. Die Auseinandersetzung darum wird weiter gehen.

Als nächstes gilt es, auf das neu zu beschließende Gesetz Einfluß zu nehmen, z.B. daß die staatliche Übernahme der Abtreibungskosten unkompliziert geregelt wird. Auch für die Erhaltung von guten Beratungsstellen und für wohnortnahe Abbrucheinrichtungen lohnt es sich einzusetzen. — (evo)

BRD verweigert Rente für überlebende lettische Juden

Bundestagspräsidentin Süssmuth hat die Forderung der lettischen „Vereinigung der überlebenden Opfer“ nach Entschädigung für die lettischen Juden, die Massenerschießungen, Konzentrationslager und Zwangsarbeit überlebt haben, zurückgewiesen. Von den 75.000 Juden, die vor dem Krieg in Lettland lebten, haben nur ca. 300 überlebt. Sie erhalten weder „Entschädigung“ nach dem Entschädigungsgesetz, weil die BRD mit Lettland keine diplomatischen Beziehungen hatte, noch Renten aus dem 1992 vereinbarten 100-Mio.-DM-Entschädigungsfonds für Juden aus Osteuropa, sofern sie nicht mindestens ein Jahr in Westeuropa, Israel oder den USA leben. Im Unterschied zu den Überlebenden des Holocaust erhalten im Krieg verwundete Angehörige der lettischen „SS-Freiwilligen-Legion“ eine BRD-Rente. Viele von ihnen hatten sich vor ihrem Eintritt in die Waffen-SS an Massenerschießungen von Juden beteiligt. — (scs)

Bundesweite Aktion gegen Wohnungslosigkeit

Die an der Nationalen Armutskonferenz beteiligten Organisationen u. a. rufen zu einer Aktion gegen Wohnungsnot und Obdachlosigkeit auf. Mit einer „Nacht der Wohnungslosen“ vom Freitag, 25. Juni, auf Samstag, 26. Juni, soll auf die immer krassere Wohnungsnot aufmerksam gemacht werden: Immer mehr Menschen, zur Zeit in ganz Deutschland eine Million, sind obdachlos, immer mehr sind von Wohnungsverlust und Zwangsräumungen bedroht. Mindestens drei Millionen Bürgerinnen und Bürger müssen in zu kleinen oder heruntergekommenen Wohnungen leben. Menschen, die ihre Wohnungen verloren haben, werden in einen ständig anwachsenden „Markt“ von menschenunwürdigen Notunterkünften abgedrängt, und selbst Normalverdiener finden keine bezahlbaren Wohnungen mehr. — (evc)

Steinkühlers Rücktritt beschädigt IG Metall

Noch am Montag, dem 24. Mai, wandte sich Franz Steinkühler mit einem Brief an alle Funktionäre und Mitglieder der IG Metall. Darin hieß es u. a.: „Sollte jedoch mein Verhalten eine zu große Belastung für die IG Metall sein, so bin ich bereit, meine Funktion als erster Vorsitzender zur Verfügung zu stellen. Unter Berücksichtigung Eurer und der Meinung der Mitglieder werden die zuständigen Gremien unserer Organisation darüber zu entscheiden haben.“ Tags drauf erfolgte der Rücktritt, ein schwerer Schlag für die IG Metall. Die Chance für die Gewerkschaft, zu untersuchen und zu bewerten, wie, durch wen und in welcher Art und Weise in dieser Republik für das Kapital unbequeme Funktionäre der Gewerkschaft abserviert werden können und welche Konsequenzen zu ziehen sind, ist dahin. Zu prüfen gewesen wäre z.B., ob nicht Aktienbesitz von Unternehmen, die durch die IG Metall bestreikt werden können, für Funktionäre der IG Metall generell tabu sein muß. Vermutlich würden da ganz andere Funktionäre „rote Ohren“ bekommen, gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte übrigens eingeschlossen. Agiert haben stattdessen die Großaktionäre auf der Hauptversammlung des Daimler-Benz-Konzerns. Jene Herrschaften haben ihr Ziel erreicht, der Rücktritt ist vollzogen, die IG Metall ist beschädigt, was will man mehr. Die inzwischen aufgenommenen Ermittlungen wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung bleiben abzuwarten. Franz Steinkühler selbst hat in seiner Rücktrittserklärung erklärt, daß er seiner Familie das, was bei seinem Bleiben an andauernden öffentlichen Vorwürfen von interessierter Seite folgen würde, nicht zumuten könne. Recht hat er. Die *Frankfurter Rundschau* vom 26. Mai berichtete über sogenannte Journalisten, die bereits der getrennt lebenden Ehefrau beachtliche Angebote für skandalträchtige Anekdoten machten. Widerlich. — (brr)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Berlin-Kaliningrad

Als der erste „Bernstein-Express“ am 21. 5. startete, verkündete die Anzeigetafel auf dem Berliner Hauptbahnhof als Fahrziel „Königsberg“. Als er sonntags zurückkam, wurde verschämt „Kaliningrad“ angezeigt. In der Rede, die in Kaliningrad für die deutsche Seite verlesen wurde, heißt es: „Die Grenzen des vereinigten Deutschland sind die früheren Bundesrepublik und der ehemaligen DDR.“ Bleiben sie es? Die *Financial Times* widmete dem „Bernstein-Express“ einen dreispaltigen Artikel (25. 5.). Sie berichtet, daß „10000 bis 15000 Wolga-Deutsche sich in den vergangenen vier Jahren um Königsberg herum angesiedelt haben.“ Während die Grafik noch „Kaliningrad“ ausweist, schreibt das Blatt im Text bereits den deutschen Städtenamen. Obwohl doch angeblich britisches Schreibgerät Schwierigkeiten mit „ö“, hat ...

Briefmarke Coburger Convent

Die „Peinlichkeiten“ und „Gedankenlosigkeit“, mit denen wir seit Jenningers berüchtigter Bundestagsrede immer wieder konfrontiert sind, sind derart zahlreich, daß hinter ihnen Methode steht. Nun bringt die Deutsche Bundespost, die soeben Offenbacher Postler abstrafte, weil sie sich weigerten, Nazi-Werbematerial zu verteilen, eine Briefmarke „125 Jahre Coburger Convent“ heraus. Spätestens seit 1894 müssen die Burschenschaftler-Treffs, die in Coburg jährlich an Pfingsten stattfinden, als reaktionär und antisemitisch gelten. 1894 beschloß der Coburger Landsmannschaften-Convent, jüdische Mitglieder nicht zu akzeptieren. 1920 waren Coburger Conventler führend am Kapp-Putsch beteiligt.

Deutsch-polnische Stiftung

Ein Teil der Schulden, die Polen in Deutschland hatte, wurden 1989 in eine „Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit“ eingebracht. Die polnische Zeitung *Sztandar Młodych* wies unter der Überschrift „Die größte Stiftung in Polen — nur für Deutsche?“ darauf hin, daß der übergroße Teil der Stiftungsgelder in Projekte gesteckt wurden, die den wenigen deutschsprachigen Menschen in Polen zugute kämen oder allgemein deutschen Interessen dienten. In der Zeit wird nach unspezifizierten Angaben über Stiftungsgelder, die dem „Gesundheitssektor“ zugute kamen, als zweitwichtigster Posten genannt: „Restauration und Erhalt von wichtigen deutschen und europäischen Kulturdenkmälern und Erhalt von Gedenkstätten“.

Schengener Abkommen bald in Kraft

Bei einem Treffen mit dem neuen französischen „Beigeordneten Minister für Europäische Angelegenheiten“, Alain Lamassoure, hat Kanzleramtsminister Schmidbauer, Koordinator der Bundesregierung für die Geheimdienste, eine baldige Inkraftsetzung des „Schengener

Abkommens“ zur Vertiefung der Polizei- und Geheimdienst-Zusammenarbeit in der EG angekündigt. Frankreich, Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Spanien hätten das Abkommen bereits ratifiziert, der Bundestag wolle bis zur Sommerpause ebenfalls ratifizieren. Fehle nur noch Italien, Portugal und Griechenland, die dem Abkommen später beigetreten seien. Am 30. Juni wollen die EG-Minister in Spanien über nächste Schritte beraten.

Spitzel für Konzerne und Ausland

Die Regierungsparteien haben einen Gesetzentwurf „über die Voraussetzungen und das Verfahren bei Sicherheitsüberprüfungen des Bundes“ im Bundestag eingebracht, der den Geheimdiensten vielfältige neue Arbeitsbereiche eröffnet. Angeblich geht es um die gesetzliche Ordnung der Überprüfung von Personen, die im öffentlichen Dienst Zugang zu „vertraulichen“ Akten erhalten. Nebenbei enthalten: Die Geheimdienste sollen künftig auch „nicht öffentlichen Stellen“ — sprich: Konzernen — sowie „ausländischen Stellen“ (z.B. dem türkischen Geheimdienst) regulär Auskünfte über von ihnen ermittelte „Erkenntnisse“ weiterreichen können. (Ds. 12/4891)

Waigels Grausamkeiten

Finanzminister Waigel bereitet für 1994 (die Gesetze sollen noch vor der Sommerpause eingebracht werden) neue Steuer- und Abgabenerhöhungen sowie Versicherungskürzungen vor. Im Gespräch sind: Kürzung von Arbeitslosen- und Umschülergeld, Kürzungen bei der Sozialhilfe, Anhebung der Arbeitslosenbeiträge und (von Waigel noch bestritten) weitere Anhebungen der indirekten Steuern, mithin alles Maßnahmen, die Personen mit geringen oder gar keinen Einkommen belasten, die Konzerne und Reichen dagegen weiter schonen.

WEU-Aufwertung

Die Verteidigungsminister der NATO-Eurogroup haben eine Aufwertung und Stärkung der WEU beschlossen. Das *Handelsblatt* berichtet, daß die Minister auf ihrer Tagung am 25. Mai in Brüssel die bisher innerhalb der Eurogroup abgewickelten Informationsaktivitäten der NATO sowie das Programm Eurocom auf die WEU übertragen haben. Eurocom dient der Standardisierung der militärischen Kommunikationssysteme in Europa.

Was kommt demnächst?

Vom 9. bis 10. Juni ist Kohl zu Besuch in der Ukraine, danach bis zum 11. Juni in Bulgarien. Ebenfalls am 11. Juni wählt die FDP auf ihrem Bundesparteitag u.a. einen neuen Parteivorsitzenden. Vom 14. bis 16. Juni berät in Paris die WEU auf ihrer Jahrestagung. Am 25. Juni ist SPD-Sonderparteitag in Essen, ebenfalls zur Wahl eines neuen Parteivorsitzenden. Am 2. Juli beginnt die Sommerpause des Bundestags. Der Bundesrat tritt vor seiner Sommerpause noch einmal am 9. Juli zusammen. Vom 7. bis 9. Juli findet in Tokio der nächste Weltwirtschaftsgipfel statt.

Woche der Grausamkeiten Zum Beispiel: Karenztage

Das Fehlen einer Opposition, die die Interessen der „kleinen Leute“ wirksam vertritt, machte sich vergangene Woche schmerzhaft bemerkbar: Franz Steinkühler trat zurück — er hat zwar Anlaß geboten, sein Sturz als Vorsitzender der IG Metall aber wurde aus Bank- und Kapitalkreisen initiiert. Finanzminister Waigel kündigte an, daß der Haushalt 1994 nicht ohne „Schweiß“ zu finanzieren sei. In Bayern trat Stoiber an, in Bonn ein CDU-Abgeordneter zu den „Republikanern“ über. Das Bundesverfassungsgericht verkündete ein Urteil zur Abtreibung, das die Staats- und Kirchenaufsicht über die Schwangere verschärft. Das Asylgrundrecht wurde faktisch abgeschafft, rechte Terroristen dehnen darauf ihre Ausländerfeindlichkeit aus mit Mordanschlägen gegen lange in der BRD wohnende Bürger ohne deutschen Paß. Fast ging in dieser Welle reaktionärer Angriffe unter, daß die Regierung mit einer Vereinbarung zur Pflegeversicherung tiefe Einschnitte in die Sozialversicherung plant, die vor allem die ärmere Bevölkerung hart treffen.

Die Pflegeversicherung wird von Blüm vorgestellt als soziale Tat an jenem Teil der älteren Bevölkerung, der nicht mehr uneingeschränkt selbständig leben kann, sondern auf Hilfestellung bei täglichen Verrichtungen angewiesen ist. Vieles davon wird in der Familie abgewickelt, wo das nicht möglich ist, bleibt oft nur das Pflegeheim. Die Kosten für diese Einrichtungen übersteigen selbst bei über dem Durchschnitt liegenden Renten die Einkommen der Betroffenen — die Sozialhilfe muß eintreten. Schafft nun die Einrichtung einer Pflegeversicherung à la Blüm Abhilfe?

Die Koalitionsvereinbarung sieht vor, daß bei häuslicher Pflege durch Private, meist Familienangehörige, ein monatliches Pflegegeld von 400 DM für „erheblich Pflegebedürftige“, von 800 DM für „Schwerpflegebedürftige“ und von 1200 DM für „Schwerstpflegebedürftige“ gezahlt werden soll; Rentenbeiträge entsprechend 25 %, 50 % bzw. 75 % des Durchschnittseinkommens würden von der Pflegeversicherung für solche Pflegekräfte übernommen. Bei Inanspruchnahme einer Sozialstation sollen Pflegeleistungen bis zu 2100 DM höchstens übernommen werden. Damit „der Anreiz, vorrangig die häusliche Pflege in Anspruch zu nehmen, erhalten bleibt“, wird die Leistung bei stationärer Pflege, also Unterbringung in einem Pflegeheim, ebenfalls auf höchstens 2100 DM monatlich begrenzt — damit sind grob geschätzt sowohl bei häuslicher als auch stationärer Pflege allenfalls die Hälfte bis Zweidrittel der tatsächlichen Aufwendungen gedeckt — wer zahlt den Rest? Einen Hinweis gibt Punkt 10 der Koalitionsvereinbarung: Steuerersparnis durch Sonderausgabenabzug bis zu 360 DM für eine freiwillige Pflegezusatzversicherung für Personen ab Ge-

burtsjahrgang 1963 und jünger. Wer keine private Versicherung hat, bleibt weiterhin auf Sozialhilfe (nachrangig) oder familiäre Unterstützung (vorrangig laut Gesetz) angewiesen.

Man stelle sich vor: Bei einem Krankenhausaufenthalt wird nur die Hälfte der Operation bezahlt; die Konstruktion der Pflegeversicherung ohne vollständige Kostendeckung führt eine sogenannte Grundversorgung ein: Hilfe bei Krankheit und Altersgebrechlichkeit wird vom Geldbeutel abhängig, die soziale Differenzierung in der Gesellschaft wird bedeutend verschärft.

Zur Finanzierung sind Beiträge (1,7 % vom Bruttolohn, hälftig Arbeitnehmer/Arbeitgeber) und Bundeszuschüsse (die Länder und Kommunen mußten Finanzmittel aus gesparter Sozialhilfe an den Bund abtreten) vorgesehen. Den Unternehmern soll Kompensation durch „Absenken der Lohnzusatzkosten“ verschafft werden. Hiergegen richtet sich heftiger Protest aus den Gewerkschaften. Die „Einführung einer Selbstbeteiligung bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall einschließlich der Beamten“, die sogenannten Karenztage, wird abgelehnt. Aus Gewerkschaften, der SPD und sogar von der FDP-Justizministerin ist zu hören, diese Absicht sei wegen Aufhebung der Tarifautonomie — in vielen Tarifverträgen steht die Lohnfortzahlung ab dem ersten Krankheitstag festgeschrieben — verfassungswidrig. Die IG Metall erklärte, sie werde solche Karenztage wegstreiken; die SPD gibt sich richtig linksradikal: Sie wolle nicht vors Bundesverfassungsgericht, nach dem Urteil zum § 218 scheue man das wie „der Teufel das Weihwasser“.

Tatsächlich sollte man den Text der Koalitionsvereinbarung genau lesen, von Tarifverträgen ist darin gar nicht die Rede. Es sollen die ersten beiden Tage bei einer Krankmeldung unbezahlt blei-

ben, wahlweise kann ein Urlaubstag je Krankheitstag angerechnet werden: insgesamt können so bis zu sechs Krankheitstage pro Jahr aus der Lohnfortzahlung herausgenommen werden. Nun gibt es sicher Überlegungen im Ministerium, auch gleich Regelungen in Tarifverträgen aufzuheben, was tatsächlich ein Verfassungsbruch wäre, aber zunächst geht es ausschließlich um das *Lohnfortzahlungsgesetz*. Und das würde auch schon reichen: Erstens wären damit alle Tarifverträge berührt, in denen nur auf das Gesetz Bezug genommen wird; zweitens wären aber all jene betroffen, für die keine Tarifverträge gelten oder die in Bereichen arbeiten, in denen eine Lohnfortzahlungsbestimmung im Tarif fehlt — also ganz besonders Beschäftigte in Niedriglohnbereichen, unständigen Beschäftigten usw.

Schließlich enthält die Koalitionsvereinbarung eine verschärfte Kontrolle von kranken Lohnabhängigen. Wir zitieren: „Stärkere Kontrollen bei Arbeitsunfähigkeit wie gesetzliche Grundlagen für stärkere Kontrollen bei Arbeitsunfähigkeit: Vereinheitlichung und Verschärfung der Anzeige- und Nachweispflicht der Erkrankung; unmittelbare Einschaltung des Medizinischen Dienstes (Vertrauensarzt, d. Verf.) durch den Arbeitgeber; Auffälligkeits- und Stichprobenprüfungen der Krankenkassen; Sanktionen gegen nicht gerechtfertigtes Krankschreiben.“ Aus vielen Statistiken ist bekannt, daß vor allem dort Krankengeschrieben wird, wo die Arbeitsbedingungen schlecht und die Löhne niedrig sind: Verschärfte Kontrollen gegen Kranke statt Beseitigung krankmachender Arbeitsbedingungen — man kann ohne Übertreibung sagen, die Pflegeversicherung sollen die zahlen, die am wenigsten davon haben werden: ausländische Arbeiter, Arbeiter, die durch harte Arbeit kaum in ein Alter kommen, daß sie pflegebedürftig werden. — (alk)



Der „Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten“ liegt jetzt vor. Inhalt: Die bisher für BRD-Staatsbürger geltenden Entschädigungsregelungen sollen künftig auch für ausländische Opfer von Gewalttaten in der BRD gelten. Nur noch zynisch sind die „Kostenerwartungen“ des Gesetzentwurfs zu bewerten: Die Bundesregierung erwartet in den Jahren 1993 bis 1996 jährliche Entschädigungszahlungen an Ausländer in der BRD wegen faschistischer und rassistischer Gewalttaten zwischen 4,0 und 6,6 Millionen DM, d.h. jährlich hunderte von Opfern (Bundestagsdrucksache 12/4889)! Bild: Protestaktion gegen Ausländerfeindlichkeit durch Ladenschließung in Köln. (Foto: af/mz)

Roma fordern Anerkennung als kulturelle Minderheit

Am Sonntag, dem 16. Mai, dem 53. Jahrestag der ersten Deportationen der Roma und Sinti in die faschistischen Vernichtungslager, führten Roma in vielen Städten der BRD Aktionen zum Gedenken an die Opfer des Faschismus durch. Sie verbanden diese Aktionen mit aktuellen Forderungen an die Bundesregierung.

Die Lage der Roma in den Staaten Osteuropas hat sich drastisch verschlimmert. Immer mehr versuchen, in die BRD zu fliehen. An den deutschen Grenzen wird Bundesgrenzschutz eingesetzt, um ihnen diese Flucht unmöglich zu machen. Allein seit Januar 1992 sind dem Roma National Congress (RNC) dreißig Fälle von vermissten Personen gemeldet worden. Immer wieder werden Leichen von Ertrunkenen an die Ufer von Oder und Neiße gespült.

Auch deshalb hat ein Verband der Roma, der Roma National Congress, ein Postulat gegenüber der Bundesregierung formuliert:

1. Anerkennung der Roma als ethnische und kulturelle Minderheit vor dem Hintergrund der besonderen Verantwortung des deutschen Volkes gegenüber

den überlebenden Roma des Holocaust.

2. Ein gesichertes Bleiberecht für Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien im Rahmen einer einmaligen humanitären Aktion, analog der Aufnahme von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion.

3. Sofortige Einstellung der Finanzierung der für Roma errichteten „townships“ in den Ghettos osteuropäischer Staaten.

4. Behandlung von Roma-Flüchtlingsentsprechend der Genfer Konvention und Ausstellung von Flüchtlingspässen im Einklang mit der Konvention.

5. Konkrete Umsetzung der bisherigen europäischen Resolutionen und Empfehlungen durch besondere Maßnahmen.

6. Unterzeichnung der Resolution 62 der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 5. März 1992 mit dem Titel *Schutz der Roma*.

7. Keine Vergabe von deutschen Hilfen an Staaten, die Menschenrechtsverletzungen an Roma begehen.

Zur Unterstützung dieser Forderungen werden derzeit in Dachau und Neuenengamme Aktionen seit dem 16. 5. fortgeführt. Die VVN/BdA hat ihre Unterstützung für diese Aktionen und für die

Forderungen der Roma erklärt. In Dachau haben über 40 Roma, ausgelöst durch den Hungerstreik der Schriftstellerin Anita Geigges, in der Evangelischen Versöhnungskirche auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau Zuflucht gefunden. Inzwischen sind weitere Flüchtlinge, die Angst vor der drohenden Abschiebung haben, dazugekommen. Die KZ-Gedenkstätte dient ihnen als Fluchtbüro. Die Aktion soll den oben dokumentierten Forderungen Nachdruck verleihen.

Bei Hamburg versuchten ca. 150 Roma und ihre UnterstützerInnen am 16. 5., auf das Gelände der KZ-Gedenkstätte Neuenengamme zu gelangen, dort ihrer Opfer zu gedenken. Ein massives Polizeiaufgebot verhinderte dies. Schon Tage vorher sperrte die Polizei die Gedenkstätte ab und errichtete auf dem Gelände eine Einsatzzentrale. Die KZ-Gedenkstätte ist von der Polizei weiträumig abgesperrt. Die Roma, unter ihnen viele Kinder, kampieren jetzt auf einem Feld (siehe auch das Interview auf Seite 11 dieser Zeitung). Ein Sprecher der Roma, Rudko Kawczynski, führt einen Hungerstreik durch. — (alk)

Eine neue sogenannte Friedensinitiative zur Beendigung des Krieges in Bosnien machte in den vergangenen Tagen Furore. Euphorisch kündigt der russische Außenminister Kossyrew die neue Initiative an, die anscheinend in kleinem Kreis ausgeheckt wurde. Von allen Seiten hagelt es jetzt Kritik. Vor allem deutsche Politiker murren auf. Die BRD war aus den Beratungen ausgeschlossen worden. Der Balkaninterventionskurs der BRD stieß vor allem auf Kritik in Großbritannien und Frankreich. Rußland und die USA tragen daneben die Initiative mit. Formiert sich eine neue „Anti-Hitlerkoalition“?

Auf der Washingtoner Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, Spaniens, Rußlands und der USA, die vor zwei Wochen stattfand, wurde im Kern das Ende des Bosnischen Staates beschlossen. Und das auf den Tag genau ein Jahr nach der Anerkennung dieses Staates durch die UNO. Es dürfte dies wohl kein Zufall gewesen sein. Ohne größeren Erklärungszwang wurde auch in einem Aufwisch der seit Monaten im Mittelpunkt aller Bosnien-Initiativen stehende Vance-Owen-Friedensplan mit beendigt.

Nach dem neuen Plan sollen nun fünf Schutzonen für die mehrheitlich muslimischen Flüchtlinge in Srebrenica, Zepa, Gorazde, Sarajewo und Bihac eingerichtet werden. Dazu sollen neue UNO-Kontingente in diesen Schutzonen stationiert werden. Die USA boten an, die dort stationierten UNO-Truppen aus der Luft zu schützen. Von einer militärischen Intervention in Bosnien-Herzegowina oder der ursprünglich von US-Präsident Clinton geforderten Aufhebung des Waffenembargos gegen die bosnischen Muslime war auf der Washingtoner Konferenz keine Rede mehr. Der französische Außenminister Juppe wies aber schon bei der Vorstellung des neuen Plans darauf hin, daß zumindest sein Land die für die Durchsetzung der Schutzonen mindestens benötigten 5000 bis 6000 Soldaten nicht aufbringen kann.

Neben der Einrichtung von Schutzonen sollen gemäß den Wünschen der serbischen Regierung russische Truppen die Einhaltung des Embargos der Bundesrepublik Jugoslawien gegen die bosnischen Serben an der serbisch-bosnischen Grenze kontrollieren. Mit der Begründung, daß eine Ausweitung des Krieges auf den gesamten Balkan verhindert werden soll, werden die 900 in der Republik Mazedonien stationierten Blauhelme durch weitere Truppen verstärkt.

Als letzter Punkt des neuen Planes soll ein Internationaler Gerichtshof zur Verfolgung der Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien eingerichtet werden. Diese Aktion ist schon in die Wege geleitet. Der UNO-Sicherheitsrat hat inzwischen der Einrichtung dieses Gerichtshofes zugestimmt. Das Personal soll 400 Personen umfassen. Die Kosten des Gerichts werden auf jährlich 31,2 Millionen Dollar geschätzt. Ausgeschlossen wurde von vornherein die Verhängung der Todesstrafe. Die Urteile können aber erst gesprochen werden, wenn die Angeklagten auch vor dem Gericht erscheinen. Diese Einschränkung verleitet die Kommentatoren zu der Auffassung, daß dieses Gericht entweder schon eine Totgeburt ist, da wohl kaum einer der Angeklagten freiwillig in Den Haag erscheinen wird, oder es wird die Vollmachten aussprechen, per Nato-Truppeneinsatz die Angeklagten aus Ex-Jugoslawien herauszuholen. Dies würde aber unweigerlich zu einer extremen Eskalation führen. Nach der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung wird dieser Truppeneinsatz aber kaum für möglich gehalten.

Ablehnende Reaktionen auf den Friedensplan

Kaum hatten die Außenminister der USA und Rußlands ihre neue Initiative vorgestellt, hagelte es Proteste und Kritik von allen Seiten. Erster Widerspruch kam aus den USA selbst. Sowohl bei den Demokraten, der Partei des Präsidenten, wie bei der republikanischen Opposition brodelte der Unmut. Der demokratische Senator und frühere UN-Botschafter Pat Moynihan erklärte, damit würde der Völkermord legitimiert. Der enge Vertraute Clintons erinnerte daran, daß sich die Welt nach den Gräueln der Nazi-Zeit geschworen habe, niemals vergessen zu wollen. Was die Welt aber in Bosnien tun solle, werde die Weltordnung auf eine so schwache Grundlage

Ein neuer Friedensplan für Bosnien?

BRD bleibt außen vor / Kritik von allen Seiten / Keine Lösung für Bosnien

stellen wie nie seit den Dreißiger Jahren. Der Fraktionsvorsitzende der Republikaner Dole meinte, mit den vorgesehenen Schutzonen für die bosnischen Muslime werde Bosnien als Staat ausraidiert und der jetzige Frontverlauf festgeschrieben.

Kurz nach der Kritik aus dem amerikanischen Repräsentantenhaus meldete sich der Präsident Restbosniens, Alija Izetbegovic, zu Wort. In einer Rundfunkansprache warf er der Welt vor, sich der serbischen Aggression gebeugt zu haben. Nun seien die Muslime „nicht mehr bereit, weiterhin Zeit mit fruchtlosen Verhandlungen zu verschwenden ... die Welt hat uns nicht mehr viele Möglichkeiten gelassen.“ Er rufe daher sein Volk auf, „alle Mittel zur Verteidigung des souveränen und unabhängigen Bosnien-Herzegowinas einzusetzen.“

Ihm antwortete direkt der Chef der bosnischen Serben, Radovan Karadzic. Der neue internationale Plan zeige, daß die Großmächte die Option aufgegeben hätten, militärisch gegen die bosnischen Serben vorzugehen. Auf die Kampfansage des bosnischen Präsidenten reagierte Karadzic mit einer Einladung zum Fußballspiel. Es sei besser, die Entscheidung auf dem Fußballplatz zu suchen, als auf dem Schlachtfeld. Bosnien bestehe nicht nur aus Muslimen. Izetbegovic betrachte die Serben als Untermieter, die aus dem Land zu verschwinden hätten. Karadzic, der folgerichtig den neuesten Plan akzeptierte, sagte weiter, die Muslime könnten ein Territorium von „vernünftiger Größe“ in Zentralbosnien erhalten. Darüber sollten die drei bosnischen Volksgruppen — Serben, Kroaten und Muslime — nun verhandeln. Die Belgrader Nachrichtenagentur Tanjug kommentierte die jüngsten Entwicklungen um den neuen Friedensplan mit der Bemerkung, Bosnien werde wahrscheinlich als ein Staat in die Geschichte eingehen, der nie existiert habe.

Zur Rolle der NATO

Zeitlich wurde die Vorstellung der Initiative so gelegt, daß sich die Nato auf ihrer wenige Tage später stattfindenden Frühjahrskonferenz damit beschäftigen mußte. Was sich bei der Debatte über den Plan zeigte, war interessant. Hatte man doch eher damit gerechnet, daß die Initiative der fünf Außenminister im wesentlichen mit den wichtigsten Gremien des imperialistischen Kriegsverbündnisses abgestimmt sein müsse. Die Debatte auf der Tagung zeigte aber eher, daß keine Abstimmung stattgefunden hatte. Dementsprechend gespalten war die Aufnahme des Planes. Heftige Kritik hagelte es von fast allen NATO-Ländern, weil sie von den Beratungen ausgeschlossen waren. Der türkische Verteidigungsminister warf sich mächtig ins Zeug und lehnte den Plan rundherum ab. Er belohne den Aggressor. Schutzlos trotz Schutzonen würden die Muslime den serbischen und kroatischen Angriffen ausgeliefert sein. Auch der dänische, der niederländische, der norwegische und italienische Verteidigungsminister kritisierten den Plan. Italiens Verteidigungsminister Fabbri sagte namens der in der Eurogroup zusammengefaßten Staaten, sie seien enttäuscht, nicht konsultiert worden zu sein. Bei diesem Vorgehen sei es auch keine Selbstverständlichkeit, daß Italien seine Luftwaffenstützpunkte für weitere Einsätze der NATO in Bosnien zur Verfügung stelle. In dem Beschlußkommunique der NATO-Frühjahrstagung hieß es auch dann kritisch gegen die neue Initiative gewandt, daß die Souveränität und territoriale Integrität Bosniens wiederhergestellt werden solle auf Grundlage des Vance-Owen-Friedensplans.

Die Auswirkungen der Initiative

Die Initiative der fünf Außenminister aus Spanien, Großbritannien, Frankreich, Rußland und den USA hat viel Staub aufgewirbelt, der sich so schnell nicht legen wird. Das war wahrscheinlich auch die Absicht. Daß der Inhalt der Initiative kaum auf viel Gegenliebe stoßen würde, war den Initiatoren sicherlich klar. Zudem mußte die konspirative Art des Ausheckens des Plans viel Unmut hervorrufen.

Ziel dieses Vorgehens war es sicherlich, eine konkretere Positionsbestimmung der an dem Bosnienkonflikt direkt und indirekt beteiligten Staaten und Gremien zu bekommen. Diese Absicht ist gelungen.

„Gerade was die Frage der militärischen Intervention angeht, wurden die Töne viel vernehmlicher.“ So betonte der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte in Europa, der amerikanische General John Shalikashvili, am Montag, dem 24.5., vor der Nordatlantischen Versammlung im Berliner Reichstagsgebäude: „Das Nordatlantische Verteidigungsbündnis ist bereit, auf Wunsch und unter der Leitung der Vereinten Nationen im ehemaligen Jugoslawien aktiv zu werden.“ Ohne auf die neuen Bosnien-Planungen der fünf Außenminister überhaupt einzugehen, wies der General darauf hin, daß die NATO-Planungen für Militäreinsätze „ziemlich weit fortgeschritten seien.“ Das westliche Bündnis könne friedenssichernde Aufgaben im UNO-Auftrag jederzeit übernehmen. Nach Meinung Shalikashvili sollen für den Einsatz nur Freiwillige rekrutiert werden.

meinte verschnupft NATO-Generalsekretär Wörner: die NATO müsse sich darüber klar werden, ob sie den Waffenstillstandsplan der fünf Länder aufgreifen und Kräfte für seine Verwirklichung zur Verfügung stellen oder ob sie sich dieser neuen Initiative verweigern solle. Der deutsche Verteidigungsminister Rühle sagte, er lehne den Waffenstillstandsplan von Washington rundheraus ab. Rühle forderte die NATO auf, sich dem Plan zu widersetzen. Diesem Ansinnen ist die NATO auf der Frühjahrstagung auch nachgekommen. Stattdessen sei es nötig, den Druck auf Serbien zu erhöhen. Das Waffenembargo gegen Bosnien müsse aufgehoben werden. Weitere Gebietsgewinne der Serben müßten verhindert werden.

In kleinen Schritten wird dieser von Rühle geforderte Einsatz ja auch schon durchgeführt. Zur Überwachung des Embargos gegen die Bundesrepublik Jugoslawien schickte die Bundesregierung 43 Polizeibeamte und zwei Streifenboote des Bundesgrenzschutzes nach Rumänien und Bulgarien. Dort sollen sie unter dem Kommando der WEU auf der Donau das Embargo kontrollieren.



Die Einteilung Bosnien-Herzegowinas nach dem „Vance-Owen-Plan“. Die Österreichische Militärische Zeitschrift, die die nebenstehende Karte veröffentlicht, beschreibt die Gebiete 1, 5 und 9 als überwiegend von Moslems bewohnt, die Gebiete 2, 4 und 6 als überwiegend serbisch, 3, 8 und 10 als überwiegend kroatisch, das Gebiet um Sarajewo (7) als „neutral“.

Dies war ein deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl. Die NATO steht für den Einsatz Gewalt bei Fuß. Die Militärs haben die Planungen abgeschlossen und drängen auf den Kampf. Der Präsident der Nordatlantischen Versammlung, der Franzose Loic Bouvard, unterstützte den General in seinen Forderungen. Bouvard forderte eine deutsche und amerikanische Beteiligung an Militäreinsätzen in Bosnien. Er hoffe, daß in Deutschland bald die verfassungsrechtlichen Probleme gelöst sind, die derzeit einem Einsatz im Wege stünden. Er sehe zwar das historische Dilemma, in dem Deutschland mit einer Verwicklung in den Bosnien-Krieg gerate, doch sollten hier „alle Länder Schulter an Schulter eingreifen.“ Für einen direkten militärischen Einsatz sprechen sich auch die islamischen Staaten aus. In einer Erklärung der 51 islamischen UN-Mitgliedsstaaten wird der neue Plan zurückgewiesen, weil er offenbar die durch die Vertreibung geschaffene Lage als Faktum hinnehme. Die neue Strategie werde, da sie die Aggression nicht neutralisiere, weit über Bosnien hinaus Konsequenzen haben. Die Gruppe der 51 islamischen UN-Staaten erneuerte zudem ihre Forderung nach Aufhebung des Waffenembargos für die bosnischen Flüchtlinge sowie nach Einsatz militärischer Gewalt. Für diesen Einsatz stehen nach jüngsten Meldungen Truppen in Bangladesch, Indonesien, Malaysia, Marokko und Tunesien bereit. Von türkischer Seite weiß man seit langem, daß schon mindestens zwei Bataillone Soldaten für den Einsatz in Bosnien bereitstehen. Die Türkei beantragte erst jüngst bei der bulgarischen Regierung Überflug- und Durchmarschrechte für ihre Truppen. Bisher hat Bulgarien dieses Ansinnen abgelehnt.

Deutsche Reaktionen

Fast am heftigsten haben deutsche Politiker auf die neue Bosnien-Initiative reagiert. Auf der NATO-Frühjahrstagung

Die BGS-Leute solle Schiffe anhalten, kontrollieren und wenn nötig an der Weiterfahrt hindern. „Polizeiliche Zwangsmaßnahmen“ können dazu angewendet werden. Weiterhin wird der deutsche Kreuzer im Mittelmeer um ein Schiff verstärkt. Alles kleine Maßnahmen, die aber im Zusammenhang mit dem Einsatz deutscher Truppen in Somalia, Mosambik und der Westsahara zu sehen sind. Sozusagen versteckte Probelaufe für die neuen Aufgaben der deutschen Weltpolitik.

Die anhaltende Debatte über die neue Rolle der BRD in der Welt trägt inzwischen auch erste Früchte. So befürwortet nach einer neuesten Umfrage 52 % der Deutschen einen Einsatz internationaler Luft- und Bodentruppen in Bosnien-Herzegowina. Auch der Fuldaer Bischof Dyba ist für eine deutsche Beteiligung an einer Militäraktion in Bosnien. Die Präsidentin des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Rita Waschbüsch, hatte sich gleichfalls für eine internationale Militäraktion ausgesprochen.

Ins gleiche Horn bläst die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ (GfV). Auf ihrer Jahresversammlung am vergangenen Wochenende riefen die Delegierten dazu auf, verstärkt alle Kräfte für ein militärisches Eingreifen in Bosnien zu mobilisieren. Nicht nur in der BRD, sondern in ganz Westeuropa will die GfV ihre Kampagne für ein militärisches Eingreifen verstärken. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Stefan Schwarz sagte auf der Hauptversammlung unter starkem Beifall, die GfV habe die Aufgabe, die europäischen Regierungen zur Intervention zu bewegen. Es wäre höchste Zeit, die Bosnier zu bewaffnen und ihre Feinde zu entwarnen. In diesem Sinne müsse vor allem auf London und Paris Druck gemacht werden, nachdem in Bonn der Interventionsgedanke bereits Unterstützung aus allen Fraktionen erfahren habe.

Auf der gleichen Versammlung klagte der SPD-Europaabgeordnete Klaus

Kenntnissen. „Militärisch sei alles ganz einfach“. Vom bosnischen Armeechef habe er 107 Ziele erfahren, darunter sieben Brücken über die Drina, die bombardiert werden müßten. „Was man im einzelnen über Truppenstärken wissen müsse, habe ich alles in meinem Büro liegen“, sagte das Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestags.

Wettig meinte, man solle nicht primär von der Gewinnbarkeit des Krieges sprechen, sondern von den anstehenden Aufgaben, zum Beispiel, die Luftheute der Serben zu beenden, die Versorgung ihrer Truppen zu unterbinden und die Feuerkraft der Artillerie zu reduzieren. Denen, die dagegen seien, müsse man „auf die Füße treten.“ Er empfahl, beim Werben für die Intervention dürfe man die Sache nicht kompliziert machen, sondern so einfach wie möglich. Abgeordnete sollen nicht nur angeschrieben, sondern einzeln aufgesucht werden; dann seien, auch wenn es einzelne Verstockte gebe, Meinungskorrekturen möglich. Das ist eine offene Drohung gegen die pazifistischen Abgeordneten.

Es ist gerade diese offene Hetze und die seit Jahren schon dauernde Unterstützung von nationalistischen und rassistischen Bewegungen auf dem Balkan durch die BRD, warum die anderen imperialistischen Staaten, allen voran Großbritannien, mit besonderem Argwohn die Entwicklung in der BRD beobachten. Es ist möglicherweise daher auch kein Zufall, daß die Staaten der alten Antihitler-Koalition hinter der neuesten Bosnieninitiative stehen. Es ist auch kein Zufall, daß gerade deutsche Politiker so heftig auf diese Initiative reagieren. Unabhängig davon, daß diese Initiative wie auch alle vorhergehenden kein bißchen dazu beiträgt, daß das jugoslawische Drama ein Ende findet, ist sie doch ein Versuch der imperialistischen Konkurrenten der BRD, diese aus den weiteren Entwicklungen herauszuhalten und ihren Einfluß auf den Balkan via Slowenien und Kroatien einzudämmen. — (hav)

Mit einer beeindruckenden Demonstration, an der nach Schätzungen der Veranstalter etwa 100 000 Menschen sich beteiligten, unterstrichen am 29. Mai in Bonn auf der bisher größten kurdischen Demonstration in Europa zahlreiche kurdische Organisationen ihre gemeinsamen Forderungen nach Menschenrechten und Selbstbestimmungsrecht für das kurdische Volk. Ein breites Bündnis kurdischer Organisationen hatte zu der Aktion aufgerufen, von der PKK, deren Fahnen die Demonstration in Bonn bestimmten, über die PSK, Hevgirtin-PDK, Yekbun, RNK (KUK), TSK, PRK (Rizgari), bis zu KAWA. Damit haben sich die Aussichten für die Bildung einer Einheitsfront aller kurdischen Organisationen insbesondere in den von der Türkei unterworfenen Teilen Kurdistans weiter verbessert.

Diese Einheitsfront ist auch dringend nötig. Denn sowohl die Kolonialmächte über Kurdistan wie auch deren Verbündete in Europa und den USA, allen voran die BRD, zeigen keinerlei Bereitschaft, den legitimen Forderungen der kurdischen Organisationen entgegenzukommen. Bundeskanzler Kohl hat stattdessen bei seinem Besuch in Ankara (19. bis 21. Mai) einen weiteren Ausbau der polizeilichen, militärischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Regierungen vereinbart. Diese Zusammenarbeit ermuntert das türkische Regime, seine brutale Repression gegen die Opposition in der Türkei und gegen das kurdische Volk fortzusetzen. Als habe es die zahlreichen Beweise von amnesty, Helsinki Watch, Anti-Folter-Komitee des Europarats, von türkischen und kurdischen Menschenrechtsvereinen über die andauernde Folter, über Massaker, über das Wüten der Todesschwadronen in Kurdistan, über die Ermordung von Oppositionellen auf offener Straße nie gegeben, behauptete Kohl auch noch, er habe „keinen Grund zu denken, daß sie (die türkische Regierung) die Menschenrechte nicht genauso achtet wie er selbst“ (nach: *Frankfurter Rundschau*, 22. 5. 93).

Die kurdische Bewegung wird also weiter gegen ein von den europäischen Mächten gestütztes, zu allen Verbrechen bereites türkisches Kolonialregime zu kämpfen haben. Umso mehr benötigt sie in dieser wichtigen Situation Ermutigung und Unterstützung durch fortschrittliche Parteien und Organisationen im Ausland, die ihre Bemühungen um internationale Anerkennung und Unterstützung ihres Emanzipationskampfes unterstützen. Wir dokumentieren auf dieser Seite die gemeinsame Erklärung der Sprecher des Kurdistan-Komitees und des (PSK-nahen) kurdischen Verbands Komkar auf einer Pressekonferenz in Bonn einen Tag vor Kohls Reise in die Türkei und die Erklärung des PKK-Generalsekretärs Öcalan zu dem jüngsten Gefecht zwischen Einheiten der kurdischen Volksbefreiungsarmee ARGK und türkischen Truppen am 25. Mai in Bingöl. Quellen: *Kurdistan-Rundbrief* 12/93— (rhl)

I. Kurdische Bewegung verkündet einen einseitigen Waffenstillstand und eine neue Phase der Einheit.

In den letzten zwei Monaten hat die kurdische Bewegung in Nordkurdistan (Türkei) eine überraschende und rasante Entwicklung vollzogen, die von historischer Bedeutung ist. Diese positive Veränderung hat ihre Wirkung sowohl auf den türkischen Staat und die Gesellschaft als auch auf die Politik im Westen gezeigt, die eine historische Chance für die friedliche und politische Lösung der Kurdenfrage wahrnehmen können, wenn beide Seiten des Konflikts verantwortungsvoll handeln. Der erste Schritt in dieser Richtung wurde von der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) getan...

Eine der bedeutendsten historischen Entwicklungen ist auch das Treffen zwischen dem Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, und dem Generalsekretär der Sozialistischen Partei Kurdistans (PSK), Kemal Burkan, am 18. März in Damaskus/Syrien. Bei diesem Treffen wurden sowohl die Situation der kurdischen Bewegung im allgemeinen als auch das Verhältnis zwischen den beiden großen kurdischen Parteien erörtert. Nach zweitägigen Verhandlungen haben beide ein Protokoll bzw. Abkommen unterzeichnet, das neun wichtige Punkte enthält.

Dieses Abkommen wurde am 20. März der Öffentlichkeit vorgestellt. Der erste Teil des Protokolls regelt das Verhältnis innerhalb der kurdischen Bewegung und drückt den festen Willen der beiden Parteien aus, in kürzester Zeit

„Historische Chance für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage in der Türkei“

Verhandlungen mit anderen kurdischen Kräften aufzunehmen, um die Bildung einer nationalen Front oder Schritte in diese Richtung einzuleiten.

Die anderen kurdischen Parteien und Organisationen haben diese positive Entwicklung begrüßt und bekunden ihre Entschlossenheit, in diesem eingeleiteten historischen Prozeß ihren Platz und ihre Verantwortung zu übernehmen.

Die ersten wichtigen Signale wurden von der kurdischen Bewegung in kurzer Zeit bereits gesetzt:

1) Die Gründung einer neuen und demokratischen Massenpartei in der Türkei

Schon seit einem Jahr waren in der Türkei und Nordkurdistan gemeinsame Bestrebungen von mehreren kurdischen Parteien bzw. ihrer Anhängerschaft und unabhängigen kurdischen Intellektuellen und Patrioten im Gange, um eine neue legale und demokratische Massenpartei zu gründen. Diese Partei sollte einerseits zur Beschleunigung der Demokratisierungsprozesse in der Türkei, andererseits zur offenen und breiten Diskussion der Kurdenfrage in der kurdischen und türkischen Öffentlichkeit sowie zu deren friedlicher und gerechter Lösung beitragen. Durch den von kurdischen Parteien und Organisationen eingeleiteten Prozeß des friedlichen Dialogs und den Willen aller Parteien zur Bildung einer nationalen Front wurde auch dieses Vorhaben beschleunigt. Am 7. Mai 1993 wurde durch eine breite Beteiligung und unter Einbeziehung der Arbeitspartei des Volkes (HEP) die neue PARTEI DER DEMOKRATIE (DEP) in Ankara gegründet.

2) Die erste gemeinsame Demonstration und Kundgebung der kurdischen Bewegung aus Nordkurdistan am 29. Mai in Europa

Ein wichtiges Zeichen des eingeleiteten positiven Dialogs und friedlichen Prozesses will die kurdische Bewegung im Ausland setzen. Zu diesem Zweck haben kurdische Parteien beschlossen, eine gemeinsame zentrale Massendemonstration aller patriotischen und demokratischen KurdInnen am 29. Mai 1993 in Bonn, Stockholm und London durchzuführen...

II) Die Reaktionen des türkischen Staates und der gesellschaftlichen Kräfte

Neben diesem oben erwähnten und für die kurdische Bewegung wesentlichen Teil sind in dem Abkommen vom 19. März 1993 auch wichtige Forderungen an den türkischen Staat enthalten, die die Grundlagen legen für einen friedlichen Dialog und eine politische Lösung der Kurdenfrage, und zwar mittelfristig in Form eines gleichberechtigten föderalistischen Unionsstaates in den bestehenden Grenzen der heutigen Türkei.

Diese Forderungen schließen ein, daß auch die türkische Seite sich an den von der kurdischen Bewegung einseitig eingeleiteten friedlichen Prozeß und an das ihr gemachte Angebot hält, eine Änderung der undemokratischen Verfassung vorbereitet, die Notstandsregelung aufhebt, das Dorfschützersystem abschafft, die Pressefreiheit einführt, die kurdische Sprache und Erziehung zuläßt, durch eine Generalamnestie alle politischen Gefangenen freiläßt und die Rückkehr der Ausgebürgerten ermöglicht sowie die Legalisierung aller politischen Parteien, einschließlich der kurdischen, vollzieht usw.

1) Was die Reaktionen der türkischen Regierung betrifft, waren sie in den ersten Tagen negativ bis zögernd. Denn der türkische Staat ist auf diese für ihn überraschende Entwicklung auf kurdischer Seite nicht vorbereitet gewesen. Da er seit 70 Jahren an dem kemalistischen Dogma „ein Staat und eine Nation“ festhält und stets die Strategie einer militärischen bzw. gewaltsamen Lösung der Kurdenfrage in der Türkei verfolgt hat, reagierte er in dieser Form und versuchte, mit dieser plötzlich für ihn entstandenen, überraschenden und neuen Situation fertigzuwerden. Die Koalitionsregierung bemühte sich, mit lapidaren Erklärungen aus der für sie entstandenen Sackgasse herauszukommen. Sie versuchte, die Wende bzw. die eingeleitete Politik der kurdischen Bewegung mit deren Schwäche zu begrün-

den und im Ausland gezwungen positive Aussagen zu machen, die sicherlich nicht als Folge einer veränderten Bewußtseinsbildung auf der Seite der türkischen Politik zu sehen sind.

Der erzkonservative Innenminister Sezgin machte den Medien gegenüber „Zugeständnisse“, die ziemlich vage sind und darauf hindeuten, daß zumindest diese Regierung nicht in der Lage ist, ernsthafte Schritte und Maßnahmen zu einer Befriedung des Kurdenproblems in der Türkei und zum Aufrechterhalten des von kurdischer Seite angebotenen friedlichen und politischen Dialogs einzuleiten. Er sprach von einer Nichtverlängerung der Notstandsregelung ab Juni dieses Jahres. Allerdings überlege die Regierung, ob die Vollmachten des Notstandsgouverneurs bzw. der Präfektur nicht auf die übrigen Provinzgouverneure übertragen werden könnten. Desweiteren deutete er darauf hin, daß Überlegungen im Gange wären, das Dorfschützersystem mit anderen Aufgaben zu versehen. Dies bedeutet, daß die türkische Regierung nicht daran denkt, dieses Milizensystem, das Kurden gegen Kurden aufhetzt, aufzulösen. Sie möchte weiterhin die 37 000 Mann starken militärischen Hilfskräfte halten, was für die kurdische Seite sicherlich nicht akzeptabel ist. Er spricht von der Möglichkeit der Wiedereinführung von kurdischen Namen von Siedlungen, Ortschaften und Landschaften in Kurdistan und von der Erlaubnis zum kurdischen muttersprachlichen Unterricht in Privatschulen. Damit die ganze halbherzige Politik die notwendigen Grundlagen erhält, soll die Verfassungskommission des türkischen Parlaments mögliche Änderungen besprechen, die die oben aufgezählten Maßnahmen legalisieren können.

Von einer Generalamnestie oder Legalisierung kurdischer Parteien ist weiterhin keine Rede. Die Regierung beabsichtigt auch keine Gespräche mit irgendwelchen Kräften auf kurdischer Seite zu führen, bzw. sie akzeptiert keine der kurdischen Kräfte als Gesprächspartner. Die Koalitionsregierung scheint fest entschlossen zu sein, auch weiterhin an ihrer bisherigen Militärpolitik in den kurdischen Provinzen festzuhalten.

— Trotz der einseitigen Waffenruhe der PKK auf unbestimmte Zeit setzen die türkischen Streitkräfte ihre Operationen fort.

— Seit dem 20. März wurden mehr als 100 Menschen in den kurdischen Provinzen erschossen. Ebenso viele Menschen sind verschwunden, obwohl sie von den Sicherheitskräften abgeholt wurden.

— Dorfschützer überfallen Dörfer, töten deren Bewohner und setzen ihr Hab und Gut in Brand.

— Armee-Einheiten haben innerhalb der letzten zwei Monate sechs Ortschaften entvölkert und die Bewohner vertrieben.

— Über 2 000 Menschen wurden in dieser Zeit verhaftet.

— Bücher über die Kurden und deren Sprache sowie Kultur werden weiterhin verboten. Die Verleger und Autoren erhalten von den Staatssicherheitsgerichten hohe Gefängnis- und Geldstrafen.

— Die kurdische Presse wird weiterhin mit unverminderter Härte verfolgt, die meisten Zeitungsnummern werden beschlagnahmt, Redakteure und Herausgeber verhaftet und zu hohen Gefängnis- bzw. sehr hohen Geldstrafen verurteilt.

— Demokratische und legale Vereine, sei es für Kultur- und Forschungs-, sei es für Jugend- und Frauenarbeit, werden von der türkischen Justiz weiterhin verfolgt und verboten.

2) Positive Reaktionen von gesellschaftlichen Kräften
Gegenüber der halbherzigen und inhaltslosen Politik der Regierung nahm ein großer Teil der Medien eine positive Haltung ein.

— Sowohl die meisten Print- als auch die Bildmedien, insbesondere die privaten Fernsehkanäle in der Türkei, haben den von kurdischer Seite eingeleiteten Prozeß positiv gewertet und ihn für beide Seiten als einen wichtigen und historischen Beginn bezeichnet. Sie haben einen seit Jahren vom Nationalen Sicherheitsrat (NSR) verhängten Boykott über die alternativen kurdischen Kräfte und deren politische Programme durch-

brochen und ihnen einen breiten Rahmen eingeräumt. Dadurch konnte die türkische Öffentlichkeit sich ein Bild über die gesamte kurdische Bewegung machen und langsam einen Abstand zu der bisherigen Regierungspolitik gewinnen, die bestrebt ist, sowohl im Inland als auch im Ausland die kurdische Bewegung lediglich als ein „Terror-Problem“ zu lancieren, um ihre eigene Terrorpolitik gegenüber dem gesamten kurdischen Volk zu legitimieren und zu rechtfertigen.

— Auch von Seiten mancher politischer Parteien bzw. von deren Politikern wurde diese Entwicklung positiv bewertet. Aus den Reihen des sozialdemokratischen Koalitionspartners SHP reagierten 36 Abgeordnete mit einer „Kurden-Deklaration“ positiv und produktiv, die in vielen Punkten die Forderungen des Abkommens vom 19. März enthält oder ihnen nahekommt.

— Es entstand bereits eine Initiative von nahezu 100 Intellektuellen und Schriftstellern, unter ihnen Aziz Kesin und Yasar Kemal, deren Anliegen es ist, die türkische Regierung zu bewegen, sich um einen friedlichen Lösungsweg für das Kurdenproblem zu bemühen.

Wenn die türkische Regierung von ihrer bisherigen Politik nicht abrückt und den Weg des eingeleiteten friedlichen Dialogs nicht beschreitet, sondern stattdessen ihre Politik des Rassismus und der Gewalt fortsetzt, kann sie nichts anderes bewirken als weiteres Sterben und fortgesetzte Zerstörung des Landes und dessen Ressourcen. Dadurch wird sie für das in Zukunft geschehene Unrecht und das Blutvergießen allein verantwortlich sein.

Angenommen aber, der türkische Staat ist in der Lage, sich zu besinnen, so kommt in jedem Fall allen Betroffenen große Verantwortung bei der Aufgabe zu, die türkische Regierung dazu zu bringen, den eröffneten Weg zur friedlichen Lösung einzuschlagen, allen voran den türkischen Intellektuellen, den demokratischen Kräften, den westlichen Regierungen, internationalen Organisationen und nicht zuletzt den Medien.

III) Der Staatsbesuch von Herrn Bundeskanzler Kohl in der Türkei

Herr Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl wird ab 19. Mai einen von langer Hand vorbereiteten Staatsbesuch in der Türkei antreten, um neben den bilateralen Fra-

gen zwischen den beiden Ländern sicherlich auch aktuelle Fragen und die Rolle der Türkei in Nahost und Mittelasien zu erörtern.

Sowohl die Bundesregierung als auch Herr Dr. Kohl haben sich in der Vergangenheit mehrmals für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage in der Türkei ausgesprochen und ihren diesbezüglichen Wunsch in bilateralen Gesprächen mit türkischen Politikern zur Sprache gebracht.

Die Kurdenfrage ist heute die brennendste ungelöste Frage der Türkei. Die Demokratisierung des türkischen Staates und der Gesellschaft ist eng verflochten mit einer friedlichen und gerechten Lösung dieser Frage.

Die kurdische Seite hat durch das Abkommen vom 19. März und die anschließenden Erklärungen eine friedliche und politische Lösung im Rahmen der bestehenden türkischen Grenzen, und zwar in Form einer freiwilligen und gleichberechtigten föderalen Union, bekundet. Auch die westlichen Regierungen haben eine friedliche Lösung in den bestehenden Grenzen gefordert, so daß ihre Forderungen mit den Forderungen der kurdischen Seite in vielen Punkten übereinstimmen.

Daher sind wir der festen Überzeugung, daß die Bundesregierung bzw. Herr Bundeskanzler Dr. Kohl durch jahrzehntelange freundschaftliche Beziehungen zur Türkei eine wirksamere Rolle bei einer friedlichen und für beide Seiten gerechten Lösung der Kurdenfrage übernehmen kann.

Aus diesem Grunde appellieren wir an Herrn Bundeskanzler Dr. Kohl, bei seinem Staatsbesuch in Ankara, und zwar im Rahmen der Sondierungsgespräche, das Angebot der kurdischen Nationalbewegung für eine friedliche und gerechte Lösung der Kurdenfrage anzunehmen und auf seine Gesprächspartner in der Türkei einzuwirken, so daß auch sie ernsthaftere Schritte bzw. Maßnahmen in dieser Richtung einleiten, damit nahezu 20 Millionen Kurden in der Türkei in Zukunft in Frieden und Freiheit leben können.

Bonn, den 18. Mai 1993

gez. Kurdistan-Komitee in der BRD e.V. (Adem Uzun)
gez. KOMKAR, Verband der Vereine aus Kurdistan (Abubekir Saydam)

Zusammenstöße in Bingöl. Öcalan: „Wir wollen kein Blutvergießen!“

Mit scheinheiligen Protesten über einen angeblichen „Bruch des Waffenstillstands durch die PKK“ haben in Europa Türkei-freundliche Politiker auf Berichte über ein Gefecht zwischen der ARGK-Guerilla und der türkischen Armee am 25. Mai reagiert, bei dem 41 türkische Soldaten gefallen sind. Tatsächlich handelt es sich bei diesem Gefecht um eine Verteidigungsaktion der ARGK zum Schutz der Bevölkerung gegen einen von der türkischen Armee vorbereiteten Angriff. Wir dokumentieren die Presseerklärung des Kurdistan-Komitees.

Nach Informationen der Kommandatur der Nationalen Befreiungsarmee Kurdistans (ARGK) sind in dem Gebiet Amed während einer Operation der türkischen Armee auf der Landstraße zwischen Bingöl und Elazığ in der Ortschaft Yado Cesme bei einem Gefecht zwischen den Befreiungskämpfern der ARGK und den türkischen Armeekräften 41 Soldaten getötet und 11 verletzt worden. Weitere 11 Soldaten und 4 Agenten in Zivil wurden von den ARGK-Befreiungskämpfern gefangen genommen.

Bei dem Gefecht wurden ferner ein Panzer und 5 Fahrzeuge der türkischen Militärs zerstört und verbrannt. Auf kurdischer Seite hat es keine Verluste gegeben.

Zu dem Vorfall hat der Generalsekretär der Arbeiterpartei Kurdistans, Abdullah Öcalan, erklärt:

„Die ARGK hat ihr Recht auf Gegenwehr genutzt, als deutlich war, daß die türkische Armee Vorbereitungen für Angriffsoperationen trifft. Wenn die türkische Regierung den Frieden will, so

ist die Möglichkeit dazu immer noch gegeben. Die Waffenstillstandsverkündung ist immer noch in Kraft und wird weiterhin eingehalten. Wir können sie jedoch jederzeit kurzfristig beenden.“

Öcalan erklärte, daß die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ständig auf andere Dinge gelenkt würde, um von der kurdischen Frage abzulenken. So sei der Tod Özals ein Beispiel hierfür. Während es von ihrer Seite bisher keine Angriffe auf die türkischen Militärs gegeben habe, hätte die türkische Armee dagegen ihre Operationen unvermindert fortgesetzt.

Den Beschluß des Nationalen Sicherheitsrates, eine begrenzte Amnestie für PKK-Anhänger zu erlassen, die nicht an bewaffneten Aktionen teilgenommen haben, bewertete Abdullah Öcalan so: „Die derzeitige neue Phase, die durch einen neuen Staatspräsidenten und eine neue Regierung eingeleitet wird, ist gefährlich. Die türkische Regierung beschneidet, den Freiheitskampf des kurdischen Volkes zu ersticken. Sie will unseren guten Willen, den wir mit dem Waffenstillstand zum Ausdruck gebracht haben, nicht verstehen. Ihre Bemühungen gehen dahin, diese ernstgemeint gute Willensbekundung zu zerstören.“

PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan betonte: „Wir wollen kein Blutvergießen!“

Seit der Waffenstillstandsverkündung der PKK am 17. März dieses Jahres sind bei den Operationen der türkischen Militärs 128 Kurden getötet, 6 kurdische Dörfer zerstört und 2 000 kurdische Zivilisten festgenommen worden. Kurdistan-Komitee in der BRD, 26. 5. 1993

Krisenhafte Entwicklung des chinesischen Dorfes

Immer deutlicher zeichnet sich eine tiefe Krise der chinesischen Landwirtschaft ab, die — kommt es nicht zu einer grundlegenden Wende — langfristig dramatische Ausmaße anzunehmen droht. Die Privatisierung der landwirtschaftlichen Produktion hatte zwar zunächst einen Boom privater Investitionen herbeigeführt; dadurch war der schrofte Rückgang staatlicher und kollektiver Investitionen zunächst überdeckt worden, ein großes Problem, weil damit die notwendigen Investitionen in die Erhaltung und Melioration der Böden, in Bewässerungsanlagen, Eindämmung von Flüssen etc. unterblieben. Seit 1985 verzeichnen aber auch die privaten landwirtschaftlichen Investitionen einen starken Rückgang. Hinzu kommt, daß die landwirtschaftlichen Nutzflächen — immerhin müssen die chinesischen Bauern auf 7 % der Weltanbaufläche rund 20 % der Weltbevölkerung ernähren — abnehmen, oft z. B. zugunsten der hastigen Einrichtung industrieller „Entwicklungszonen“. Als Folge zeichnet sich ab, daß die abflachenden Steigerungsraten der landwirtschaftlichen Produktion mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt zu halten vermögen.

Nicht in allen, aber in vielen Gebieten, vor allem in den Anbaubereichen für

Baumwolle und Getreide, verschlechtert sich die soziale Lage der Bauern. Ursache sind die niedrigen staatlichen Aufkaufpreise, die die Inflation und die Steigerung oft willkürlich erhobener Gebühren und Abgaben nicht ausgleichen. Das letztere Problem scheint so groß zu sein, daß das ZK der KP Chinas Ende Dezember als eine von zehn Maßnahmen zur Unterstützung der Bauern verfügte, daß die Erhebung von Gebühren und Abgaben 5 % des Pro-Kopf-Nettoeinkommens der Bauern nicht überschreiten dürfe. Als ganz erhebliches Problem erweist sich seit drei Jahren, verstärkt aber im letzten Jahr, daß der Staat infolge der Vernachlässigung der Landwirtschaft bei weitem zu wenig Finanzmittel für den Aufkauf landwirtschaftlicher Produkte bereitstellt. So erhielten die Bauern 1992 anstelle von Bargeld lediglich Schuldscheine. Mitte Januar wurde zwar ein Teil der Schuldscheine in Postanweisungen umgewandelt, doch die ländlichen Postämtern vor allem in den armen Regionen konnten die Anweisungen in der Regel nicht einlösen. Vielerorts stürmten verzweifelte Bauern die Postämter.

Quellenhinweis: China aktuell, Jan. bis März 1993; Probleme der chinesischen Landwirtschaft, in: Asien, Okt. 92 — (sc)

72 PAC-Funktionäre und Mitglieder verhaftet

In den frühen Morgenstunden des 25. Mai haben die rassistischen Sicherheitskräfte in Südafrika/Azania 72 Funktionäre und Mitglieder des PAC verhaftet. Die Verhaftungen richteten sich vor allem gegen führende nationale und regionale Kader des PAC. Unter den Verhafteten sind unter anderem: Jaki Seroke, Sekretär für politische Angelegenheiten, Enoch Zulu, Leiter des Sekretariats des PAC-Präsidenten, Dr. Solly Skosana, Sekretär für Umweltfragen, Maxwell Nmadzivanani, Organisationsverantwortlicher, Waters Toboti, Leiter der Publizistik sowie der Vorsitzende der Gewerkschaft der Beschäftigten bei den Medien (MWASA), Sithembele Khala. Besondere Aufmerksamkeit möchte der PAC auf die Verhaftung des Genossen Louis Baloyi lenken. Baloyi hatte 1991 einen Autounfall und kann sich seitdem nur im Rollstuhl fortbewegen. Er war erst am Freitag, dem 21. Mai, aus dem Krankenhaus entlassen worden. Die Polizei beschlagnahmte außerdem zahlreiche Dokumente und Computerdisketten des PAC. Bis zum 31. Mai sind zwar einige PAC-Mitglieder aus der Haft entlassen worden, aber immer noch die meisten in Haft.

Die südafrikanische Polizei behauptet, die Verhafteten seien in Mordkomplotten verstrickt und einige hätten illegal Waffen besessen. Die wirklichen Gründe für das Vorgehen der Polizei liegen jedoch woanders. Eindeutig wollen Teile der südafrikanischen Armee und Polizei die Mehrparteien-Verhandlungen zwischen den Kräften des Befreiungskampfes und dem Regime zum Scheitern bringen. Am selben Tag, an dem die Verhaftungen erfolgten, sollte eine neue Gesprächsrunde der Mehrparteien-Konferenz beginnen. Außerdem erklärte der Regierungsbeauftragte für Polizeiangelegenheiten, General Van der Merwe, in einem Fernsehinterview am Abend des 25. Mai auf die Frage, warum die Verhaftungen zu diesem Zeitpunkt erfolgten, daß der Zeitpunkt bewußt ausgewählt wurde, um Einfluß auf die Haushaltsdebatte im Dreikammer-Parlament zu nehmen, wo gerade über den Etat der Sicherheitskräfte verhandelt wird.

PAC-Präsident Clarence M. Makwetu erklärt für das Nationale Exekutiv-Komitee des PAC: „Der PAC betrachtet die Durchsuchungen und Verhaftungen, die in Wahrheit faschistische Aktionen sind, als vollständig unberechtigt. Sie sind eine weitere Bestätigung, daß Apartheid in diesem Land noch sehr lebendig ist. Obwohl es widersprechende Stellungnahmen von verschiedenen Repräsentanten des Regimes gibt, die die Entscheidung über und die Durchführung der faschistischen Aktion betreffend, hält der PAC das Regime für verantwortlich für diese verdammswerte

Aktion. Die Aktion beweist zudem die Inkompetenz des Regime, außerdem ist sie illegal... Der PAC fordert: — die unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller Verhafteten; — die Rückgabe aller beschlagnahmten Dokumente und aller beschlagnahmten Ausrüstung; — Bezahlung für Beschädigung des Eigentums; — Informationen darüber, welche Dokumente durch das Regime fotokopiert oder anders vervielfältigt worden sind; — eine öffentliche Entschuldigung gegenüber dem PAC und Schadensersatz für Mitglieder, die unberechtigt verhaftet worden sind.

Ohne die Erfüllung dieser legitimen und begründeten Forderungen, die von der großen Mehrheit der Menschen in diesem Land unterstützt werden, wird das Regime alleine verantwortlich sein für unsere Nicht-Teilnahme an den laufenden Gesprächen.“

Der PAC weist daraufhin, daß PAC-Vertreter und Vertreter der Sicherheitskräfte Anfang des Jahres in einem Gespräch darin übereinstimmten, daß der PAC nicht an den Schlichtereien in den Townships beteiligt ist. Einen Waffenstillstand zwischen der Befreiungsarmee des PAC, APLA, und der Polizei wiesen die Sicherheitskräfte allerdings zurück.

Alle Mitglieder der Mehrparteien-Gespräche, außer den Vertretern der Konservativen Partei, verurteilten den Polizeiüberfall und fordern vom Regime: Erstens die unverzügliche Freilassung der Verhafteten oder aber die Erhebung begründeter Anklagen; zweitens die Rückgabe aller Materialien, die dem PAC beschlagnahmt wurden. Drittens soll das Regime alle notwendigen Schritte unternehmen, um der „unglückliche Situation abzuwehren und die Schäden, die dem Verhandlungsprozeß entstanden sind, rückgängig zu machen“.

Das Nationale Arbeitskomitee des ANC fordert die unverzügliche Entlassung des Polizeiministers Hernus Kriel, „dessen vorschnelle Aktion die Zukunft unserer ganzen Nation in Gefahr gebracht hat. Alle, die während dieser Durchsuchungen verhaftet worden sind, sollen entweder sofort angeklagt oder freigelassen werden. Die Dokumente und das Eigentum des PAC, das beschlagnahmt wurde, muß sofort zurückgegeben werden und für alle Beschädigung des Eigentums muß Entschädigung gewährt werden.“

Der Generalsekretär der SACP, Charles Ngakula, erklärte, der Angriff des Regimes auf den PAC sei von den Gruppen in der Regierung organisiert worden, die den Verhandlungsprozeß beenden wollen. Auch er forderte die sofortige Freilassung der Verhafteten oder die Bekanntgabe der Anklagen. — (uld)

Internationale Umschau



Nach monatelangen ergebnislosen Verhandlungen mit den US-Kohlekonzernen traten am 10. Mai die ersten 2000 US-Bergarbeiter in den Streik für einen neuen Tarifvertrag und gegen die Rationalisierungsprogramme der Kohlekonzerne. Vorerst werden drei Gruben in Indiana und Illinois bestreikt. Seit dem 3. Mai ist der Tarifvertrag für insgesamt 60000 Bergleute ausgelaufen. Die Gewerkschaft UMWA verlangt u. a. Sicherungen gegen Entlassungen, Lohnerhöhungen und stärkere Mitspracherechte der Gewerkschaften bei Konzernentscheidungen. Am 30. Juni läuft ein weiterer Tarifvertrag der Bergarbeitergewerkschaft mit sogenannten „unabhängigen“ Kohlekonzernen. Bild: Kundgebung vor Streikbeginn in Pittsburgh. — (rül, Bild: AFL-CIO-News)

Staatsstreik in Guatemala

Am 25. 5. hat der Präsident Guatemalas die Verfassung außer Kraft gesetzt und den Ausnahmezustand ausgerufen. Alle demokratischen Rechte wurden aufgehoben, das Parlament, der Oberste Gerichtshof und das Verfassungsgericht wurden aufgelöst, die Häuser des Menschenrechtsprocurators sowie des Präsidenten des Kongresses und des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes umstellt. An allen strategisch wichtigen Punkten der Hauptstadt zogen Militär- und Polizeiposten auf. Damit reagierten Präsident und Militär auf die stark gestiegenen sozialen Spannungen, die sich zunehmend in Streiks und Demonstrationen ausdrückten. Die Aussage Präsident Serranos, Guatemala müsse von Grund auf gereinigt werden, und die Erfahrungen der langen Jahre diktatorischer Regierungen lassen befürchten, daß auch jetzt wieder eine Welle politischer Verfolgung gegen Indígena- und Volksorganisationen bevorsteht. — (Nach: Guatemala-Gruppe Hamburg)

IWF diktiert russische Finanzpolitik

Gegen einen Kredit in Höhe von 4,92 Mrd. DM sind Regierung und Zentralbank Rußlands bereit, harte Kreditbedingungen des Internationalen Währungsfonds zu akzeptieren. Die Regierung verpflichtet sich, die Inflationsrate, die im April offiziell 17 % betrug, real aber viel höher lag, bis Jahresende unter 10 % zu drücken. Die Zentralbank muß ihre Kreditvergabe begrenzen, vor allem ihre direkten Kredite an Unternehmen. Der IWF kontrolliert den Haushaltsplan der Regierung und seine Durchführung. Der Zentralbank sind Interventionen auf dem Devisenmarkt untersagt. Die Devisenbestimmungen für Ausländer werden gelockert. — (sc)

Konzerne teilen sich EG-Hilfen für die GUS

510 Mio. Ecu (1,02 Mrd. DM) nicht-rückzahlbarer Zuschüsse schüttet die EG in diesem Jahr im Rahmen ihres „Technischen Hilfsprogramms für die GUS“ („Tracis“) aus — vorwiegend an europäische Konzerne. So erhielten bisher französische und britische Konzerne jeweils 19 % des Auftragsvolumens, deutsche Konzerne 15 bis 16 %. Die Dresdner Bank z. B. erhielt zusammen mit zwei weiteren Banken 280000 Ecu für die Beratung der Nationalbank der Ukraine. Der Baukonzern Hochtief erstellt für 300000 Ecu eine Studie über „Flughafenplanung in Kaliningrad“ und sichert sich damit mit hoher Sicherheit einen Löwenanteil des zukünftigen Bauprojekts. Siemens teilt sich zusammen mit der französischen Framatom den Großteil von 53 Millionen Ecu, die „Tracis“ für Studien über die Umrüstbarkeit russischer Atomreaktoren ausschüttet. Die EG-Kommission beschied eine Anfrage aus dem EG-Parlament, wie eigentlich die Verteilung des Geldes entschieden werde, mit der barschen Auskunft, dies sei allein ihre Sache. — (sc)

Sachs-Iberica: Nach fünf Wochen Streik Tarifvertrag

Nach über fünf Wochen Streik der 200 Beschäftigten von Sachs-Iberica willigte das Sachs-Management in den Abschluß eines Haustarifvertrags mit dem Betriebsrat ein. Vereinbart wurde eine Lohnerhöhung um 5,1 % und die Erhöhung einer Sonderzahlung im Mai.

Fichtel & Sachs hatte die gesetzlich geforderte Ankündigungsfrist für den Streik von fünf Tagen genutzt und die Produktion von Kupplungen und Stoßdämpfern für die spanischen Werke von Opel und Ford in das Hauptwerk nach Schweinfurt verlagert. Nach drei Wochen Streik wandte sich der baskische Betriebsrat mit der Bitte um Unterstützung an Betriebsrat und IG Metall in Schweinfurt. Der Gesamtbetriebsrat der Fichtel & Sachs AG und die IG Metall Schweinfurt erklärten ihre Solidarität mit den Streikenden und forderten vom Vorstand der Fichtel & Sachs AG die Einstellung von Streikbrucharbeitern in Schweinfurt. Der Vorstand vergab die Produktion schließlich an die Konkurrenten LUK und Monroe, um die Just-in-Time-Lieferträge einhalten zu können.

Daß der Streik dennoch fortgesetzt wurde und daß auf den Fichtel & Sachs-Vorstand durch den Betriebsrat in Schweinfurt Druck ausgeübt wurde, brachte das Sachs-Management nach vier Wochen Streik wieder an den Verhandlungstisch zurück. Um die Verhandlungen wieder aufnehmen zu können, mußte die Belegschaft einwilligen, 45 „außerordentlich“ Beschäftigte für Verwaltungsarbeiten ins Werk zu lassen, im Gegenzug mußte die Geschäftsführung einen Vorschub auf den vorenthaltenen April-Lohn an die Streikenden auszahlen. Das Management setzte auch während der Verhandlungen weiter auf Zeitgewinn. Diese Hinhaltepolitik war insofern erfolgreich, als eine knappe Mehrheit der Belegschaft auf der Streikversammlung — offensichtlich durch die lange Streikdauer und die damit verbundenen starken Lohnverluste bereits erschöpft — die als nicht ausreichend empfundene 5,1 %-Lohnerhöhung annahm. Dennoch: ein Haustarifvertrag konnte wieder erkröpft werden und der Streik konnte geschlossen durchgeführt und beendet werden. Ein Erfolg des Streiks ist auch, daß noch dieses Jahr Vertreter aller europäischen Sachs-Werke zusammentreffen werden. — (cls)

Kässbohrer kauft Werk in Tschechien nicht

Die Firma Kässbohrer hat ihr Vorhaben aufgegeben, einen abgetrennten Teil des ehemaligen Liaz-Werks im tschechischen Holisov zu übernehmen und dort Reisebusse fertigen zu lassen. Es bleibt beim jetzigen Stand: In der tschechischen Fabrik werden Zulieferteile hergestellt. Wie der Vorsitzende der Geschäftsleitung, Dr. Ahrens, auf der letzten Betriebsversammlung der Ulmer Werke ausführte, hätte die Geschäftsleitung schon gerne das niedrige Lohnniveau dort ausgenutzt mit Stundenlöhnen von 1,80 DM für Facharbeiter und 2,10 DM für Meister. Aber die Verhandlungspartner hätten sich nicht über die Übernahme der Kosten für Altlastensanierung einigen können, auch seien die mittelfristigen Absatzchancen in Osteuropa überschätzt worden. — (elr/AGM)



Die Arbeiter und Angestellten der VW-Niederlassungen in Belgien führen derzeit schwierige Auseinandersetzungen gegen die Rationalisierungsvorhaben des Konzerns in seinen belgischen Niederlassungen. Seit Januar 1992 hat der Konzern in Belgien bereits 700 Beschäftigte „abgebaut“. Weitere 997 Entlassungen bis Ende dieses Jahres sollen folgen. Trotz dieses Belegschaftsabbaus um über 20 % (von den 7068 Arbeitern und Angestellten bleiben Ende 1993 noch knapp 5400), soll die gleiche Zahl von Fahrzeugen montiert werden. Am 12. Mai berieten die Gewerkschaften über ihr Vorgehen gegen diese Pläne. Zugleich erklärten sie ihre Solidarität mit den Streiks in Ostdeutschland: „Wir hoffen, daß sie gewinnen. Das würde auch die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Betrieben verringern.“ — (rül, Bild: Solidair)

Den ganzen Tag in der Schule: Fix und fertig!

Stuttgart. In Baden-Württemberg gibt es seit den 60er Jahren 21 Ganztags-schulversuche, neun weitere wurden in der Zwischenzeit eingerichtet. Das sind nur 2,5 % der Schulen, während die Nachfrage von Elternseite bei 40 % liegt; bevorzugt wird ein eher offenes Angebot, bei dem nicht vier oder fünf Nachmittage verpflichtend sind. Die GEW hat eine Umfrage zur Situation der Lehrerinnen und Lehrer an den Stuttgarter Ganztags-schulen durchgeführt. Die meisten Lehrkräfte arbeiten mit großem Engagement gerne in der Ganztags-schule, halten aber die nachweisbare zeitliche Mehrbelastung auf Dauer nicht für zumutbar.

Die wöchentliche Verweildauer an den Ganztags-schulen liegt mit 28 Stunden und 18 Minuten um fast fünf Stunden über der Verweildauer an einer Halbtags-Hauptschule. Diese Zeitdifferenz bei gleichem Deputat kommt durch drei Faktoren zustande: 1. Die relativ hohe Zahl an Hohlstunden. 2. Die 1:2-Verrechnung von Aufsichtsstunden, d. h. 2 mal 45 Minuten Aufsicht gelten als eine Deputatsstunde. 3. Viele Deputatsstunden im Ganztagsbereich (Arbeitsgemeinschaften, offene Freizeit etc.) liegen am Nachmittag und sorgen so für Hohlstunden oder ein Verbleiben über die Mittagspause. Weiter ergab die

Befragung, daß die vielen Hohlstunden nicht unbedingt zu arbeitsfreier Zeit zu Hause führen; Korrekturen und Vorbereitung werden überwiegend zu Hause erledigt. Bei den Forderungen nach Veränderungen an der Ganztags-schule stehen dann auch Maßnahmen zur Entlastung bei der Arbeitszeit an erster Stelle: deutliche Anhebung des Stundenpools, geringeres Deputat als vergleichbare LehrerInnen oder SozialpädagogInnen; Einrichtung von Stellen für SozialarbeiterInnen oder SozialpädagogInnen; mindestens ein freier Nachmittag für die ganze Schule. Kritisiert wurden auch die räumlichen Bedingungen: fehlende Schreibtische, fehlende Ruheräume, fehlende bauliche Konzeption.

Vier der fünf Stuttgarter Ganztags-schulen sind im Grund- und Hauptschulbereich, bei der Neueinrichtung sind in Baden-Württemberg nur noch Hauptschulen vorgesehen. Gegen eine Entwicklung, Ganztags-schulen zu bloßen Betreuungseinrichtungen für sogenannte Problemerkinder verkommen zu lassen, fordert die GEW neben der Arbeitszeitentlastung ausreichende Freiräume für die konzeptionelle Arbeit und Fortbildungsmöglichkeiten. Jeder Neueinrichtung sollte eine langfristige Planungsphase vorangehen.

Quelle: Info der GEW Stuttgart — (evc)

CDU: Zwangsarbeit statt Sozialhilfe

Essen. Wer in Essen Sozialhilfe bekommt, soll nach Ansicht der CDU „gemeinnützige Arbeit“ leisten. Der entsprechende CDU-Antrag wurde allerdings erstmal in der April-Sitzung des Stadtrates mit den Stimmen der GAL und der SPD abgelehnt. Die FDP enthielt sich, nur Krupp-Manager und FDP-Ratsherr Dr. Geers stimmte zu.

Im Vorfeld der Ratssitzung hatte die CDU in der Presse für ihren Antrag geworben. Leere Stadtkassen und die Einschränkung von AB-Maßnahmen, da müsse jede Möglichkeit genutzt werden, Aufgaben billig erledigen zu lassen. „Unter gemeinnützigen Arbeiten verstehe ich u. a. die Säuberung von Drecksecken, Beeten, Straßen, Spazierwegen“, erläuterte der CDU-Fraktionsvorsitzende Königshofen sein Ansinnen.

Statt Tariflohn, wie in dem gefährdeten Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“, will er lediglich eine „Aufwandsentschädigung“ von 1,50 DM pro Stunde zahlen. Bei einem 8-Stunden-Job sind so monatlich knapp 240 DM zu „verdienen“. Nur Kranke, Rentner und allein-stehende Mütter sollen von solcher Zwangsarbeit nach § 19 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) ausgenommen werden. Königshofen blieb in der Stadtratsdebatte die Antwort schuldig, wieviel Minuten pro Stunde er für 1,50 DM arbeiten würde.

Der SPD-Politiker Otto Reschke, MdB, bezeichnete den CDU-Vorstoß als „Rückgriff“ auf den Reichsarbeitsdienst. Kommunal verantwortliche SPD-Politiker, wie der Sozialdezernent und die Sozialausschuß-Vorsitzende, gingen in ihrer Kritik nicht so weit: Die Stadt Essen hätte zur Zeit überhaupt nicht das Geld, einen derartigen Arbeits-einsatz für viele tausend Sozialhilfeempfänger einschließlich Versicherungs-kosten und Aufsichtspersonal durchzuführen. Grob gerechnet würde das schließlich rund 4-5 Mio. DM kosten. Wenn die Stadt solche Haushaltsmittel noch aufbringen könne, würde sie diese dann lieber für den Ausbau von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu normalen Tarifbedingungen nutzen.

Daß mit solchen Kostenrechnungen zum Arbeitseinsatz von Sozialhilfeempfängern auch bei der SPD operiert wird, zeigt, daß die CDU-Kampagne der letzten Monate deutliche Spuren hinterlassen hat. Einige Hintertüren will die SPD sich für ähnliche Maßnahmen, sicher unter anderen Namen, wohl offen lassen. So hat Engholm noch kurz vor seinem Rücktritt einen zweiten Arbeitsmarkt mit untertägigen Löhnen ins Gespräch gebracht — auch da ist es bis zum Arbeitsdienst nicht weit.

Planmäßig heizt die CDU in den Kommunen mit solchen Anträgen — sie

tauchten in vielen Städten auf — die Diskussion über den „Mißbrauch“ von Sozialleistungen weiter an, die für Sozialhilfe-Empfänger ähnlich gewalttätige Folgen haben kann, wie die CDU-Kampagne zum „Asylmißbrauch“. Geschickt plazierte sie den Arbeitsdienst-Antrag fast zeitgleich mit der Weisung von Arbeitsminister Blum an die Arbeitsämter, mit „Meldekontrollen“ und anderen Schikanen die verschärfte Jagd auf Arbeitslose zu beginnen.

Das „Forum Soziale Stadt Essen“, ein Zusammenschluß von Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Gewerkschaften u. a., organisierte in der letzten April-Woche vor dem Arbeitsamt eine Unterschriftensammlung gegen die Meldekontrollen: „Ich bin nicht an der Finanzierungslücke schuld! Und auch nicht daran, daß mehr als 3,5 Millionen Arbeitsplätze fehlen! Ich wehre mich dagegen, als Sozialbetrüger und Faulenzer verdächtigt zu werden! ... Ich fordere von Bundesarbeitsminister Blum: Schluß mit der Meldekontrolle!“

Für die CDU dagegen verbergen sich hinter der genannten Zahl von 15000 Essener Sozialhilfefällen nur überflüssige Zahlungsempfänger, die in sozialen Hängematten darüber grübeln könnten, wie der Kommune besser das Geld aus der Tasche zu ziehen ist. In Wahrheit ziehen Bund und Land den Kommunen das Geld mit ihrer Steuerpolitik aus der Tasche. Im Ratsantrag schreibt die CDU, daß in den letzten Jahren der Abstand zwischen den unteren Lohngruppen und den Sozialhilfeleistungen immer geringer geworden ist. Diese nicht zu bestreitende Tatsache wird christdemokratisch in gemeiner Weise gegen die Betroffenen gekehrt.

Statt sich Gedanken darüber zu öffnen, daß dann wohl ein unterer Mindestlohn festgelegt werden muß, fällt der CDU nur die weitere Absenkung der Sozialleistungen ein. Selbst der nächste Schritt dieser unsozialen Spirale wird schon publizistisch vorbereitet. Sozialhilfe müsse wie schon bei Flüchtlingen vorgesehen, künftig per Warengutschein ausgegeben werden.

Ausbaden soll die Krise wieder das sogenannte untere Drittel der Gesellschaft, von dem Konservative den geringsten Widerstand und eh keine Wählerstimmen erwarten. Einige CDU-Ortsvorsitzende haben schon öffentlich bedauert, daß Essen zur rechten Auswahl der Arbeitsdienstmannen und -frauen ein rundes Dutzend Kontrolleure der Sozialhilfe-Empfänger fehle. In anderen Städten sind solche Leute schon eingestellt worden.

Quellenhinweis: Lokalberichte Essen Nr. 7/93 und 10/93 — (w.w., syb)

Demonstrationen gegen faschistische „Dichtertage“

Kollund/Schleswig. Der bekannte Alt-Nazi Christoffersen hatte von Kollund an der Südgrenze Dänemarks aus eingeladen zu „Norddeutschen Dichtertagen“. Mit einem Treffen führender Faschisten aus mehreren Ländern mußte gerechnet werden. Ein Bündnis aus deutschen und dänischen Antifaschisten mobilisierte dagegen für zwei Demonstrationen, an denen sich jeweils 900 bzw. 450 antifaschistische Menschen aus Norddeutschland und Dänemark beteiligten. Das „Dichtertreffen“ konnte wegen dieses Widerstands nicht stattfinden, die dänische Presse und das Fernsehen berichteten ausführlich über beide Demonstrationen. Daß der deutsche Nazi Christoffersen sein Treiben geschützt vom dänischen Staat von Kollund aus fortsetzen kann, wird jetzt von vielen angegriffen. — (ale)

Aktionen gegen private Kampfmittelvernichtung

Solltau. Mehr als 200 Teilnehmer zählte am 22.5. eine Demonstration in der „Soldatenstadt“ Munster gegen die geplante Privatisierung der Kampfmittelvernichtung und die Gefahr, daß Munster zum Zentrum für die Beseitigung von Kampfstoffen und Rüstungsaltsen aus der gesamten BRD und aus vielen Staaten Europas ausgebaut wird. Über 2000 Unterschriften sind gegen das Privatisierungsvorhaben schon gesammelt worden. Knapp 300 Besucher waren auf einer Informationsveranstaltung der SPD. Die ÖTV lehnt eine Privatisierung ab. Die Gegner der Privatisierung befürchten mangelnde Kontrolle, geringere Sicherheitsstandards aufgrund gewinnorientierten Wirtschaftens und

letztlich dauernde Gefahr für Leib und Leben, wenn aus Profitgründen für permanenten Nachschub in der Kampfstoffbeseitigung gesucht wird. Bürgermeister und Stadtverwaltung wird v. a. mangelnde Informationsbereitschaft vorgeworfen. (sts — aus: NNZ, gekürzt)

Verschärfung des Elends, Bekämpfung der Elenden

Mannheim. Den letzten Haushaltsberatungen fielen u. a. fünf Stellen in der Stadtstreicherbetreuung zum Opfer. Dienste wie die Schuldnerberatung waren schon gekippt. Der Verein Drogenhilfe konnte sich noch knapp behaupten. Nun drängen Wohnsitzlose und Drogenabhängige auf Repräsentationsflächen in der Innenstadt. Der Chef des *Mannheimer Morgen* beginnt für die Beseitigung dieser Menschen und ihrer Hinterlassenschaften von den Grünanlagen zu trommeln. Und schon pariert OB Widder (SPD): Private Sheriffs will er anheuern, zur Durchsetzung der Polizeiverordnung. — Die Grünen haben ihren Widerstand mit einer Anfrage im Gemeinderat eingeleitet. — (tht)

Prozeß gegen die mutmaßlichen Mölln-Attentäter

Schleswig. Am 17. Mai begann am Oberlandesgericht der Prozeß wegen der Möllner Anschläge. Die Bundesanwaltschaft hat das Verfahren an sich gezogen, da der „Bestand oder die äußere oder innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ... beeinträchtigt“ ist. Die Anklage lautet: „... gemeinschaftlicher vollendeter Mord in drei Fällen ...“ und „... besonders schwere Brandstiftung“. Peters werden zudem zwei weitere Brandanschläge zur Last gelegt. Der Prozeß findet im sog. Ra-

battsaal statt. Der Zuschauerraum faßt 120 Plätze, je zur Hälfte für Medien und interessierte Bürger. Eine Spruch-anlage ist der Kontakt in den Verhandlungsräumen. Bisher (27.5.) sind die Verhandlungstage geprägt von der Strategie des RA Bossi, der für 5000 DM täglich den Angeklagten Christiansen vertritt. Insbesondere der Antrag, die während der U-Haft erlangten Vernehmungprotokolle nicht weiter zu benutzen. Am 27.5. wurde dieser Antrag abgelehnt. Die Anklage kann den Beschuldigten nun Vorhaltungen daraus machen. Neben Christiansen hat Peters sein Geständnis zurückgezogen. Er scheint sich der Verteidigungsstrategie vom RA Bossi für Christiansen anzupassen. Der Nebenkläger, Arslan, gab zu verstehen, daß bei Freisprüchen wegen Beweismangel es zu Gewaltreaktionen von Ausländern kommen werde. Bossi's Reaktion, daß es sich dabei um die Lynchdrohung eines Zuhälters und Drogenhändlers handele, rief Empörung bei den Zuschauern hervor. — (mat/ale)

Post stimmt der Verteilung von DVU-Hetzmateriale zu

Hamburg. Die DVU, die zu den Bürger-schaftswahlen kandidieren will, stellte der Post ein Ultimatum, die Verteilung einer DVU-Postwurfsendung zu genehmigen. Diese gab nach kurzem Zögern grünes Licht. Auch vor dem Hintergrund von Disziplinarmaßnahmen, die er gegen hessische Zusteller verhängte, die DVU-Material nicht verteilten, setzt der Dienstherr die Postbotinnen und Postboten unerträglichem Druck aus. Die DPG will die Geschäftsbedingungen für den Briefdienst Inland so geändert wissen, daß die Zustellung rechtsextremistischer Massensendungen durch die Post nicht mehr möglich ist. — (sec)



100 000 demonstrierten für die Rechte der Kurden

Bonn. Etwa 100 000 Menschen beteiligten sich am 29. Mai an einer europaweiten Demonstration kurdischer Organisationen für die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Kurden (siehe auch Seite 1 und 4). Außerufen zu der Aktion hatten PKK, PSK und andere kurdische Organisationen. Die SPD, bisher der PSK angeblich verbunden, ging auf schroffe Distanz: Sie forderte ihre Funktionäre öffentlich auf, der Demonstration fernzubleiben, da diese von der „PKK gelenkt“ werde. Britische, schweizer, belgische und griechische Abgeordnete und Senatoren aus verschiedenen Parteien unterstützten dagegen die Aktion. — (rül)

Holzschutzmittelprozeß: Bewährungsstrafen für Manager

Frankfurt/Main. Im bisher größten Umweltstrafverfahren in der Bundesrepublik sind am 25. Mai die Urteile gesprochen worden. Die beiden Angeklagten im Holzschutzmittelprozeß, die Desowag-Geschäftsführer Steinberg und Hagedorn, wurden zu Freiheitsstrafen von je einem Jahr mit Bewährung wegen fahrlässiger Körperverletzung und Freisetzung von Giften verurteilt. Nach Überzeugung der Strafkammer des Landgerichts Frankfurt haben sich die Angeklagten durch den Vertrieb der Holzschutzmittel Xylamon und Xyladekor mit den Giftstoffen Pentachlorphenol (PCP) und Lindan schuldig gemacht. Nach knapp einem Jahr Verhandlungsdauer setzten die Richter als Bewährungsauflagen Entschädigungszahlungen in Höhe von je 120 000 DM fest.

Die Staatsanwaltschaft hatte für Steinberg dreieinhalb Jahre, für Hagedorn zwei Jahre und neun Monate Haftstrafe gefordert. Nach Ansicht der Anklagevertreter hatten die Desowag-Manager nicht nur fahrlässig, sondern „aus Profitinteresse vorsätzlich“ gehandelt. Dem widersprach das Gericht in der Urteilsbegründung: „Das Gericht hält den Angeklagten zugute, daß sie niemand vergiften wollten“. Die Verteidigung hatte auf Freispruch plädiert. Die Interessengemeinschaft der Holzschutzmittelgeschädigten wertete das Urteil als „Meilenstein im Kampf für die Geschä-

digten“. Es biete eine gute Grundlage für die Durchsetzung ihrer Ansprüche in nun folgenden Zivilverfahren. Der Zusammenhang zwischen der Verwendung der Mittel und den Erkrankungen sei eindeutig erwiesen worden.

Die Richter stützten sich in ihrem Urteil vor allem auf die detaillierten Feststellungen bei sieben geschädigten Familien. Die Gesundheitsschäden reichten bis zu einer leukämieartigen Erkrankung in einem Fall und bis zu lebensbedrohlichen Krampfanfällen bei einem geschädigten Kind. Experten schätzten die Zahl der Holzgiftopfer auf mehrere 100 000.

Das Gericht kritisierte auch das Verhalten des Bundesgesundheitsamts als zuständiger Behörde. Nach einer Welle von Beschwerden und Medienberichten bereits Ende der 70er Jahre vertrat das Amt bis Mitte der 80er Jahre die Ansicht, daß eine konkrete Gesundheitsgefährdung nicht nachgewiesen sei. Das Verhalten des BGA befreite die Angeklagten jedoch nicht von der eigenen Verantwortung für die gesundheitsschädigende Wirkung ihrer Produkte.

Da die Desowag kaum in der Lage wäre, Schadenersatzansprüche in Millionenhöhe nachzukommen, ist der Rückgriff auf die Muttergesellschaften Solvay und Bayer von besonderer Bedeutung. Ausgelöst durch massive Protestaktionen hat der Bayer-Konzern Ende 1986 seinen 37prozentigen Anteil an der

Desowag an die internationale Solvay-Gruppe veräußert. Parallel dazu ist eine — wie die Staatsanwaltschaft es ausdrückt — „Strategie zur Vertuschung“ entwickelt worden. Die Coordination gegen Bayer-Gefahren e. V. (CBG) hat deshalb am 16.12.1992 bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen verantwortliche Manager der Bayer AG eingereicht. Ihnen wird vorgeworfen, der Herstellung und dem Vertrieb von sog. Holzschutzmitteln durch die damalige Bayer-Tochter zugestimmt und diese wider besseres Wissen nicht gestoppt zu haben. Dieser Anzeige vorausgegangen waren Hausdurchsuchungen des Bundeskriminalamts am 8. Oktober 1992 an den Bayer-Standorten Wuppertal und Leverkusen, wobei „umfangreiches Beweismaterial“ sichergestellt und beschlagnahmt wurde. Die Behörde ermittelt vorerst gegen acht Manager des Chemie-Multis wegen des Verdachts der vorsätzlichen Körperverletzung sowie der Gefährdung aufgrund der Freisetzung von Giften. Bei der staatsanwaltschaftlichen Durchsuchung soll es zu schweren Behinderungen der Beamten durch Bayer-Chef-Justiziar Schwericke gekommen sein. Schwericke, CDU-MdL in NRW, soll zu dem ermittelnden Staatsanwalt Schlöndorff gesagt haben: „Sie schafft sich noch.“

Quellen: dpa-Berichte in der Presse vom 26.5.93; Ethik und Akrie, Januar 1993 — (mkl)



Elmshorn. Für das antirassistische Theaterstück „Ayse“ wurde der Laienschauspielgruppe „Die Theatermacher e.V.“ ein Kulturpreis vom „Sport- und Kulturverein“ dem Fußballverein „Gencler Birliği“ und dem „Verein zur Förderung des Zusammenlebens verschiedener Nationalitäten in Elmshorn und Umgebung“ verliehen.

— (nach: Elmshorner GegenSätze)

Freie Radioinitiativen gründen Landesverband

Freiburg. Am Montag, den 17. Mai 1993, präsentierten auf einer Pressekonferenz im Stuttgarter Landtag VertreterInnen von gemeinnützigen Hörfunkinitiativen aus verschiedenen Orten des Landes die Bildung eines Dachverbandes für Freie Radios in Baden-Württemberg. Unter dem Namen „Interessen-Assoziation Freier Gemeinnütziger Gesellschaftsfunk“ (IAFGG) wollen die Gründungsmitglieder Radio Bermudafunk (Mannheim-Heidelberg), Freies Radio Karlsruhe, Initiative Freies Radio Schwäbisch Hall, Radio Canale Grande Ulm, Initiativen rund um den Stadtjugendring Stuttgart sowie Radio Dreyeckland aus Freiburg künftig gemeinsam dafür sorgen, daß im Eintopf des privatrechtlichen Hörfunks schon bald andere Stimmen zu hören sind. Der Dachverband sieht seine Aufgabe in der Beratung der gesellschaftlichen Initiativen und Organisationen, in der Aus- und Fortbildung und der Programmkooperation. Außerdem soll gegenüber der Landesanstalt für Kommunikation (LfK) ein zentraler Ansprechpartner geschaffen werden. — (hav)

Einzelhandel NRW: Mieses Tarifangebot

Köln. Bei der Tarifverhandlung über Lohn und Gehalt im Einzelhandel NRW am 24. 5. verschlechterten die Kapitalisten ihr Angebot. Für die 24 Monate ab 1. 4. 93 sollen die Löhne und Gehälter in drei Stufen um 6,7 % erhöht werden. Falls die Einzelhändler am 1. 6. keinen annehmbaren Abschluß anbieten, wird die HBV das Scheitern erklären. In den Manteltarifverhandlungen haben die

Kapitalisten ihren Angriff verschärft. Sie wollen den Beschäftigten in Bahnhöfen und Flughäfen die Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge streichen. Aus Protest dagegen verteilten HBV-Mitglieder der Bahnhofsbuchhandlung in Köln am Pfingstmontag ein Flugblatt an die Kunden. — (ant)

Republikaner-Antrag „Kranke Asylbewerber“

Stuttgart. Die Republikaner fordern in ihrem im Sozialausschuß behandelten Antrag, daß Asylbewerber, die von hochinfektiösen Krankheiten befallen sind, in eine „Quarantänestation“ eingewiesen werden und daß Asylanträge von derart erkrankten Asylbewerbern vorrangig bearbeitet und abgelehnte Asylbewerber unverzüglich abgeschoben werden sollen, soweit es ihr Gesundheitszustand zuläßt. Frau Fischer vom Gesundheitsamt stellte klar, daß ansteckende Krankheiten in den dafür eingerichteten Stationen der Krankenhäuser behandelt werden. Ferner liege keine „dramatische Situation“ vor. Der Antrag der Rep beweist ein weiteres Mal den menschenverachtenden Charakter ihrer Ausländerpolitik. Schon die Forderung nach spezieller Isolation von erkrankten Asylbewerbern bedeutet Ungleichbehandlung gegenüber anderen Kranken mit ansteckenden Krankheiten. Die Forderung nach möglichst rascher Abschiebung der Erkrankten nimmt eine gravierende Verschlechterung des Gesundheitszustands bewußt in Kauf. Die Frage nach der Ursache für die Erkrankung von Asylbewerbern war gar kein Thema. Es ging lediglich darum, wie man eine Ansteckung der „Deutschen“ bei möglichst geringem Kostenaufwand verhindern kann. — (evo)

Wie kann die Linke in die Hamburger Bürgerschaftswahlen eingreifen?

Hamburg. In Hamburg hat die CDU die Verfassung gebrochen. Deshalb finden Neuwahlen statt. Der Wahlmarathon '94 beginnt also nicht mit Brandenburg (Dezember), sondern mit Hamburg (September).

Eine Umfrage zeigt den Trend: Die Wahlbeteiligung sinkt, die SPD rutscht von 48 auf 40 %, die GAL steigt von 7,2 auf 16, wenig Bewegung bei CDU und FDP und (für Hamburg einmalig) die Reps kurz vor dem Einzug ins Parlament.

Unterschiedliche Koalitionen sind denkbar: rot-grün, schwarz-grün, Ampel und schwarz-rot. Auch in der SPD und GAL sind die Optionen offen. Die SPD möchte am liebsten allein regieren. Deshalb wird sie versuchen, sowohl die Lichterketten zu mobilisieren als auch im rechten Lager zu fischen.

Trotz Umfrage strahlt Bürgermeister Vorschau Fröhlichkeit aus. Das hat einen realen Kern: Experten sagen für Ende des Jahres ein Haushaltsloch von 600 Mio. voraus. Der große Schlag im Sozialabbau findet somit erst nach den Wahlen statt. Zwar hat auch seine bisherige Politik keinen Ansatz erkennen lassen, unerträgliche Probleme der Stadtentwicklungs-, Ökologie- und Sozialpolitik wirklich lösen zu wollen — die Wohnungsnot nimmt dramatische Ausmaße an, die Arbeitslosigkeit steigt wieder, der Verkehrsfaktor droht, der soziale Kahlschlag läuft als schleicher Prozess seit '86, die taz konstatiert „galoppierende neue Armut“ (26. 5. 93) — aber im politischen Raum stehen ihm mit FDP, CDU und GAL Parteien gegenüber, mit denen es in der Bürgerschaft viel Übereinstimmung gab und die nun um jeden Preis mitregieren wollen.

In der GAL tobt ein Machtkampf neuer Qualität. '91 ging es um Opposition oder rot-grüne Reformpolitik. Heute bestimmen ganz andere Varianten die Debatte: Die Mehrheit der Fraktion will schwarz-grün. Die Mehrheit der Partei eine rot-grüne Nulloption. Konkrete Essentials gibt es nicht.

Der im Jugoslawienkonflikt (wo die Fraktionsmehrheit den Militäreinsatz forderte) deutlich gewordene Streit setzt sich fort. Jo Müller fordert eine „Anti-Filz-Koalition aus Grünen, Bürgerliste Markus Wegener, FDP und CDU“ (Hamburger Rundschau, 27. 5. 93). Soziale Bezugsgruppen: „Dienstleistungsdynamos“ und Hamburger mit „bürgerlich-liberaler Tradition“. Ein angegrünter Bürgerblock der rechten Mitte soll's also sein. Kein Wort zu den sozialen Problemen. Setzen sich diese Wertkon-

servativen in der GAL auch nicht durch, so beeinflussen sie dennoch die rot-grüne Nulloption mit.

Die GAL wird sich dann zwar wieder als „entmilitarisiert“ darstellen, aber im stadtpolitischen Bereich zugleich auf jede konkrete, nachprüfbar Forderung verzichten. Freiwillig unterwirft sie sich der Ideologie „leerer Kassen“. Und die politische Praxis der Subventionierung großer Unternehmen durch den Senat, als Wirtschaftsförderung deklariert, steht nicht mehr grundsätzlich in Frage. Die Lösung zentraler Probleme Hamburger Stadtpolitik würde aber die volle Mobilisierung kommunaler Ressourcen im steuer-, kredit- und finanzpolitischen Bereich erfordern. Mensch mag sich vorstellen, was real herauskommt, tritt eine derart selbstkastierte GAL auf die Vorschau-SPD. Der „Machtkampf in der GAL“ wird taktisch entschieden werden: Die einen machen ideologische Zugeständnisse und verzichten (zunächst) auf ihren Koalitionswunschpartner, die anderen geben aber den Kern realpolitischer Reformvorstellungen auf.

Als bindender Kitt erweist sich die Forderung nach Dezentralisierung und BürgerInnenbeteiligung und die gegen den „Filz“. Ein Konzept, für das auch die designierte GAL-Spitzenkandidatin Jutta Biallas steht. Solcherart Demokratisierung ist aber eine Worthülse, wenn nicht zugleich sozialökonomische und rechtliche Rahmenbedingungen abgesteckt sind. Wirkliche Demokratisierung kann ohne soziale Umverteilung nicht auskommen.

Ein Bekenntnis zu mehr Humanismus nützt wenig, beteiligt sich mensch gleichzeitig an staatlich organisierter Abschiebepolitik. Gefährlich die Losung gegen den „Filz“, die sich wenden kann in unreflektierte Angriffe gegen den öffentlichen Dienst. Schon jetzt werden öffentliche Betriebe in sogenannte Haushaltsbetriebe umgewandelt, immer mehr soziale Dienstleistungsträger aus der Regularfinanzierung herausgenommen. Private Problemlösungsstrategien nach dem Motto: Wer keine Wohnung hat, gründe eine Genossenschaft, wer arm ist, werde Mitglied in „sozialen Netzwerken im Wohnviertel“ (Originalton GAL-Wahlplattform) sind aber kein politisches Konzept, eher kontraproduktiv, wenn nicht zugleich über Regelfinanzierung gesprochen wird.

Kein Wort findet mensch darüber, wie die GAL die Reps bekämpfen will. Auch kein Wort für einen wirksamen Beitrag im Kampf gegen die Benachteiligung der Frauen.

Ein Klima gegen rechts kann so nicht entstehen. Die Bereitschaft, sich mit Kapital und Regierung anzulegen, fehlt. Das ist die Ausgangslage. Die Linke wird sich hierzu verhalten müssen, will sie Glaubwürdigkeit gewinnen. Es kann nicht um Prozentkalkulationen oder die Kultivierung resignativer Mutlosigkeit gehen. Hamburg braucht linke Opposition!

Aber: Wie können wir wirklich etwas bewegen? Eine außerparlamentarische Kampagne gegen rechts, gegen das Erstarken von Reps und DVU, daß sie nicht reinkommen, ist unbedingt erforderlich. Sie sollte den Schwerpunkt bilden. Ist aber auch wahlpolitisch etwas möglich?

Die Hamburger PDS/LL hat beschlossen, diese Frage erst im Ergebnis eines breiten Dialoges der gesamten Linken in der Stadt zu entscheiden. Es kristallisieren sich zwei Varianten heraus: erstens eine Kandidatur der PDS/LL mit offenen Listen; zweitens ein offenes linkes Wahlbündnis.

Inhaltlich stehen solche Themen wie Kampf gegen rechts, gegen die Militarisierung der Gesellschaft, für einen Kurswechsel in der Stadtentwicklungspolitik, gegen Armut, soziale Deregulierung und Kahlschlag im Vordergrund. Viele schlagen eine offene Liste der PDS/LL vor. Andere, wie z. B. Teile der AL, ein offenes Wahlbündnis. In der Tat wäre ein offenes Wahlbündnis adäquat, um Kräfte zu bündeln, einen emanzipatorischen Prozess auszulösen. Verkannt wird aber, daß diese Wahlen erstens in sehr engem Bezug zu '94 stehen, zweitens, daß die Zeit für die Bildung eines neuen Wahlbündnisses, abseits der schmalen Logik einer reinen Formalkonstruktion, einfach nicht da ist.

Eine offene Liste der PDS/LL würde voraussetzen, daß es in der PDS/LL wirkliche Bereitschaft gibt, diese Offenheit, auf der Basis einer gemeinsam erarbeiteten wahlpolitischen Plattform, auch tatsächlich zu garantieren. Bei anderen muß die Bereitschaft da sein, sich bewußt, trotz aller Differenzen, wahlpolitisch in Bezug zur PDS zu setzen. Es darf keine Konkurrenzkandidaturen geben. Dies wäre auch deshalb erforderlich, weil ein Wahlkampf in „Bescheidenheit und fachlicher Kompetenz“ im Saal allein nicht ausreicht. Natürlich keine Materialschlacht. Aber der aktive Streit auf der Straße, der wäre erforderlich. Für eine solche Konzeption muß politisch mobilisiert werden, denn davon wird es abhängen, was wirklich getan werden kann.

(Andreas Grünwald, PDS/LL Hamburg)

Protest gegen Stellenabbau

Stuttgart. Im Anschluß an die Personalversammlung des Jugendamts am 13. 5. marschierten die ca. 400 Teilnehmer ins Rathaus, um dort Protestresolutionen zu übergeben. Zuvor war in der Versammlung heftig über den geplanten Stellenabbau im Jugendamt debattiert worden. Inzwischen ist von 116,5 Stellen die Rede, wobei der größte Teil aus den Kindertagesstätten kommen soll ohne Einrichtungsschließung. Es wird an die Nachmittagsschließung von Normalkindergärten gedacht, da dort z.T. nachmittags wenig Kinder kommen, weil diese Betreuungsform überholt ist. Dazu will Amtsleiter Pfeifle Untersuchungen über den Betreuungsbedarf anstellen lassen. Angesichts der langen Wartelisten in Kindertagesstätten und Tagheimen, mit denen die Beschäftigten gerade jetzt wieder zu Beginn des neuen Kindergartenjahres konfrontiert sind, ist das eine Provokation. Es wurde ein Konzept für die öffentliche Kinderbetreuung der Zukunft gefordert, wodurch klar bewiesen wird, daß eventuelle Reserven dringend gebraucht werden.

Als besonders empörend empfinden es viele, daß an die Streichung von 24 Stellen für leistungsgeminderte Beschäftigte gedacht wird. Dies wurde auch in der Resolution an OB Rommel zum Ausdruck gebracht: „Ein besonders empörender und perfider Streichungsvorschlag ist der, leistungsgeminderte Kolleginnen und Kollegen ‚freizusetzen‘.“

Es kann ja nicht wahr sein, daß sich die Stadt Stuttgart als Arbeitgeberin der letzten Reste ihrer Fürsorgepflicht entledigt. Dieser Punkt muß unverzüglich zurückgenommen werden. — Oder möchte sie sich die Stadtverwaltung den Zeichen der Zeit anpassen? — Ausgrenzung von Ausländern, Behinderten, ... Leistungsgeminderten ... ??“ Direkt erhöht fühlen sich viele Beschäftigte der Stadt, weil gerade mit dem letzten Lohnzettel eine Aufforderung an alle ging, „Mitarbeiter, die gesundheitliche Probleme haben, zu motivieren, einen Antrag auf Anerkennung als Schwerbehinderter zu stellen.“

Die Beschäftigten forderten außerdem eine Zusage des Gemeinderats, daß niemand aufgrund des Stellenabbaus gekündigt wird. Eine Vereinbarung diesbezüglich wurde dem Gesamtpersonalrat Ende letzter Woche aufgrund des Protests der letzten Wochen in den einzelnen Ämtern zugesichert.

Um die Stellenstreichungen, die am 23. September im Gemeinderat beschlossen werden sollen, zu verhindern, planen Personalräte und ÖTV-Vertrauensleute Aktionen. Höhepunkt soll ein Aktionstag im Zusammenhang mit dem geplanten Kindergipfel im Herbst in Stuttgart sein. Organisiert wird das Ganze von Gesamtelternbeirat der Stuttgarter Kindertagesstätten und Beschäftigtenvertretungen unter dem Dach der ÖTV-Kreisverwaltung. — (mok)

Hessen nach den Kommunalwahlen Reps erst legalisiert, jetzt integriert?

Frankfurt. Am 16. 5. fand mit 153 Delegierten in Waldeck bei Kassel der erste Landesparteitag der hessischen Republikaner nach der Kommunalwahl statt. Während die REP im Wahlkampf landesweit so gut wie keine öffentliche Veranstaltung durchführen konnten und erhebliche Schwierigkeiten hatten, Räume anzumieten, war dies am 16. 5. kein Problem. Der Bürgermeister der Stadt Waldeck, Brandenburg (SPD), soll den REP sogar in einem offiziellen Schreiben „einen guten Verlauf“ der Versammlung gewünscht haben. Immerhin sahen sich die REP noch veranlaßt, den Parteitag verdeckt vorzubereiten. Obwohl derzeit in einer Reihe von Städten und Landkreisen infolge geänderter kommunalpolitischer Mehrheitsverhältnisse Bürgermeister und Landräte der SPD durch koordiniertes Abstimmungsverhalten von CDU, FDP und REP abgewählt werden, waren laut FR kommunal- und landespolitische Themen nicht Gegenstand des Parteitages. Möglich, daß sich entwickelnde Bündnisse von CDU und REP zunächst nicht öffentlich erörtert werden sollen. Hier ein paar Beispiele:

Lauterbach/Kreis Vogelsberg: Gegen die Stimmen der SPD und obwohl der Landesvorstand der Grünen ein Parteiausschlußverfahren androhte, stimmten drei von vier Kreisratsabgeordneten der Grünen zusammen mit der CDU und REP einem Antrag der Freien Wähler

auf Abwahl des derzeitigen hauptamtlichen Kreisbeigeordneten (FDP) zu. Die drei GRÜNEN: Sie „machen keine gemeinsame Sache mit den REPS“, sondern „stimmen einem Antrag der FWG zu, der den neuen Mehrheitsverhältnissen nach der Wahl entspricht“.

Kassel: CDU, FDP und REP stimmen gemeinsam für die Abschaffung von Blechpollern zur Begrenzung der Straßenflächen, da sie den Verkehr behindern, und für den Abbau der „hölzerne“ Treppe über den Königsplatz, Relikt der Dokumenta. SPD und GRÜNE protestieren: „Verheerendes Zeichen für die Demokratie“. CDU sieht im Abstimmungsverhalten kein Problem, da „keine Selbstblockade“.

Umlandverband Frankfurt: Nachdem das UVF-Parlament auf seiner konstituierenden Sitzung den Verbandsauschuß von 11 auf 13 Sitze aufgestockt hat, wird ein REP-Vertreter zum ehrenamtlichen Beigeordneten dieses Gremiums gewählt.

Frankfurt: CDU und REP stellen Anfang Mai unabhängig voneinander Anträge auf Abschaffung des Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten. Die Abstimmung wird vertagt. Die CDU kann „der Begründung des REP-Antrags nicht zustimmen“. Laut FR begründen die REP den Antrag mit der „Verschwendung von Steuergeldern“, die CDU findet, daß das Amt „polarisierend“ wirke.

Frankfurt-Harheim: REP sind im Ortsbeirat das Zünglein an der Waage. Es kommt zur gemeinsamen Abstimmung von CDU und REP gegen Tempo 100 auf der B3.

Landkreis Offenbach: Hier wird die Abwahl des SPD-Landrats mit einer Stimmenmehrheit von CDU und REP erwartet.

Während in der letzten Legislaturperiode landesweit in elf Landkreisen und Städten rot-grüne Koalitionen existierten, gelten sie nunmehr nur noch in Frankfurt und in den Kreisen Darmstadt-Dieburg und Groß Gerau als sicher. Bis zu 15 Mal kann es jetzt zu großen Koalitionen kommen (FR, 15. 4.).

Hörte man von seiten der GRÜNEN direkt nach der Wahl Selbstkritik wegen der Nichtbeachtung der NPD im Frankfurter Stadtparlament und Absichtserklärungen, den Republikanern nichts mehr durchgehen zu lassen, ist man inzwischen anscheinend „zum normalen Geschäft“ übergegangen.

Nachdem die Frankfurter oppositionelle Liste „Ökolinx“ nicht in den Römern gekommen ist, ist es hier ruhig geworden. Weder die Gruppe um Jutta Dittfurth noch die PDS meldet sich kommunalpolitisch zu Wort. Ein für Mai von Ökolinx geplanter Oppositionskongreß wurde bereits auf Juni verschoben, und noch ist nicht sicher, ob er überhaupt stattfindet und was dort beraten werden soll. — (ola, udi)

Kurz berichtet

Ulf Fink erklärt Verzicht
zur Landtagswahl 1994

Potsdam. Die Auseinandersetzungen in der CDU Brandenburg fanden jetzt ein vorläufiges Ende, als der Westimport und Landeschef der CDU in Brandenburg, Ulf Fink, erklärte, daß er bei der kommenden Landtagswahl für die Spitzenkandidatur nicht zur Verfügung stehen werde. Der Fraktionschef der CDU im Landtag, Dieter Helm, meinte dazu, daß Fink laut Umfrageergebnissen weder in der CDU noch in der Öffentlichkeit große Resonanz habe und der Verzicht nicht überraschend gekommen sei. In der Fraktion wurde keine Stimme des Bedauerns laut. Es ist wahrscheinlich, daß Fink zur nächsten Wahl des Landesvorstandes im Oktober auch den Vorsitz der Brandenburger CDU niederlegt. Als mögliche Nachfolgekandidaten gelten MdB Rainer Eppelmann, der Ex-Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maiziere, und Ex-Fraktionschef Peter-Michael Diestel, der nach Helm eine „innere Befriedigung“ erlebe. Zwischen Diestel und Fink war es zu heftigen Differenzen gekommen, die zur Ablösung Diestels als Fraktionschef führten. Die CDU Brandenburgs will mit einem Ostpolitiker in den Wahlkampf gegen die SPD gehen. — (abe)

Enttäuschung bei Metallern
in Berlin-Brandenburg

Nicht einen „einzigen Kollegen“ habe er bei der AEG Schienenfahrzeuge (ASF) in Hennigsdorf ausmachen können, der für die Übernahme des Sachsen-Ergebnisses sei, berichtete Betriebsratsvorsitzender Michael Wobst. Dies ist eine von vielen zitierten Stimmen von der entscheidenden Sitzung der Großen Tarifkommission des Tarifbezirks Berlin-Brandenburg über die Übernahme des Verhandlungsergebnisses aus Sachsen vom 19. Mai. Das Abstimmungsergebnis war entsprechend: Nur 38 Delegierte stimmten dafür, 29 stimmten dagegen. Und das nach einer stundenlangen Sitzung, in der Bezirksleiter Horst Wagner und der stellv. Vorsitzende der IG Metall, Klaus Zwickel, den Delegierten nachdrücklich vor Augen führte, wie aussichtslos ein Streik in einem Tarifbezirk sei, wenn alle anderen Bezirke schon zugestimmt haben. Dennoch, auch die Urabstimmung ergab nur 46 % Zustimmung der Mitglieder in Berlin-Brandenburg. Das reicht zwar für die Annahme, (25 % sind erforderlich) aber es zeigt auch das Ausmaß der Ablehnung. Als Begründung für das deutlich abweichende Abstimmungsergebnis im Vergleich zu Sachsen, Thüringen usw. wird vielfach das Aufeinandertreffen der Tarife von Berlin-Brandenburg und Westberlin genannt. Zufriedenstellen kann diese Erklärung jedoch nicht. Wahrscheinlich sind vielmehr durch die betrieblichen Funktionäre leichtfertig und leichtsinnig Erwartungen geweckt worden, die selbst durch Streik nicht erfüllt werden können. — (brr)

Hungerstreik gegen Willkür
des Berliner Senats

Hellersdorf. Seit dem 24. Mai, 10 Uhr, protestiert der Hellersdorfer Bezirksverordnete Klaus-Jürgen Dahler (PDS) mit einem Hungerstreik gegen die Willkür des Senates von Berlin, der sich über parteiübergreifende Beschlüsse der ordentlichen Bezirksversammlung von Hellersdorf, die von SPD und PDS eingebrachte Anträge billigte, hinwegsetzte und die Vollsperrung einer für den Wohnbezirk wichtigen Verkehrsstraße veranlaßte. 130000 Bewohner von Berlin-Hellersdorf werden von ihrem örtlichen Krankenhaus abgeschnitten. Dahler wendet sich gegen die Ignoranz des Senates, der BVV und Bürgerwillen mißachtet. „Wir dürfen das nicht länger hinnehmen. Wer sollte uns als Bezirkspolitiker sonst noch ernst nehmen?“, fragt Dahler. — (abe)

Krupp schließt Walzwerk in
Oranienburg (Brandenburg)

Berlin. Anfang Mai faßte der Krupp-Stahl-Aufsichtsrat den Beschluß, der Gesellschafterversammlung zu empfehlen, das von der Treuhand vor zweieinhalb Jahren erworbene Kaltwalzwerk Oranienburg „aus betriebswirtschaftlichen Gründen“, die auch aus dem Zusammenbruch der osteuropäischen Märkte resultieren, zu schließen. Das Kaltwalzwerk Oranienburg gehörte zu den modernsten Werken seiner Art in der DDR. Seit 1936 wurde in Oranienburg Metall verarbeitet. Über tausend Menschen waren dort beschäftigt. Krupp übernahm beim Kauf die Verpflichtung, mindestens 600 Arbeitsplätze zu erhalten und 40 Millionen Mark zu investieren. Nach der Übernahme durch Krupp wurde in den letzten zweieinhalb Jahren aber 900 Beschäftigten gekündigt. Die beabsichtigte Schließung bringt den Verlust des Arbeitsplatzes für weitere 294 mit sich.

Der Betriebsratsvorsitzende Gerhard Horn erklärte, daß von den vertraglich vereinbarten 40 Millionen lediglich „vier Millionen geflossen sind“. Es wurden zudem „zwei wichtige Anlagen abgebaut und unsere Wettbewerbsfähigkeit damit erheblich eingeschränkt“. Weiter wurde bekannt, daß für Oranienburg vorgesehene Aufträge an andere Kruppwerke übergeben wurden. Der Rückzug verärgerte selbst die Treuhand, die allerdings keine Sanktionen gegen Krupp einleiten kann, da in dem 1990 abgeschlossenen Vertrag solche nicht enthalten seien. An der Nase herumgeführt wurde auch die Landesregierung, die an Krupp schon 7,1 Millionen DM Fördermittel zur Erhaltung von Arbeitsplätzen ausgereicht hatte.

Das Stahlwerk Oranienburg war der einzige Standort der Krupp-Stahl in Ostdeutschland. Nun wird nicht zu Unrecht vermutet, daß Krupp nur gekauft hat, um einen Konkurrenten auszuschalten. Das wurde schon vor Monaten vom Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Oranienburg der IG Metall, Philipp Becker, vermutet: „Krupp kauft das Werk und macht es platt“. — (abe)

Eine sichere Bank für den
„Europa-Aufschwung Ost“?

Die der Berliner PDS nahestehende Zeitschrift *Berliner Linke* publizierte in ihrer Ausgabe Nr. 10/1993 einen Artikel von Dr. Wolfram Adolphi, dem früheren Landesvorsitzenden der Berliner PDS, der an der Jahrestagung 1993 der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung im April in London teilnahm. Wir geben den Artikel mit Genehmigung des Autors hier leicht gekürzt wieder.

Zauberwort Banken

Banken, lautet fast überall das Zauberwort, Banken müssen her, die Kredite geben können, damit der komplizierte Start in Osteuropa gelingen kann. Aber gibt es solche Banken nicht mehr als genug?

Und lasten deren Kredite nicht schon unsäglich schwer auf den Wirtschaftsschultern der Entwicklungsländer?

Und waren die aus dem heftigen Flirt der RGW-Staaten mit eben diesen westlichen Großbanken herrührende Kredit-schuld und der daran angekettete Schuldzins in Höhe vieler Milliarden Dollar nicht ein gewichtiger Nagel zum Sarg der sozialistischen Ökonomien in Osteuropa?

Und nun ist der Sozialismus weg, aber die Schwäche der Ökonomien doch nicht behoben!

Doch wer A gesagt und sich entschieden des Sozialismus entledigt hat, muß nun wohl auch B sagen und, da es an anderen Ideen und verwirklichtbaren Plänen sichtlich mangelt, auf genau jenes Aufschwungsinstrument Bank zurückgreifen — trotz aller komplizierten Erfahrung.

Und daß da Hoffnung die Menge gewesen ist, es möge im Angesicht der neuen Lage in Europa gelingen, auch dem Instrumentarium „Bank“ neue Ideen einzuhauchen und damit vielleicht die uralten Widersprüche zwischen den Gebern von Krediten und deren Nehmern erträglicher zu gestalten, läßt sich erahnen angesichts des Zeitpunktes, da in Europa eine neue Bank an die Seite der bestehenden gestellt wurde: Schon am 9. Dezember 1989 verständigte sich der Europäische Rat in Straßburg auf Initiative des französischen Präsidenten Mitterrand auf die Gründung einer „Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ (EBWE, englisch: EBRD) als — wie es offiziell heißt — „positive Reaktion der Europäischen Gemeinschaft auf die dramatischen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa“.

Im April 1991 ist die EBWE endgültig ins europäische Wirtschaftsleben eingestiegen. 56 Mitglieder zählt sie mittlerweile, und 27 davon sind zum Empfang von Hilfe durch die Bank berechnete osteuropäische und GUS-Staaten. Was ist aus den Hoffnungen geworden?

ten-Erwartungen sind offenbar andere, weitergehende, in ganz andere Dimensionen reichende — was sowohl die Geldmenge als auch die Art und Weise der Hilfe und Unterstützung betrifft. Es ist überraschend, daß das die Banker überrascht.

Überraschte Banker

Man habe, so ist zu hören, die Schwere des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in Osteuropa und damit den Umfang der zu lösenden Aufgaben lange unterschätzt.

Haben die Warnungen nicht weniger Experten vor der allzu schnellen Zerschlagung existierender Wirtschaftsstrukturen und — zum Beispiel — vor der überhitzten Herbeiführung der Währungsunion in Deutschland tatsächlich so wenig Gehör gefunden?

Man will das Erstaunt- und Überraschtsein nicht so recht glauben!

Jetzt aber jedenfalls scheint es damit zu Ende zu gehen. Die EBWE präsentierte auf ihrer Jahrestagung eine ganze Reihe von Überlegungen, die einen

sichern: mit Trainings-, Beratungs- und Investitionsprogrammen zur Schaffung neuer markt- und finanzpolitischer Infrastrukturen.

Wesentliche Elemente solcher Programme müsse die Bewahrung und Entwicklung der inneren Stärke der jeweiligen Märkte sein.

Weder sei es sinnvoll, die Kreditnehmer mit westlichen Personal und westlichen Regularien zu überschütten und zuzudecken, noch sei es erstrebenswert, die neu privatisierten Unternehmen unmittelbar und völlig ungeschützt der Konkurrenz des Weltmarktes auszusetzen.

Zu innerer Stärke gehörten innere Märkte, und erinnert wurde in diesem Zusammenhang an die langen Jahrzehnte, in denen zum Beispiel Japan und Taiwan ihre aufstrebenden Märkte nach außen schützten.

Hoffen auf „Politik“

Nachdenkliche Töne — vertragen sie sich mit den bisherigen Bankgrundsätzen?



KRUPP STAHL



Aus Protest gegen die beabsichtigte Schließung wurde am Werkort des Kaltwalzwerkes Oranienburg ein acht Meter hohes Kreuz angebracht, auf dem die Zahlen der durch die Krupp-Stahl-AG entlassenen Beschäftigten in den letzten zweieinhalb Jahren aufgeschrieben sind. Foto: „Berliner Zeitung“ — (abe)

Schnelle Tropfen

Fragt man die EBWE selbst, so klingt alles sehr beeindruckend. Fast 90 Projekte sind es, die durch die Bank finanziert werden, und rund 1,9 Mrd. ECU — das sind umgerechnet etwa 4 Mrd. DM — werden dafür eingesetzt.

Ein Vergleich läßt's, auch wenn er in vieler Hinsicht hinken kann, zumindest erahnen: das Fünffach dieser Summe floß, so sagen Fachleute, allein 1992 von West- nach Ostdeutschland. Und brachte doch die Arbeitsplatzvernichtung nicht zum Halten, geschweige denn, daß mit ihr schon wirklich Neues geschaffen werden können — sieht man einmal von den nicht unwichtigen Erneuerungs- und Aufbauleistungen in der Infrastruktur ab.

Aber trotz des offensichtlich noch bescheidenen Umfangs der eingesetzten Gelder: die Bank agiert. Was die Höhe der Kredite anbetrifft, so verweist man in der Bank darauf, daß man die eigene Aufgabe nicht so sehr im Sinne einer Entwicklungsbank, wie sie etwa die Asiatische Entwicklungsbank verkörpert, sieht, sondern vielmehr im Sinne einer echten Handelsbank mit gesunden „Bankgrundsätzen“, sprich: mit glasharten und rasch realisierbaren Gewinnaussichten.

Die osteuropäischen und GUS-Staa-

wachsenden Realismus widerspiegeln.

So wird der Privatisierungsprozeß nicht mehr als eine einfache und schnell zu erledigende Angelegenheit betrachtet, und die Frage danach, was denn nach der einmal erfolgten Privatisierung mit den jeweiligen Unternehmen passiert, gewinnt an Gewicht.

Es wächst die Einsicht, daß die Vorgänge in Osteuropa nicht einfach mit den „aufstrebenden Märkten“ wie sie aus Südkorea oder Taiwan, Argentinien oder Chile bekannt sind, gleichgesetzt werden können.

Es müsse begriffen werden, sagte einer der führenden Banker, daß Osteuropa einen qualvollen und langwierigen Prozeß der politischen, sozialen und ökonomischen Transformation erlebe, und das bedeute, daß Märkte, die bereits bestanden haben, einer komplexen Neustrukturierung unterzogen werden müssen.

Diesen Prozeß zu befördern und zu begleiten, erfordere sowohl Behutsamkeit als auch Langfristigkeit.

Behutsamkeit dahingehend, daß die Kredite gekoppelt sein müssen mit Programmen, die deren effektiven Einsatz

Nur zum Teil, sagen die Banker der EBWE. Denn Kredite unter längerfristigen und zugleich instabilen Bedingungen auszureichen, sei für die Bank nicht lukrativ.

Zeichen in Richtung Längerfristigkeit müßten durch „die Politik“ gesetzt werden.

„Die Politik“ — das ist auch der Gouverneursrat der Bank, im vergangenen Geschäftsjahr turnusmäßig präsidiert durch Deutschlands Finanzminister Theo Waigel.

Wird die „Politik“ ein Ohr haben für den Vorschlag des EBWE-Präsidenten Jacques Attali, eben mit Blick auf die innere Stärkung der Kreditnehmerländer deren Schulden gegenüber dem Westen schlichtweg zu streichen?

Ein solcher Schritt wäre ein Schritt in Richtung wirklichen Teilens. Sind die Reichen Europas dazu in der Lage? Oder ist jener Banker, der auf der Jahrestagung forderte, endlich zu begreifen, daß die Veränderungen im Osten Europas durch kaum weniger bedeutsame Veränderungen im Westen begleitet werden müssen, lediglich ein exotischer Einzelgänger?

Erklärung zu Verdächtigungen gegen Hans Modrow

Im sogenannten Wahlfälscher-Prozess gegen den PDS-Bundestagsabgeordneten und früheren SED-Bezirksleiter Hans Modrow urteilte das Dresdener Gericht am 27. Mai wie folgt: Hans Modrow und drei weitere frühere DDR-Funktionäre werden wegen Anstiftung zur Fälschung der DDR-Kommunalwahlen vom Mai 1989 für schuldig befunden. Sie werden jedoch nicht bestraft. Diese „Verwarnung mit Strafvorbehalt“ gilt als die mildeste Sanktion des Strafgesetzbuches (§ 59 StGB). Es erfolgt zwar ein Schuldspruch, anders aber als etwa bei einer Strafaussetzung zur Bewährung wird keine Strafe ausgesprochen. Der Angeklagte gilt deshalb weiter als nicht vorbestraft. Das Gericht suchte sich mit dieser sehr selten angewendeten Formel aus der Affäre eines grotesken Prozesses zu ziehen. Die Staatsanwaltschaft hatte 15 Monate Freiheitsstrafe auf Bewährung gefordert, die Verteidigung plädierte für Freispruch. Die Anklagevertretung kündigte inzwischen Revision gegen das Urteil beim Bundesgerichtshof an. Hans Modrow bleibt einer fortgesetzten Hatz bundesdeutscher Medien ausgesetzt. Höhepunkt waren dabei bis jetzt die Verdächtigungen einer Verwicklung von Hans Modrow im Zusammenhang mit sogenannten Isolierungslagern in der DDR. Zum MONITOR-Bericht vom 8. April über die angebliche Verantwortlichkeit Hans Modrows für Isolierungslager dokumentieren wir die persönliche Erklärung von MdL Dr. Michael Friedrich, Fraktion LL-PDS. — (abe)

... Als Mitglied des Sonderausschusses zur Untersuchung von Amts- und Machtmissbrauch infolge SED-Herrschaft, der seit über einem Jahr die Problematik Isolierungslager untersucht, bisher 46 zeugenschaftliche Vernehmungen durchgeführt hat und im Besitz (fast) aller relevanten Planungsunterlagen für die Lager ist, gebe ich zu den haltlosen Vorwürfen von MONITOR folgende persönliche Erklärung ab:

1. Das Thema Isolierungslager ist höchst bedrückend und bedarf dringend der restlosen Aufklärung. Entgegen ursprünglicher Vermutungen ist es aber bar jeglicher „Exotik“. Im Prinzip hat sich bestätigt, was bereits 1990 durch Untersuchungen der MfS-Auflösungskomitees der Militär-Oberstaatsanwaltschaft der DDR unter den Bedingungen der damals noch möglichen freiwilligen Offenlegung bekannt war.

2. Im Unterschied zu den Internierungslagern, die dem Schutz ausländischer Staatsangehöriger in Spannungszuständen dienen sollten, haben sich Isolierungslager eindeutig auf politisch Andersdenkende DDR-Bürger bezogen.

Während die Planung ersterer wiederholt Gegenstand von Sitzungen der Bezirkseinsatzleitungen war und sich unter Federführung der Deutschen Volkspolizei vollzog, trifft dies für die Isolierungslager nach dem gegenwärtigen Stand der Aktenlage, den Zeugenaussagen und auch den Protokollen der Militärstaatsanwaltschaft nicht zu.

Vielmehr wurden die Isolierungslager auf der Grundlage der MIELKE-Direktive 1/67 und dort speziell im Rahmen des sogenannten Vorbeugekomplexes geplant. Dem Sonderausschuß liegen wichtige untersetzende Dokumente vor, beispielsweise

* die MfS-Geheimverschlusssache (GVS) 0005/155/83, in der es in Ziffer 1.3. heißt:

„Für die Planung, Vorbereitung und Realisierung der Isolierung ist das Ministerium für Staatssicherheit verantwortlich ... Die Leiter der operativen Dienstleistungen, die Personen für die Isolierung geplant haben, ... haben die dazu erforderlichen Maßnahmen ... mit dem Leiter der Arbeitsgruppe des Leiters der Bezirksverwaltung abzustimmen. Die Deutsche Volkspolizei, Abt. K, Arbeitsrichtung I, hat das Recht, Vorschläge zur Isolierung ... einzureichen. Über die Isolierung und die Isolierungsobjekte besteht keine Aufsicht durch die Staatsanwaltschaft bzw. das

Ministerium des Innern.“

* die MfS-GVS 0005/105/84, die detailliert die erforderlichen Isolierungsbefehle (die nur der Minister persönlich auslösen konnte!) und die Durchführungsbestimmungen zur Isolierung enthält;

* die MfS-GVS 0005/99/86, in der die Personengruppen präzise erfaßt werden, die der Isolierung unterliegen sollten sowie

* Befehlstabellen zur Herstellung und Gewährleistung höherer Stufen der Einsatzbereitschaft in den Bezirksverwaltungen des MfS, die die Realisierung des „Vorbeugekomplexes“ als eine der ersten Maßnahmen in der Stufe der „vollen Einsatzbereitschaft“ vorsah.

Aus diesen und anderen Dokumenten ergibt sich kein einziger Hinweis auf eine Beteiligung der Bezirkseinsatzleitungen. Nicht zuletzt hätte dies massiv dem Selbstverständnis des MfS als Gralshüter der staatlichen Sicherheit und seiner pervertierten Geheimhaltungsmanie widersprochen. Wenn MONITOR dennoch über Beweise der direkten Mitverantwortung der Einsatzleitungen für die Planung von Isolierungslagern verfügen sollte und hier nichts mit Internierungslagern verwechselt, möge die Redaktion dies schleunigst dem sächsischen Sonderausschuß zur Verfügung stellen!

3. Unstrittig ist, daß es in den Bezirkseinsatzleitungen eine Menge letztlich unnützer, skurriler und auch makabrer Pläne gab. Eine ganz andere Frage aber ist, inwieweit diese „Übungen“ auf realen Einschätzungen und Erkenntnissen des MfS und anderer Organe oder aber „nur“ auf agitatorischen Schlagwörtern und Fiktionen beruhten. Letzteres ist zumindest nicht auszuschließen, war doch beispielsweise im September 1989 nach einem entsprechenden Fernschreiben von E. H. die Redewendung von der „Isolierung aller feindlich-negativen Kräfte“ in jeder SED-Grundorganisation bekannt.

Wenn MONITOR meint, die Stabs-

übung „Ausfuhrverbot-78“ beweise eine Mitwisserschaft Hans Modrows an geplanten Isolierungslagern, so ist dies mehr als unseriös!

4. Geradezu lächerlich ist der Versuch von MONITOR und einigen sächsischen Landtagsabgeordneten, aus den Aussagen Modrows vor dem Untersuchungsausschuß zu der Frage, ob die Bezirkseinsatzleitung auch in den bewegten Oktobertagen von 1989 getagt habe, eine Meineidsklage ableiten zu wollen.

Zugegebenermaßen war die Antwort des Zeugen vor dem Ausschuß vielleicht nicht gänzlich exakt, aber weder vorsätzlich falsch noch für den Untersuchungsgegenstand erheblich. Wirklich verwunderlich dagegen wäre, hätten sich die „führenden Persönlichkeiten“ im Bezirk Dresden in einer Zeit, in der die Option einer demokratischen und so-

zialistischen DDR noch völlig offen war, nicht getroffen. Eine dienstliche Begegnung verschiedener Mitglieder der Bezirkseinsatzleitung (BE) aber ist nicht identisch mit einer offiziellen BE-Sitzung.

5. Warum fragen führende Bundes- und Landespolitiker, warum fragt MONITOR nicht danach, welchen entscheidenden Anteil gerade auch ein Hans Modrow im Oktober 1989 daran hatte, daß der Systemübergang der DDR friedlich verlief?

So schlimm die Auseinandersetzungen vor dem Dresdner Hauptbahnhof und anderswo auch waren, in den Schubladen lagen ganz andere Konzepte bis hin zu militärischen Lösungen. Hans Modrow gehörte zu denen, die dies verhinderten und steht heute am Pranger. Ich verstehe diese Heuchelei nicht.

Neuerscheinung bei GNN-Sachsen

Horst Schneider, „Landesvater“ Biedenkopf — Wohin treibt Sachsen? Ein Gesprächsangebot

Juli 1993, 150 Seiten A 5, Preis: 15,- DM

Unbestritten gehört Kurt Biedenkopf zu jenen deutschen Politikern, die sich in der Diskussion theoretischer und programmatischer Fragen als „Querdenker“ erwiesen. Als Generalsekretär der CDU (1973-1977) wurde er Helmut Kohl unheimlich. Als Professor für Handels-, Wirtschafts- und Sozialrecht veröffentlichte er Arbeiten, in denen er Überlegungen zur langfristigen Politik der CDU zur Diskussion stellte.

Seit Herbst 1990 ist Kurt Biedenkopf Ministerpräsident und möchte von „seinen“ Sachsen als „Landesvater“ akzeptiert werden. Wiederholt engagierte er sich medienwirksam für die Interessen vieler Bürger in den neuen Bundesländern, so, als er Anfang 1993 finanzielle Mittel für den „Aufschwung Ost“ im Rahmen des Solidarpaktes erstreiten half, so, als er im April 1993 als „Vermittler“ im Streik der sächsischen Metallarbeiter fungierte.

Viele Sachsen fragen: Ist unser „Landesvater“ jener Politiker, der die mit der Einheit entstandenen Probleme besser löst als seine Amtskollegen? An welchem Anspruch und an welchen Ergebnissen ist seine Politik zu messen?

Ohne Kenntnis der wichtigsten Tatsachen und Probleme ist eine Diskussion darüber kaum möglich.

Dieses Buch will helfen, Voraussetzungen für das Gespräch zu schaffen.

Bei Bestellungen bis zum 18.6.93 an den GNN-Verlag Sachsen, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz, ist das Buch für 12,00 DM plus Versandkosten erhältlich.

Olympische Spiele im Jahr 2000 in Berlin?

Renommierten privaten Investoren in einer von der Bundesregierung verursachten deindustrialisierten Wüste in und um Berlin? Neue Infrastrukturen, die in Berlin geschaffen werden sollen? Diese Gegenüberstellung wäre die Konsequenz, würde sich das bisherige Konzept der Olympiabefürworter durchsetzen.

Was Berlin und Deutschland heute und für lange Zeit benötigen, sind Investitionen, um den Industriestandort Berlin zu erhalten, weil nur so strategische Positionen im immer erbarmungsloser werdenden internationalen Konkurrenzkampf gesichert werden können. Sieben Jahre Olympiavorbereitung wären sieben Jahre Verlust für die weitere industrielle Entwicklung Berlins. Position gegen Olympia in Berlin heißt Position für den Industriestandort Berlin und für Millionen seiner Bürger.

Hinter dem Olympiakonzert der Befürworter verbirgt sich eine bisher kaum ausgesprochene Strategie: Berlin soll — wiederum in Konkurrenz mit anderen Metropolen Europas — ein Zentrum für Dienstleistungen werden, in dem für Industrie und Produktion kaum noch Platz sein wird. Diese sollen in die nahegelegenen Billiglohnländer Osteuropas verlagert werden. Doch auch dort geht die Industrieproduktion kontinuierlich zurück. Ein Ende ist nicht abzusehen. Was wäre in Berlin als Dienstleistungszentrum zu bewegen, wenn kaum Produktion da ist, an der die Stadt sich gesund verdienen will? Kommen würden eher Menschen, die der vom Westen verursachten Armut entfliehen. Folge wäre eine zusätzliche Verschärfung der Widersprüche in und um Berlin und die Vertiefung der Kluft zu Osteuropa.

Auch die Kluft zwischen Berlin und Ostdeutschland könnte sich vertiefen. Zur Erinnerung: Zu recht gab es zu DDR-Zeiten viel Unmut unter den DDR-Bürgern über die übermäßige Förderung Berlins, wofür die DDR-Bezirke mit weniger Entwicklung bezahlen muß-

ten. Olympia-Investitionen würden heute noch spürbarer in Ostdeutschland fehlen.

Was sind heute 10000 neue Arbeitsplätze, von denen der CDU-Fraktionsvorsitzende Landowski im Berliner Abgeordnetenhaus spricht, gegenüber den hunderttausend schon vernichteten und weiteren tausenden, die denen noch folgen werden?

Aus unterschiedlichen Positionen beruft man sich auf das Beispiel Barcelona. Eines wurde dort geschafft: Die Olympischen Spiele haben — ausgehend u.a. von der unter Franco erfolgten Unterdrückung Kataloniens — die Katalanen zusammengeführt. Es setzte ein nationaler und geistiger Aufschwung ein. Man konnte der Welt historische und gegenwärtige Leistungen Kataloniens auf vielen Gebieten präsentieren.

Was soll in Berlin unter dem Schirm Olympischer Spiele erfolgen? Möglichst Vernichtung und Ausgrenzung jener Dinge und Menschen, die positiv an die DDR und den sozialistischen Versuch erinnern. Die Vernichtung erfolgreicher Strukturen des DDR-Sports und die Ausgrenzung und Diskriminierung vieler dort Tätigen ist symptomatisch. Der Schaden für Deutschland ist schon jetzt irreparabel.

Barcelona hat sich allen Seiten seiner Geschichte gestellt. Ganz bewußt wurde der von der Spanischen Republik auf der Weltausstellung 1938 in Paris errichtete Pavillon wieder aufgebaut, der — wie es in einem Material aus dem Jahre 1992 heißt — „einen Aufschrei gegen den Krieg symbolisiert“. In diesem Pavillon wurden zur Weltausstellung u.a. Picassos berühmtes „Guernica“ und Werke von Miro sowie Alberto mit dem Titel „Katalonien in Revolution“, bzw. „Das spanische Volk hat einen Weg, der zu einem Stern führt“ gezeigt.

In Barcelona Aufbau und Versöhnung, in Berlin Zerstörung und Spaltung?

Barcelona und Spanien sind auch in ih-

ren Wirtschaftszahlen gerade für das Olympiajahr 1992 sehr aufschlußreich (Angaben aus der spanischen Presse vom März 1993):

Spanien hat mit 19,9 % die höchste Arbeitslosenquote in Europa und nimmt mit absolut 2,8 Millionen Arbeitslosen den zweiten Platz ein. Die Gesamtzahl wuchs auch zum Jahreswechsel 1992/93 stärker als in anderen EG-Ländern. Die am stärksten betroffene Gruppe sind die Frauen unter 25 Jahren: 40,3 % von ihnen sind arbeitslos.

Die elektronische Industrie als Aushängeschild moderner Produktion gibt folgendes Bild: Produktionsrückgang 14 % (unter das Niveau von 1989), Verkaufsrückgang 17 % (auf das Niveau von 1988), Verlust von 5000 Arbeitsplätzen (10 % der Gesamtzahl), 1993 werden weitere 5000 verloren gehen.

Die ausländischen Netto-Investitionen sanken um 22 %, besonders auf dem Gebiet der öffentlichen Hand.

Die Folgen sind für den aufmerksamen Besucher Barcelonas ein Jahr nach den Olympischen Spielen unübersehbar. „Pisos en venta“, „Pisos en alquiler“ ist allorten zu lesen: Büroräume werden zum Verkauf bzw. zum Vermieten angepriesen. Die Wirtschaftskrise hat den Leerstand jüngst gebauter, modern eingerichteter Büroflächen zur Folge. Nun sollen sie aufgesplittet bzw. als Geschäfte vorgesehene Einrichtungen sogar in Wohnungen umgewandelt werden, da sie für kleine Handelsunternehmen nicht mehr erschwinglich sind.

Barcelona beantragte zur Finanzierung sozialer Probleme von der Regierung Kataloniens für 1993 5,3 Milliarden Pesetas. Das ist das Dreifache der ursprünglich für 1992 geforderten 1,7 Milliarden, von denen auch nur 525 Millionen genehmigt wurden.

Ersichtlich ist, daß die Olympischen Spiele in Katalonien nicht zur Lösung vorhandener wirtschaftlicher Probleme beitragen. Wird das in Berlin anders sein? — (KS)

... es ist bitter, nicht gebraucht zu werden

Eine Untersuchung der Technischen Universität Dresden zum Umgang mit der Arbeitslosigkeit

Der totale Umbruch in den letzten zwei, drei Jahren vermittelte den Menschen in den neuen Bundesländern auch die Erfahrung mit Arbeitsunsicherheit und Arbeitslosigkeit.

Der Tenor ihrer damit verbundenen Gefühlsstimmungen und psychischen Reaktionen ist jedoch positiver als in Arbeitslosigkeitsstudien westlicher Länder beschrieben.

Das ergab jetzt eine Untersuchung am Institut für Psychologie der Technischen Universität Dresden.

Die Studie nennt auch die Gründe für dieses „positive“ Gefühl ostdeutscher Arbeitslose.

Zum einen wird in den neuen Ländern die Schuld für die Arbeitslosigkeit nicht bei sich selbst, sondern im wirtschaftlichen Zusammenbruch gesehen. Somit entfallen bei den Betroffenen durch Schuldzuschreibung bedingte Minderungen des Selbstwertgefühls. Zum anderen funktionieren die sozialen Netze im Familien- und Freundeskreis noch. Diese haben offenbar eine entscheidende Pufferfunktion bei der Bewältigung von Stress.

Für die Studie haben Mitarbeiter des TU-Instituts — unter der Leitung von Dr. Bärbel Bergmann und in Zusammenarbeit mit Arbeitsämtern, Bildungseinrichtungen und Beschäftigungsgesellschaften — seit dem Frühjahr 1991 mehrfach rund 1600 Kurzarbeiter, Arbeitslose, Umschüler, Personen im Vorruhestand und Beschäftigte befragt. Es wurden Aussagen zum Wert von Berufsarbeit, zur Zukunftssicht und zum sozialen Umfeld der Betroffenen erhoben sowie dazu, wie sie Arbeitsunsicherheit erleben und bewältigen.

Dabei wurde auch deutlich, daß die häufig angenommene und geäußerte HilflosigkeitsThese — ehemalige DDR-Bürger würden aufgrund des einst ge-

wohnten hohen Versorgungspotentials zu passiverem Verhalten und Unselbstständigkeit neigen — auf die Mehrheit der Untersuchungsteilnehmer nicht zutrifft.

Vorherrschend sind aktive Bewältigungsstrategien und zunehmende Eigeninitiative.

Auch die Berufsarbeit hat nach wie vor bei Männern wie bei Frauen einen hohen Wert.

Die Veränderung der Lebenssituation und die veränderte Beschreibung von Lebensrolle, zumindest für Frauen, hat daran nichts geändert.

Die eigentliche Tragik der Situation liegt jedoch darin, wie Bärbel Bergmann im *Dresdener Universitätsjournal* (17/92) schreibt, daß die einerseits vorhandene große Motivation, persönlich am Aufbau in der eigenen Region mitzuwirken, mit der bitteren Erkenntnis zusammenfällt, daß dieses Engagement offenbar nicht gebraucht wird.

Quelle: *Neues Deutschland*, 3.2.93 — (df)

Unter dem Titel „Arbeitsunsicherheit — Erleben und Bewältigen“ erscheint im GNN-Verlag Sachsen in Kürze die vom Rosa-Luxemburg-Verein herausgegebene Broschüre. Dr. Bärbel Bergmann hat hierin die Arbeitsergebnisse der Studie für die Reihe „Texte zur politischen Bildung“ zusammengefaßt.

Diese Broschüre (wie auch die bisher erschienenen) kann kostenlos (bitte 1,50 DM Porto beilegen) bestellt werden bei:

Rosa-Luxemburg-Verein e.V.
Rosa-Luxemburg-Straße 19-21
O-7010 Leipzig

Vom 7. bis 9. Mai 1993 fand in München der 17. Strafverteidigertag statt, an dem etwa 250 Juristinnen und Juristen teilnahmen. Unter dem Motto „Rechtsstaatliche Antworten auf neue Kriminalitätsformen“ beschäftigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in verschiedenen Arbeitsgruppen mit der Situation und geplanten Veränderungen auf dem Gebiet der Rechtspolitik. Neben verschiedenen Forderungen in Einzelbereichen, auf die im folgenden noch eingegangen wird, stellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einem Leitsatz fest: „In unserer Gesellschaft, in der diverse Risiken zum Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzung geworden sind, wird das Strafrecht in bisher nicht gekanntem Umfang von hilflosen Politikern als Mittel angepriesen, diese Risiken zu minimieren. Stichworte sind: Drogenpolitik, Umweltkonflikte oder Gewaltbereitschaft von Jugendlichen oder gesellschaftlichen Randgruppen. Das Strafrecht ist mit dieser Aufgabenzuweisung überfordert. Die nach Antworten drängenden sozialen und ökologischen Probleme bleiben durch die Überweisung an das Strafrecht in Wirklichkeit unerledigt.“

Vehement wandten sich die Juristinnen und Juristen gegen die Einführung des Großen Lauschangriffs und forderten die Abgeordneten des Bundestages auf, der hierfür notwendigen Änderung des Grundgesetzes nicht zuzustimmen. Sie erklärten, daß „jede Mißachtung der Intimsphäre durch die strafverfolgende Polizei mit dem Prinzip einer freiheitlichen Demokratie unvereinbar“ sei. Im Zusammenhang mit der geplanten Einführung des „Gesetzes zur Bekämpfung organisierter Kriminalität“ (OrgKG) rügten sie geplante Veränderungen im Strafverfahrensrecht, die die Möglichkeiten der Verteidigung unzulässig einschränken würden, sowie die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel im Rahmen des geplanten Gesetzes.

Im Bereich der Drogenpolitik forderten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Legalisierung illegaler Drogen, sie begrüßten verschiedene Überlegungen zur Entkriminalisierung von Konsumenten. Übereinstimmend stellten sie fest, daß zwanzig Jahre repressiver Aufrüstung in der Drogenpolitik zu keinerlei greifbaren Ergebnissen geführt haben, durch eine Legalisierung des Drogenmarktes würde aber der Hauptanteil der weltweit erzielten illegalen Profite entfallen, womit eine effektive Zurückdrängung des Einflusses der organisierten Kriminalität ermöglicht werde.

Forderungen nach Verschärfung des Strafrechtes im Bereich rechtsextremistischer Jugendgewalt wurden abgelehnt, in einer These hieß es dazu: „Die Tatsache, daß sich die Gewalt (von Jugendlichen) gegenwärtig gegen Ausländer richtet, ist lediglich ein konsequenter Ausdruck der in der Bevölkerung verbreiteten ausländerfeindlichen Stimmungen und der auf Zurückweisung und Ausgrenzung von Ausländern gerichteten Ausländerpolitik, und beruht teilweise auch auf gezielter Instrumentalisierung durch rechtsextremistische Organisationen.“

Forderungen der Arbeitsgruppe Strafvollzug

Vor der Reform des Strafvollzuges muß die Vermeidung der Verhängung von Freiheitsstrafen stehen. In diesem Sinne begrüßen wir die Tendenzen zur Entkriminalisierung insbesondere in den Bereichen der Drogen- und Bagatelldelinquenz.

Die lebenslange Freiheitsstrafe und die Sicherheitsverwahrung sind abzuschaffen. Die bedingte Entlassung vor Strafzeitende soll der gesetzliche Regelfall sein. § 57 StGB ist neu zu fassen, so daß bei der Vollstreckung mehrerer Freiheitsstrafen die Gesamtverbüßungszeit von 15 Jahren nicht überstiegen werden kann.

Die Kriminologie wird aufgefordert, die Auswirkung von Langstrafen zu untersuchen. Es muß eine Lösung für die politischen Gefangenen gefunden werden, die zu ihrer kurzfristigen Freilassung führt.

Der Vollzugsverlauf kann weder von der Schuld schwere noch von einer erzwungenen Mitwirkung des Gefangenen abhängig gemacht werden. Ermessensentscheidungen im Strafvollzugsgesetz sollen durch gebundene Entscheidung ersetzt werden.

Strafvollzug in der Bundesrepublik — Anspruch und Wirklichkeit

Strafvollzug in der Sackgasse

In einer weiteren Arbeitsgruppe beschäftigten sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter dem Titel „Strafvollzug in der Sackgasse“ mit der Situation im Strafvollzug. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden in einem Thesenpapier als Forderungen zusammengefaßt (siehe Kasten). Im Zusammenhang mit der Situation der politischen Gefangenen forderten die Juristinnen und Juristen in einem Brief an den Bundespräsidenten die umgehende Begnadigung von Bernd Röbner. Der Gefangene aus der RAF erkrankte durch die Bedingungen der 17-jährigen Isolationshaft schwer und war seit langem haftunfähig. Inzwischen wurde ihm eine 18monatige Haftunterbrechung gewährt, die er zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in einer therapeutischen Einrichtung verbringen soll. Unter der Drohung, wieder in die Haft zurück zu müssen, die ihn krank machte, sei, so die einmütige Feststellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, eine wirkliche Wiederherstellung seiner Gesundheit jedoch kaum möglich, weshalb der Bundespräsident von seinem Gnadenrecht Gebrauch machen solle.

Strafvollzug in den „neuen Bundesländern“

Teil der Erörterungen zum Strafvollzug und der Situation der Gefangenen war auch die Situation in den sog. „neuen Bundesländern“. Dr. Frieder Dükel, Professor für Kriminologie an der Universität Greifswald und einer der für diese Arbeitsgruppe eingeladenen Referenten, erläuterte hierzu in einem Aufsatz u.a.: „Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß mit der deutschen Einheit der Standard im Strafvollzug insgesamt sich auf einem mittleren Niveau einpendelt, indem in den alten Bundesländern Personal (teilweise angesichts rückläufiger Belegungszahlen) abgebaut wird und in den neuen Bundesländern nur die unter Sicherheitsgesichtspunkten notwendigsten Ausgaben getätigt werden. Die uneingelösten sozialstaatlichen Reformforderungen in den alten Bundesländern betreffen im übrigen teilweise gesetzliche Regelungen des DDR-Strafvollzuges, die im Zuge der deutschen Einigung mit einem Federstrich beseitigt wurden. So hatten zwar DDR-Strafgefangene nicht, wie vielfach behauptet, den vollen Tariflohn zur freien Verfügung, jedoch erhielten sie immerhin 18 % des freien Arbeitern zur Verfügung stehenden Lohnes und damit relativ gesehen mehr als dreimal so viel wie ein westdeutscher Insasse ... Darüber hinaus waren sie auch in das System der Rentenversicherung integriert ...“ Und weiter: „Obwohl im Zuge der deutschen Einheit mit einem

einmaligen Kraftakt enorme Summen in die neuen Bundesländer transferiert werden, wird der Strafvollzug auch hier eher Stiefkind bleiben. Noch am ehesten werden unter Sicherheitsgesichtspunkten als notwendig erachtete Aufwendungen durchsetzbar sein, während die Einrichtung von spezifischen Behandlungs- oder Ausbildungsprogrammen zunächst nachrangig behandelt werden. Immerhin wurden bereits vor der Wiedervereinigung Planungen im Hinblick auf notwendige Umbaumaßnahmen erarbeitet, die durch Vergrößerung der jeweiligen Zellen von 3,8 qm auf 5 qm eine Reduzierung der Haftplatzkapazitäten von 31 232 (Stichtag 20.5.1990) auf zwischenzeitlich lediglich noch 23 479 Haftplätze ergab. Eine Erhebung im Vollzug der alten Bundesländer ergab für das Jahr 1980, daß die Mindestgröße von Einzelzellen bei 7 qm lag (durchschnittlich 8-10 qm ...). Wenngleich in Zeiten der Überbelegung diese Zellen auch mehrfach belegt wurden, was die Rechtsprechung teilweise als gesetzwidrig beurteilte ..., wird man als zu fordernde Mindestgröße einer Zelle 10-12 qm Bodenfläche pro Gefangenen ansehen müssen ...“

Sicherheit und Ordnung

Hier zeigt sich exemplarisch, unter welcher Prämisse Strafvollzugsplanung in der gesamten Bundesrepublik erfolgt: Sicherheit und Ordnung hat oberste Priorität. Von jenen bescheidenen Reformversuchen der 70er Jahre ist nichts geblieben, und was heute als „humaner Strafvollzug“ angepriesen wird, erweist sich bei näherer Betrachtung lediglich als psychologisch clever organisierter

Versuch der Disziplinierung und Manipulation von Gefangenen. Nach wie vor werden Gefangene seitens der Justiz als Objekte betrachtet, die es zu verwahren gilt, nach wie vor liegt dem Strafvollzug der gleiche „Sühnegerade“ zugrunde wie im 18. Jahrhundert, ungeachtet aller wortreichen, auch im 1977 verabschiedeten Strafvollzugsgesetz enthaltenen Verbrämungen à la „Resozialisierung“. Die Entwicklung des Strafvollzuges in der BRD konnte bei den politischen Vorgaben nur dort enden, wo sie sich seit längerem befindet: in der Sackgasse. Vom sonst vielgepriesenen „europäischen Haus“ kann da keine Rede sein, sind etwa die Ansätze in Skandinavien oder den Niederlanden ganz andere — und das ist nicht etwa zufällig so. Eine Gesellschaft, die von Ellbogenmentalität, Leistungsdenken und der Ausgrenzung Andersdenkender geprägt ist, wird sich schwerlich zu einer zumindest liberalen Art von Strafvollzug bereit finden können. Eine Gesellschaft, die sich seit längerem eine Regierung leistet, die Sozialabbau in großem Stil betreibt, die Rassismus erst wieder hoffähig gemacht hat, beständig faschistische Tendenzen verniedlicht und insgeheim fördert, entwickelt leider wenig Augenmerk für jene, die nicht zuletzt durch die herrschenden Verhältnissen in den Heimen, Psychiatrien oder Knästen landen. Auch jene Menschen wirklich als Menschen zu betrachten und zu behandeln, kommt den Spezialisten der Ausgrenzung und Abschiebung nicht in den Sinn, Menschenwürde wird seitens der Herrschenden immer nur dann verbal eingeklagt, wenn es in das eigene politische Kalkül paßt. Wer im eigenen Lande zuläßt, daß die Rechte von Menschen mit Füßen ge-

treten werden, kann für die Notsituation von Menschen anderswo kein Verständnis aufbringen. Aber: wer tagtäglich Rassismus schürt und faschistische Tendenzen fördert, hat keinerlei Recht, sich als Richter über andere, als „Hüter von Gesetz und Ordnung“ aufzuspielen.

Rufer in der Wüste?

Sind die Forderungen fortschrittlicher Juristinnen und Juristen, wie sie auch durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 17. Strafverteidigertages erhoben wurden, derzeit also nicht mehr als einsame Rufer in der Wüste einer rechtsgerichteten, tendenziell eher verrohten Gesellschaft? In allen gesellschaftlichen Bereichen gibt es Menschen, die etwas anderes wollen als das, was von oben vorgegeben wird, die ihre eigenen Vorstellungen und Werte gegen die verordnete Kälte und Unmenschlichkeit setzen. Und dies sind nicht so wenige, wie es erst einmal oft den Anschein hat. Bei allen unterschiedlichen Vorstellungen wird es notwendig sein, daß sich diese Menschen zusammenfinden, um gemeinsam für eine gerechtere, humane und menschenwürdige Gesellschaft zu kämpfen. In der heutigen Zeit ist dies um so notwendiger, um den gewollten Veränderungen, die von oben gegen die Menschen durchgesetzt werden sollen, wirksam etwas entgegenzusetzen zu können. — (jes)

Die Ergebnisse des 17. Strafverteidigertages sowie die dort gehaltenen Referate sind in einer Broschüre dokumentiert, die bezogen werden kann über: Strafverteidigervereinigungen. Organisationsbüro, Siemensstr. 15, 5000 Köln 30, Tel.: (0221) 55 70 26, Fax: (0221) 55 40 000.

Strafvollzugswirklichkeit für die Gefangenen

Was sitzen denn eigentlich für Menschen im Knast? Damit meine ich, wenn wir uns die Gesellschaft draußen ansehen, dann haben wir ein ziemlich breites Spektrum von seit langem Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängern bis zu Industriebossen mit 500 000 DM Jahresgehalt. Die Zusammensetzung in den Gefängnissen spiegelt die Gesellschaft durchweg nicht wider. Von Ausnahmefällen abgesehen, sitzen nämlich in den Gefängnissen Menschen aus den unteren Gesellschaftsschichten. Das wird, denke ich, auch von Justizseite nicht bestritten, die sicher auch über dementsprechende Statistiken verfügen wird. Die klassische „Knastkarriere“ sieht so aus: schlechte ökonomische und soziale Verhältnisse in der Familie, frühzeitige Straffälligkeit, erste Erfahrungen mit Gefangenschaft. Der weitere Weg erscheint fast vorprogrammiert, d.h. der Betroffene wird fast sein ganzes Leben lang immer wieder in den Knast kommen. Dieser Aspekt erscheint mir deshalb wichtig, weil es auch bedeutet, daß Straffällig-Werden — und damit auch Strafe und Strafvollzug — nicht einfach ein Problem der Persönlichkeit ist ... Auf der anderen Seite heißt das für den Vollzug, daß es da jedenfalls in der absoluten Mehrheit um Gefangene geht, die auch von ihren Möglichkeiten, ihren Fähigkeiten, ihrer Bildung usw. her unterprivilegiert sind. Daran wird im Vollzug nicht nur nichts verändert, sondern diese Entwicklung wird eher noch verstärkt. Es gibt zwar sogenannte Angebote, man kann beispielsweise seinen Volksschulabschluß nachholen, bestimmte Berufe erlernen — nicht alle, sondern nur ganz bestimmte, meist handwerkliche Berufe wie Maurer, Tischler, Bäcker —, aber diese sind darauf eingerichtet, nicht mit Leuten zu tun zu haben, die kommen und beispielsweise sagen: „Ich würde gern Kaufmann werden.“

Die Mehrheit der Gefangenen hat zudem aufgrund ihrer Sozialisation Schwierigkeiten damit, die eigene Entwicklung im Vollzug mitzubestimmen. Sie wird dazu aber auch vom Vollzug nicht angehalten. Zwar gibt es ein Strafvollzugsgesetz, in dem die Mitarbeit des Gefangenen am Vollzugsplan und der

Gestaltung des Vollzuges formuliert wird — in der Praxis ist das aber ganz anders. Von seiner Grundtendenz her ist der Vollzug heute noch repressiv ausgerichtet. Er hat einen absolut repressiven Charakter. Er betrachtet die Gefangenen nicht als vollwertige Menschen, die an ihrer eigenen Weiterentwicklung ein Interesse haben und dementsprechend zu behandeln sind, sondern er betrachtet sie mehr oder weniger als Objekte, die man bestenfalls zu erziehen, in der Regel zu verwahren hat. Bereits die Zusammensetzung des Justizpersonals drückt dies aus. So gibt es in Hamburg-Fuhlsbüttel insgesamt etwa einhundertfünfzig Bedienstete für fünfhundertfünfzig Gefangene. Von diesen einhundertfünfzig Bediensteten sind zwei Sozialarbeiter, aber ungefähr einhundertzehn Justizwachmeister, also Leute, die Türen auf- und zuschließen. Dies ist ein derart krasses Mißverhältnis, aus dem deutlich wird, daß man eigentlich gar nicht beabsichtigt, mit den Gefangenen als Menschen zu arbeiten, sondern daß es viel wichtiger ist, genug Personal zu haben, um die Türen so fest zuzuschließen, daß „die da keine Dummheiten machen können“. In manchen Anstalten mag dieses Verhältnis etwas besser sein, im Prinzip liegt der Schwerpunkt aber nach wie vor auf Verwahrung. Das wirkt sich insbesondere aus auf Gefangene, die längere Freiheitsstrafen zu verbüßen haben.

Nehmen wir den konstruierten Fall des Gefangenen X. Dieser hat eine Strafe von zwölf Jahren bekommen, wovon er eineinhalb Jahre in der Untersuchungshaft verbracht hat. Er hat also noch etwa zehn Jahre Freiheitsstrafe vor sich und kommt nun in den Strafvollzug. Der zuständige Abteilungsleiter sieht sich die Akte an und sagt: „Gut, in der Regel fangen wir etwa ein Jahr vor dem Zwei-Drittel-Zeitpunkt an, uns um den Mann aus Vollzugsicht ein bißchen zu kümmern. Bis dahin ist aber noch fünf Jahre Zeit. Also schließen wir ihn erst einmal fünf Jahre in seine Zelle, und dann kann er wiederkommen.“ In diesen fünf Jahren hat der Gefangene, wenn der Vollzug aus reiner Verwahrung besteht, in der Regel bereits Persönlichkeitsschäden ... Dieser Mensch, der zwölf Jahre gekriegt hat, ist jetzt etwa

ein Jahr vor dem Zwei-Drittel-Zeitpunkt. Nun kommt die Justiz und sagt: „So, mein Junge, in einem Jahr könntest du theoretisch nach zwei Drittel der Strafe entlassen werden. Was denkst du dir denn so, was willst du denn machen, wenn du rauskommst? Wie siehst du denn selbst deine Perspektive?“ Das ist natürlich absoluter Hohn, denn wie soll sich der Gefangene eine Perspektive draußen überhaupt vorstellen können. Da ist ja zu null darauf hingearbeitet worden. Man hat noch nicht einmal im Ansatz versucht, irgendetwas zusammen mit ihm aufzubauen, und jetzt stellt man den Mann vor die Frage: „Wir müssen jetzt für dich den Vollzugsplan fortschreiben. Sag doch mal, wenn du denn rauskäst, was man noch nicht weiß, aber wenn, was denkst du denn, was du dann draußen machen willst?“ Die meisten sind in so einer Situation erst mal schlichtweg überfragt, weil sie zwar sagen könnten, was sie gern machen würden, aber die realistische Möglichkeit, daß es auch so eintritt, ist natürlich äußerst gering. Nehmen wir die momentane Situation bei knapp drei Millionen Arbeitslosen. Jemand, der nach fünf Jahren aus dem Vollzug kommt und keinen Beruf gelernt hat — und das ist die Regel —, also weder eine Ausbildung noch besondere Fähigkeiten hat, wo wird der landen? Bestenfalls auf dem Sozialamt. Unter diesen Bedingungen grenzt es ja an Hohn, den Mann nach seiner Perspektive zu fragen, denn von dieser nicht vorhandenen Perspektive weiß jeder vorher, einschließlich der Justizbediensteten, die so eine Frage stellen. Trotzdem so vorzugehen, drückt ein Prinzip des Vollzuges aus. Dieses Prinzip des Vollzuges ist, möglichst wenig Arbeit zu haben, die Gefangenen möglichst ohne große Widerstände so lange zu verwahren, wie sie in die „Obhut der Justiz“ gegeben worden sind, und was anschließend passiert, liegt einfach nicht mehr in der Verantwortung der Justiz. Wenn unser Gefangener X entlassen ist, so ist der Abteilungsleiter nicht mehr zuständig. Dann ist das Sozialamt zuständig, vielleicht noch die Entlassenhilfe, die hinzugezogen wird, jedenfalls nicht mehr die Justizverwaltung. Und damit ist es nicht mehr ihr Problem ...

Auszug aus dem freigehaltenen Vorschlag des Autors, der als Referat für die Arbeitsgruppe „Strafvollzug in der Sackgasse“ eingelesen worden war.

Hungerstreik für Roma-Forderungen Interview mit Rudko Kawczynski

Wir dokumentieren Auszüge aus einem Interview, daß Anning und Anna Lohse für die antifaschistische Zeitung Kiel „Atze“ und Reinhardt Pohl für die Zeitschrift „Gegenwind“ mit Rudko Kawczynski vom „Roma National Congress“ am 21. Mai 1993 führten. (siehe auch Seite 2 dieser Ausgabe) — (uld)

Frage: Sie wollten am 16. 5. die KZ-Gedenkstätte Neuengamme besetzen. Die Hamburger Kulturbehörde hält die Gedenkstätte offenbar für eine heilige Kuh, verbietet die Aktion und verhindert die Besetzung mit Polizeigewalt. Warum wollten Sie gerade ein KZ besetzen?

Rudko: Also, da ist mindestens viermal das Wort „besetzen“ drin. Es war eine symbolische Besetzung, ein workcamp, was hier sowieso ständig stattfindet auf dem Gelände. Amnesty international macht nach unseren Erfahrungen fast jedes Jahr ein workcamp darauf, das mehrere Wochen dauert, wir wollten nichts anderes machen. Es lief nur unter der Bezeichnung „symbolische Besetzung“ und „Fluchburg“. Was anderes war es nicht, es war für einen begrenzten Zeitraum, um auf die Situation der Roma, auf die Kontinuität hinzuweisen, auch mit Ausstellungen, die auch sein sollten. Und diese Geschichte ist bereits seit vielen Monaten auch mit den Behörden abgesprochen gewesen. Es ist ja nicht verboten worden, es ist widerrufen worden von der Behörde. Es ist schon merkwürdig, daß es genau zu dem Zeitpunkt widerrufen wurde, genau zwei Tage nach Bekanntwerden des Gerichtsurteils in Hamburg widerrufen worden ist, das be-

sagt, daß wir vor Neuwahlen stehen. Und als all das gibt mir so das Gefühl, daß man hier eher mit Hinblick auf die Wahlen hier so etwas veranstalten wollte wie „Laßt uns mal zeigen, daß wir auch hart sein können“ ...

Frage: Bis Kohl (auf das Postulat) geantwortet hat, bleiben Sie im Hungerstreik?

Rudko: In der Tat. Ich bin davon ausgegangen, daß eben nicht darauf geantwortet wird, und ich werde so lange wie möglich im Hungerstreik bleiben. Einfach um zu zeigen, daß die Bundesregierung, was Menschenrechte angeht, so weit davon entfernt ist, wie eine Kuh von einem Elefanten ...

Frage: Sie sind jetzt gezwungen worden, hier auf der Straße zu sitzen, um Ihre Aktion weiterzuführen. Das Durchhalten soll Ihnen besonders schwer gemacht werden. Wie ist die Situation der Menschen hier?

Rudko: Nun, das Durchhalten soll uns sicherlich auch schwermacht werden, aber es ist ein anderer Hintergrund noch dabei. Man hat uns im Bewußtsein diese Straße gegeben, daß das die Hauptdurchgangsstraße ist, man damit sehr, sehr viele Anwohner gegen uns aufbringt. Man wollte die Anwohner auch gegen uns aufbringen, um dann irgendwann großzügigerweise räumen zu können, um ein paar rechte Wählerstimmen zu bekommen. Also sehr kurzfristiges, sehr provinzielles Denken. Man merkt das immer wieder. Es ist eine bodenlose Arroganz und Borniertheit der Politiker, das zu glauben. Und daß die Rechnung

nicht aufgegangen ist, beweist ja auch, daß die Anwohner es schon richtig verstanden haben, daß dieser Platz uns zugewiesen worden ist per Dekret, und man hat ja auch vor ein paar Tagen von Seiten der Anwohner eine Demo gemacht, um mit berechtigten Forderungen dort vorzusprechen, eine der Forderungen war, daß wir auf das Gelände von Neuengamme rauf sollen.

Frage: Aber es gibt auch andere Anwohnerstimmen, Sie sind hier auch schon angepöbelt worden.

Rudko: Nun, es gibt auch andere Politiker, es gibt Anwohner, und es ist eine gesamte Grundstimmung in Deutschland ist ja mehr oder weniger eine sehr rassistische. Wir haben, da brauchen wir uns nichts vorzumachen, die größten Pogromwellen in der Nachkriegsgeschichte Westeuropas in Deutschland. Wir haben seit dem letzten Jahr rund dreitausend rassistische Überfälle, ich glaube, mittlerweile sind das so an die sechzig Tote und tausendfünfhundert Verletzte, die auf das Konto von, ja von Rassismus gehen. Das ist nicht unbedingt rechtsradikal, sondern einfach rassistisch. Abgesehen davon, was nicht in den offiziellen Statistiken auftaucht, wir haben in der Tat die größte rassistische Ausschreitungsphase in ganz Westeuropa hier in Deutschland, und das vor dem Hintergrund, daß Deutschland ja schon einmal in seiner rassistischen Politik Minderheiten, auch unsere Minderheit, fast ausgerottet hat. Das sollte zumindestens zu denken geben.

Frage: Ist das parallel in den Größen-

ordnungen wie die Ausweisungswelle? Oder ist das in anderen Ländern auch ähnlich schlimm?

Rudko: Das ist in anderen Ländern überhaupt nicht so schlimm, ich will nur eine Zahl nennen. In Frankreich zum Beispiel, das als rigorosestes Abschiebeland gilt, ist die Anerkennungsquote für rumänische Asylbewerber bei rund 35 %, in der Bundesrepublik bei 0,2 ...

Frage: Es ist nicht das erste Mal, daß Sie so eine größere Aktion machen. 1989 wurde die Forderung nach Bleiberecht nicht erfüllt und viele Menschen wurden abgeschoben. Was haben Sie vor, damit das diesmal nicht geschieht, und gibt es mehr Solidarität?

Rudko: Zunächst einmal ist es nicht wahr, daß da nichts geschehen ist. 89 hat Hamburg eingelenkt, glücklicherweise ging das damals auch noch, weil Hamburg — damals galt noch das alte Ausländerrecht, und nach dem alten Ausländerrecht gab es eben die Möglichkeit, daß Länder eigene Regelungen, Bleiberechtsregelungen umsetzen konnten, erlassen konnten. Damals sind eine ganze Menge Roma hiergeblieben nach dieser Regelung, ich weiß gar nicht, wie viele es waren, aber es gab diese Regelung, es gab eine sogenannte Stichtagsregelung. Das war aber vor einem ganz anderen Hintergrund zu dem Zeitpunkt damals. Damals gab es zum Beispiel den Bürgerkrieg in Jugoslawien nicht. Wir haben jetzt die Situation, daß Jugoslawien von einem fürchterlichen Bürgerkrieg zerrissen ist, und merkwürdigerweise Roma dort in diesen Bürgerkrieg zurückgeschickt werden, obwohl die Bundesrepublik auf der anderen Seite sogar Militäreinsätze fordert gegen Jugoslawien. Es ist schon merkwürdig, daß die einzigen Jugoslawen, die Bleiberecht hier in Deutschland bekommen, die Kroaten sind, die

alten Verbündeten der Nazis. Es gibt also eine Kroatenregelung, wo es überhaupt keinen Bürgerkrieg mehr gibt, und alle anderen Bürgerkriegsregionen, auch Mazedonien, wo es ja demnächst auch knallen wird, von diesen Regelungen absolut ausgeschlossen worden sind. Das ist kein Zufall mehr. Das ist auch kein Zufall, daß die Bundesrepublik Deutschland als einziges europäisches Land die Resolution 62 der UNO noch nicht unterzeichnet hat, nämlich zum Schutz der Roma. Das ist alles kein Zufall. Was hier passiert, ist eine Restitutionspolitik, ein absolut rassistisches Zurückfallen vor 45. Nur mit anderen Mitteln. Und ich bezeichne es immer noch als Scheckbuch-Faschismus, der jetzt hier betrieben wird. Und wir merken auch leider in der Linken, was heißt in der Linken, in der antirassistischen Szene, daß hier ein mörderischer Konsens langsam sich breitmacht, hinter einer Mauer von Gleichgültigkeit, Euphorie und mit eigenen Problemen beschäftigt sein wächst so etwas ähnliches wie ein neues nationales und soziales Bewußtsein ...

Frage: Was können wir tun für die Roma?

Rudko: Besetzen Sie die polnische Botschaft oder das Rathaus. Es gibt keinen Antirassismus zum Nulltarif. Es kann nicht sein, daß die Roma sich aufreihen und die Unterstützer kommen, und — „Mit fünf Mark bin ich dabei“ — die Absolution sich kaufen. Das Rassismus-Problem in Deutschland ist nicht das Rassismus-Problem der Roma, das ist das Problem der Deutschen. Und daran wird man sie messen müssen, die antirassistischen Kämpfer. Mit Flugblättern sich nur Antirassismus erlauben können, oder ob Antirassismus auch bedeuten kann, dort diesen Staat zu treffen, wo es ihm auch wehtut, nämlich mit Besetzungen und öffentlichen Äußerungen und in der Wahl, das ist das Problem ...

Frühjahrstagung der GNN-Verlage und des Arbeitskreises Politische Berichte

Protokoll der Tagung der GNN-Verlage

Am 8. Mai fand in Köln die Frühjahrstagung der GNN-Verlage statt. Im folgenden veröffentlichen wir — aus Platzgründen gekürzt — Auszüge aus dem Protokoll der Plenardiskussion und ergänzende Erläuterungen dazu. Das vollständige Protokoll kann bei den GNN-Verlagen bei Bedarf eingesehen werden.

Die Geschäftsführung legte eine Bericht über die Geschäftsentwicklung für den Verlag in Köln für das 1. Quartal 93 vor. Daraus geht hervor, daß die finanzielle Situation des Verlages nach wie sehr angespannt ist. Gestiegen sind insbesondere die Ausgaben für Satz, Druck, Repro (u. a. durch den Nachdruck der Broschüre BRD-RAF und Vorausleistungen für das Peter-Weiss-Buch) und die Personalkosten. Die Personalkosten der Verlage haben sich seit 1990 mehr als verdoppelt.

Generelle Aussagen über den weiteren Verlauf des Geschäftsjahres können erfahrungsgemäß nach einem Quartal noch nicht gemacht werden. Trotzdem kann sich im weiteren Verlauf herausstellen, daß die Relation zwischen Personalkosten und Umsatzerlösen nicht so bleiben kann, wie sie gegenwärtig aussieht.

Die Situation in den anderen GNN-Verlagen ist unterschiedlich. Grundsätzlich stellen sich die regionalen Produktionszentren (Stuttgart, Hamburg, Köln, Schkeuditz) besser als die kleinen GNN-Büros.

Die Umstrukturierung der Nachrichtenhefte ist weitgehend abgeschlossen. Nachdem Produktion und Vertrieb des Kommunalen Nachrichtenheftes seit April nach Schkeuditz verlegt wurden, sollen ab Juli das Nachrichtenheft Kritik und Widerstand vollständig in Stuttgart, die Antifaschistischen Nachrichten und die Politischen Berichte vollständig in Köln vertrieben werden. Noch nicht endgültig geklärt sind Machart, Rhythmus und Verlagsort für das weitere Erscheinen des Dienstleistungsheftes, des NiD und des Nachrichtenheftes Antifaschistische Bildungspolitik.

Der Zugang von Autoren zu den Nachrichtenheften ist auch durch die Umstel-

lungen der letzten Zeit unübersichtlich geworden. Es wird deshalb ein Informationsblatt erstellt, auf dem für die einzelnen überregionalen Periodika die Redaktionsorte, Telefon und Fax-Nr. und die Geschäftszeiten der Redaktionen ersichtlich sind, um den Zugang zu erleichtern. Bereits der nächsten Auslieferung von Politischen Berichten und Nachrichtenheften soll außerdem ein Merkzettel über die künftigen Verlagsorte dieser Periodika beigelegt werden.

Die Versandprogramme der Verlage werden zum 1. Juli umgestellt auf neue Programme auf dBase-Basis. Diese Umstellung — verbunden mit der Umstellung auf die neuen Postleitzahlen — hat derzeit für die Programmierung oberste Priorität.

Hinsichtlich der Umstellung der Postleitzahlen wenden wir uns an die Bezieher lediglich mit der Bitte, zu überprüfen, ob die von uns eingetragenen neuen, 5-stelligen Postleitzahlen zutreffend sind und evtl. Irrtümer umgehend zu melden.

In der Diskussion wurde insbesondere festgehalten, daß für die im GNN-Verlag erscheinenden Periodika verstärkt Werbung betrieben werden soll, weil der zusätzliche Umsatz hierdurch besonders wenig Kosten verursacht. Ferner soll auf der Herbstkonferenz eine neuerliche Überprüfung der Preise vorgenommen werden.

Nach der Beratung in den Arbeitsgruppen gibt die Geschäftsführung einen Überblick über den Stand der Regionalisierung und Umwandlung der (bisher zentralen) GNN Köln in eine Landes-GNN NRW/Hessen und der Neuordnungen bei den anderen Verlagen im letzten Halbjahr. Demnach hat Niedersachsen/Bremen die notarielle Umwandlung unter Erweiterung der Eigentümer abgeschlossen. Baden-Württemberg ebenfalls, auch hier hat eine Eigentümererweiterung stattgefunden. In Hamburg/Schleswig-Holstein ist die Änderung noch nicht notariell beglaubigt. In Bayern und Westberlin finden keine Änderungen statt. Am Freitag, 7. 5., hat die notarielle Änderung der Eigentumsverhältnisse der GNN Köln stattgefunden.

Seitens der Landes-GNN hat es hinsichtlich Geschäftsordnung, Beirat und Geschäftsführung für die gesamte Ver-

lagsgruppe keine schriftlich dargelegten Änderungswünsche gegeben. Die Diskussion hat folgende einvernehmliche Vorschläge ergeben:

Der Beirat, d.h. die Vertretung der Eigner der GNN-Verlage, soll künftig regional besetzt sein. Dies ist er gegenwärtig schon weitgehend. Es fehlen jedoch insbesondere Vertreter aus dem Kreis der Eigner der GNN Sachsen. Die gegenwärtigen Beiratsmitglieder müssen prüfen, ob und ggfs. von wem sie ihr Mandat bestätigen lassen müssen.

Eine zentrale Geschäftsführung kann es nicht mehr geben, eine gemeinsame erscheint nicht sinnvoll bzw. möglich. Es müssen jedoch Geschäftsbereiche festgelegt werden für überregionale Fragen, z. B. Personal, Technik, Preise.

Der Beirat soll für die Herbstkonferenz — unter Überprüfung der „Erklärung“ für eine Kooperation der GNN-Verlage“ vom Mai 92 — einen Vorschlag für solche Geschäftsbereiche erarbeiten und die Geschäftsordnung entsprechend überarbeiten.

Ergänzend zu den im Plenum vorgebrachten Berichten aus den Arbeitsgruppen werden folgende Fragen erörtert:

Zur Neuorganisation des Vertriebes von Politischen Berichten und Nachrichtenheften wird folgender einstimmiger Beschluß gefaßt:

1. Das Plenum bekräftigt die Auffassung, daß Redaktion und Verlag, Produktion und Vertrieb eines Periodikums möglichst am selben Ort stattfinden soll. Außerdem soll jedes Heft eigenständig vertrieben werden, d.h. der bisherige Verbund-Versand von Nachrichtenheften wird aufgehoben.

2. Entsprechend sollen ab Heft 14/93 Verlag und Vertrieb von Politischen Berichten und Antifaschistische Nachrichten in Köln, von Kritik und Widerstand in Stuttgart stattfinden. Um zu verhindern, daß durch diese Neuordnung in dem schon begonnenen Haushaltsjahr Erlöse einbußen und daraus resultierend Schwierigkeiten bei den anderen Verlagen auftreten, erhalten diese auf Wunsch pro verkauftem Heft Politische Berichte und Antifaschistische Nachrichten und Ausgabe (als Ausgleich für den Wegfall des bisher gewährten Rabatts von 30 %) eine Pauschale von 40 Pfennig erstattet, mind. jedoch 50 DM pro Monat. Für die Pauschale verpflichten sich die Landes-

GNN, für diese Periodika in lokalen Publikationen zu werben. Die Pauschale wird auf der Herbstkonferenz überprüft.

Es wurde nochmals über die Festlegungen zum Lohnfonds gesprochen. Die pünktliche Lohnzahlung ist nach wie vor ein Problem.

Für private Kredite wird eine Musterkreditvereinbarung erarbeitet.

Die Notwendigkeit der Erarbeitung eines Handbuchs für die GNN-Textverarbeitung, unabhängig von der Entwicklung der Schriftensimulation, wurde nochmals betont.

Die Herbsttagung der GNN-Konferenz findet am 6. November 1993 in Köln statt. — (har, rül)

Protokoll des Arbeitskreises Politische Berichte

a) Geschäftsordnung: Der Entwurf für die Geschäftsordnung (veröffentlicht in den Ergebnissen der Frühjahr-BDK des BWK 1993) soll redaktionell überarbeitet werden. Die Gesichtspunkte für die Überarbeitung sind zum einen in „Ergebnisse und Materialien“ der 13. ordentlichen BWK-DK veröffentlicht. Außerdem soll in Punkt 5 eine Erläuterung der „Tradition“ eingearbeitet werden, die in Schlagworten die Tendenz beschreibt (die Zeitung unterstützt den Widerstand gegen die Reaktion etc.). Es bildet sich eine Redaktionsgruppe, die die Überarbeitung übernimmt. Ihr gehören an: anl, rül, scc.

b) Einteilung der Zeitung, Schwerpunkte: Die Einteilung bleibt wie bisher. Schwerpunkte für die Berichterstattung im nächsten halben Jahr sollten sein:

- der Wirkungszusammenhang von Religion und Krieg
- der Kurdische Unabhängigkeitskampf und das Europaparlament
- Gesundheitswesen und Selektion
- Tschechische Republik und das Wirken deutscher Konzerne
- Faschistische Organisationen und ihre Vorbereitung auf die Wahlen
- Parteien/Demokratieverständnis
- Linke Bündnisse
- Konzernstrategien und Kommandowirtschaft

Wer diese Themen bearbeitet, wurde nicht festgelegt. Die Mitwirkung von Lesern und Mitarbeitern ist erwünscht.

c) Funktionen: Die Arbeitsverteilung und die Zuordnung der Geschäftsbereiche bleibt unverändert.

d) Die nächste Tagung wird am 7. November stattfinden. Auf dieser Sitzung muß auch die Finanzlage beraten werden. — (uld)

Termine

5. 6. 2. landesweite Konferenz zur Bildung einer linken Liste Niedersachsen. Die Konferenz findet statt von 10 bis 19 Uhr im Freizeitheim Lister Turm, Waldeseest. 100, Hannover.

5. / 6. Arbeitstagung öffentlicher Dienst des Arbeitskreis Öffentlicher Dienst in der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik in Frankfurt, Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12. Samstag, 13.30 Uhr, bis Sonntag, 12. Uhr. Anmeldungen über GNN-Verlag, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1. Vorgeslagene Themen sind u.a.: Ansatzpunkte in der gewerkschaftlichen Diskussion und Beschlußlage für eine sozial gestaltete Einkommenspolitik, welche Ziele und Absichten gilt es bei der Organisationsreform der ÖTV zu unterstützen?

6. 6. Auf Einladung der DKP: „Roter Tisch“ zum Thema Wahlserie 1994 in der Karl-Liebknecht-Schule, Am Stadtpark 68, 5090 Leverkusen, von 11 bis 16 Uhr.

26. / 27. 6. 2. Tagung des 3. Parteitag der PDS in Berlin. Beratung und Beschluß über die Wahlstrategie der PDS für 1994.

29. 7. bis 4. 8. „Linke Sommerschule“ 1993 in Schnepfenthal (Thüringen): 30. Juli (Anreise 29. 7.) bis 3. August (Abreise 4. August); Kinderbetreuung wird diesmal angestrebt.

Die Themen der Kurse stehen noch nicht fest; die Beteiligung weiterer linker Kräfte ist erwünscht.

28. 8. Mitgliederversammlung der AG für Antifaschistische Bildungspolitik in Hannover. Auf der Tagesordnung steht u.a. Beschlußfassung über die künftige Arbeit und Publikationen der AG.

16. / 17. 10. Herbstkonferenz der 13. BWK-Bundesdelegiertenkonferenz in Köln.

6. 11. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

7. 11. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

27. / 28. 11. Bundeskongreß der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln.

Von der Liebe zur Weisheit, der Pflicht zur Ironie, der Suche nach Atlantis und anderen Möglichkeiten, Gehorsam zu verweigern — Zum Tode von Ulrich Sonnemann —

„Die Zukunft ist undurchdringlich, und man muß geduldig abwarten, was geschieht, denn das Schicksal hat seine eigent-
lichsten Werkzeuge in Bewegung gesetzt: incalculable, leidenschaftliche Menschen.“ (Georg Forster)

Unabhängig voneinander hätten sie beide am selben Projekt gearbeitet: und das spräche einmal mehr für den aktuellen Bezug ihrer Theorie zur Gegenwart. Mit diesen Worten verweist Theodor W. Adorno zu Beginn seiner „Negativen Dialektik“ auf Ulrich Sonnemanns „Negative Anthropologie“; und dann gibt es noch einen Aufsatz von Adorno — sein letzter übrigens, geschrieben kurz vor seinem Tod 1969 —, „Marginalien zur Theorie und Praxis“, der Ulrich Sonnemann gewidmet ist. Ansonsten findet sich der Name Ulrich Sonnemann äußerst selten, ja fast gar nicht, verglichen mit der Flut von Publikationen zum Werk Adornos, oder allein verglichen mit der Häufigkeit, mit der Adorno zitiert wird und Sonnemann eben nicht. Zweifellos: auch so etwas hat Gründe, wenn der eine zum akademischen Liebling wird, während der andere Außenseiter bleibt, obwohl beide doch an derselben Thematik herumwuschelten.

Ein Praktiker

Von Adorno ist bekannt, daß er nicht gerade einen leicht zugänglichen Stil für seine Arbeiten gewählt hat — seine „Negative Dialektik“ wird mehr als nur in theoretischer Hinsicht ein „monolithischer Block“ genannt. Zu recht, wie schon mit dem Buchanfang auffällt: „Philosophie, die einmal überholt schien, erhält sich am Leben, weil der Augenblick ihrer Verwirklichung versäumt ward ... Praxis, auf unabsehbare Zeit vertagt, ist nicht länger Einspruchsinstant“ und so weiter, und so weiter. Und Sonnemann? „Daß Philosophie, insofern sie als kritische Theorie in die neue Gemeinschaft eingeht, selbst damit praktisch, Beginn von Weltveränderung wird, statt wie bestenfalls bisher deren von oben herab gedachter Entwurf zu sein, erfüllt das Desiderat von Marx nicht weniger als ihren eigenen Transzendenzbegriff: im mehrfachen Sinn des Wortes höbe solche Praxis ihn auf.“ (1) Das ist ein Satz: und was für einer. Solche Sprache läßt vermuten, daß sie es ist, die ihren Autor ins Abseits drängt: Wer soll denn das verstehen! Doch: eine Vermutung, die sich nicht als Hauptgrund herausstellt, wenn sich erst einmal die Mühe gemacht wurde, zu versuchen, diese Sprache zu verstehen. Und Sonnemann empfahl selbst das Lautlesen seiner Bü-

cher: dann merkt man auch, wie absurd es ist, hier zu meckern, daß das freilich auch hätte anders gesagt werden können: bei einer Mahler-Sinfonie kommt doch auch niemand auf die Idee, daß das einfacher hätte komponiert werden können. Nehmen wir also beide Zitate, Adornos und Sonnemanns, einmal unter die Leselupe, und zwar mit Hilfe eines kleinen Satzes von Marx. „Man kann die Philosophie nicht aufheben, ohne sie zu verwirklichen“, schmetterte er dem Hegelschen Idealismus entgegen, dem zur Aufhebung der Philosophie der preußische Staat genügt. Marx redet bei dem Begriff „Verwirklichung“ von Revolution, von Gesellschaft verändernder Praxis.

Damit noch einmal Adornos Satz gelesen, hieße, daß diese Verwirklichung nicht stattfand — also auch nicht die Aufhebung der Philosophie. Und weiter sagt Adorno, daß heute Praxis weitaus taugt, um die Philosophie zu verwirklichen. Auch von der Studentenbewegung erhoffte sich Adorno nicht viel. Im Gegenteil, deren Aktionismus verstand er als falsche Praxis. Er selber zog sich in die Philosophie zurück und sah einzig in der Kunst noch einen möglichen Eingriff in die Gesellschaft. Dieses diskutiert jener Artikel über „Theorie und Praxis“, den Adorno nicht umsonst seinem Freund Sonnemann gewidmet hat.

Bei Sonnemann ist auch von Aufhebung die Rede: da soll aber die Praxis in die Philosophie aufgehoben werden, indem die Philosophie praktisch wird. Ganz nach der elften Feuerbach-These von Marx, daß es darauf ankommt, die Welt zu verändern — soweit also das Sonnemann-Zitat. Eine Philosophie, die aus sich selbst heraus begründet, warum sie der verändernden Praxis fern bleibt, ist im geisteswissenschaftlichen Betrieb natürlich handhabbarer als eine Philosophie, die sich selbst als verändernde Praxis begreift, wie es für Sonnemann der Fall ist. Die schwere Sprache tut dann das Ihrige dazu. Ulrich Sonnemann also ein Philosoph der Praxis, des Eingreifens, des Ungehorsams: ein akademischer Außenseiter.

Geboren 1912, beginnt Sonnemann sein Studium im geistigen Klima des anbrechenden Dritten Reiches. Heidegger beeinflusst ihn genauso wie Sigmund Freud, politisch liebäugelt er kurz mit der KPD. Nach der Machtergreifung gelangt er zunächst nach Frankreich, wo er einige Zeit in einem Lager festgehalten wird. Hier verschafft er sich durch Wetten über den Kriegsverlauf das nötige Geld, um eine Flucht in die Vereinigten Staaten zu finanzieren. In New York eröffnet er eine psychoanalytische Praxis und hält Kontakt zur New School

of Social Research. 1955 kehrt er nach Deutschland zurück, seit 1974 hatte Sonnemann eine Professur an der Gesamthochschule Kassel.

Der Sozialpsychologe

Sowohl in Abgrenzung zur von Heidegger beeinflussten Gestaltpsychologie Ludwig Binswangers wie auch in Abgrenzung zur Ich-Psychologie Freuds entwickelt Sonnemann seine kritische Sozialpsychologie: „ganze Grunderfahrungen des Bewußtseins, schlüsselhafte diejenigen gerade, in denen es sich nicht in seiner Isoliertheit, sondern in seiner Weltverbundenheit erfährt, kommen“ weder bei Heidegger noch Binswanger noch Freud vor. (2) Gegen die Gestaltpsychologie argumentiert Sonnemann, daß sie ein seinsvergeßenes, ontologisches Bewußtsein zugrundelegt. (3) Mit Freud teilt Sonnemann nicht die Auffassung, daß Ich werden soll, wo Es ist. Gegen geschichtslose Ontologie und Ich-kontrollierte Disziplinierungen des Menschen erarbeitet Sonnemann eine Theorie der Spontaneität. Jede Form von Gehorsam, ob politisch oder durch Selbstkontrolle, ist Sonnemann verdächtig — und er wird zum kritischen Publizisten, der alle Gelegenheiten wahrnimmt, diese Verdachtsmomente auszusprechen. Die Ernsthaftigkeit, mit der er sich engagiert, führte in mehrfacher Hinsicht auch zur Ironie.

Der Publizist

Zunächst die Ironie, die Sonnemann selbst wählt. Von Flensburg bis zum Bodensee müßte die Couch lang sein, um die „deutschen Toren“ therapieren zu können: zur „Einübung des Ungehorsams“, wie er mit einem Buch 1964 empfiehlt. Er macht seine Späße mit dem Namensreim von Herbert Marcuse und Beate Uhse, genauso wie er den Vietnam- und schließlich Golfkrieg mit bestechendem Ernst thematisiert. Mit „Das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten“ (1963 — und gemeint ist Deutschland) gelingt ihm sogar ein Bestseller.

Und er wird unbeliebt: es sind Untersuchungen zum Mordfall Vera Brühne, die aufgrund von Indizien verurteilt wird, ein politischer Skandal, wenn anderen Orts Verteidigungsminister Strauß illegaler Waffenhandel juristisch mit anderem Maß gemessen wird, wie schließlich die Spiegelaffäre von 1962 auch bestätigt. Als diese Untersuchungen in einem von Sonnemann herausgegebenen Buch erscheinen, wird dieses verboten. Ein Verbot, das erst jüngst durch die Strauß-Erben noch einmal rechtskräftig wurde, als das

Buch wiederaufgelegt werden sollte. Eine Hausdurchsuchung auf der Fahndung nach Manuskripten blieb seinerzeit erfolglos, weil — wie sich erzählt wird — Sonnemann die gesuchten Manuskripte unter dem Kissen der Couch versteckt hielt, auf der er während der Durchsuchung saß.

Der Philosoph

Mit der Philosophie Kants teilt Sonnemann die Forderung nach Aufklärung und Mündigkeit. Kant habe die richtigen Fragen gestellt, sagte Sonnemann einmal, um hinzuzusetzen: aber die falschen Antworten gegeben. Nicht nur hält Sonnemann den „kategorischen Imperativ“, der sogar das Notlügen verbieten will, für eine weitere Kontrollinstanz, die dem Menschen blinden Gehorsam abzwängt — nein, die ganze Konstruktion der Kantischen Philosophie ist ihm zu statisch und zu sehr am Mechanisch-Optischen ausgerichtet: redet Kant in erkenntnistheoretischer Hinsicht von Anschauungsformen, so spricht Sonnemann von Anhörungsformen. Begreift Kant darunter Raum und eine räumlich-lineare Zeit, so betont Sonnemann die nichtlineare Zeiterfahrung und ihre „Hörbarmachung“. Sonnemanns Diagnose ist eine „Okulartyrannis“, eine Diktatur des Auges über die anderen Sinne. Seine Kritik gilt der Ordnung der Welt nach Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit, wie es sich vom Fernsehen über moderne Kriegsführung bis hin zur Präsentation und Werbung für die Waren zeigt. Dagegen setzt er die Dynamik des Hörens, versteht nach Schlegel die Vernunft als ein Vernehmen. Wie auch schon im Begriff vom „Ungehorsam“ anklingt, spielt Sonnemann mit einer akustischen Allegorie der Sprache. Sein letztes Projekt: eine transzendente Akustik. Auch dieses sollte der Spontaneität des Menschen geschuldet sein.

Der Entdecker

Sonnemanns Betonung des Spontanen führt in der Konsequenz nicht zu Kant, sondern einem Zeitgenossen Kants, Georg Forster. Als Vorsitzender der Georg Forster-Gesellschaft war er um die Verbreitung des Werks des Weltreisenden, Aufklärers und bürgerlichen Revolutionärs bemüht. Auch Forster betont schließlich die Bedeutung der Spontaneität. (4) Im Gegensatz zu Kant, der seine Sprachbilder oft der Statik des Sternenhimmels entlehnt, wählt der seereisende Forster die ozeanische Dynamik der Natur, um den spontanen Kräften der Menschen und ihrer Geschichte Ausdruck

Jetzt erschienen:

Jens-F. Dwars
Dieter Strützel
Matias Mieth (Hrsg.)

Widerstand wahrnehmen

Dokumente eines Dialogs mit Peter Weiss

Gespräche, Aufsätze und Materialien zur
„Ästhetik des Widerstands“

352 Seiten, Preis 25 DM. Bestellungen an: GNN-Verlag, Züllicher Str. 7, 5000 Köln 1.

zu geben. Mit Forster hat Sonnemann viel gemeinsam, schließlich, daß auch ihn die Abenteuerlust packte und er sich auf die Suche nach — Atlantis machte. Was für die einen Humbug sein mag, war Sonnemann mit einem ironischen Lächeln ernst — wie übrigens auch schon Platon (5) —: ihn interessierte nicht so sehr der geologische Beweis, ob es diesen Kontinent gegeben hat oder nicht — nach Sonnemann spricht einiges dafür —, sondern sein Augenmerk gilt eventuellen psychischen Schäden, die Großkatastrophen vom Ausmaß des Untergangs von Atlantis haben könnten. Sonnemann spricht im geschichtsphilosophischen Sinne von einer Urneurose der Menschheit und erklärt damit auch die literarischen Apokalypsevisionen und Weltuntergangsvorstellungen auf der einen Seite, sowie andererseits die Apokalypseblindheit bezüglich der realen, drohenden ökologisch-ökonomischen Katastrophe. Thesen, die — obwohl sie zunächst spinnenhaft scheinen mögen — zumindest die gewohnten Grenzen des Wissenschaftsbetriebes durchbrechen: „Wenn immer ein Gedanke sich regt, der mit den eingeschliffenen Methoden einer Wissenschaft nicht zu beantworten ist, entspringt Philosophie.“ (6) Dafür war Sonnemann immer zu haben. Gegen die Postmoderne, der er zunächst bescheinigte, daß sie da, wo sie was zu sagen habe, nichts Neues sagen würde, fuhr er mit einem ebensolchen Gedankenspiel auf. Die Rede vom Tod der Moderne, den Postmoderne wie Baudrillard zu diagnostizieren glauben,

übersetzt Sonnemann als „kleinen Tod“, auf Französisch den „petite mort“, George Batilles Beschreibung des Orgasmus. Für Sonnemann ist damit die Postmoderne nichts weiter als die pubertierende Moderne, die ihren ersten Orgasmus hat.

Auch diesen Witz und diese Ironie zu behalten und als Erbe des Werkes Ulrich Sonnemanns zu vernehmen, entspräche einer lebendigen Fortsetzung des kritischen Denkens. „Ironie ist Pflicht“, wie Schlegel sagt. Ulrich Sonnemann starb einundachtzigjährig in der Nacht zum 28. März an Krebs. — (rob)

Die Schriften Sonnemanns erscheinen u.a. im EVA-Verlag Hamburg. Hier erschien im letzten Jahr auch die Festschrift zu Ulrich Sonnemanns 80. Geburtstag: Sabine Gürtler (Hg.), „Spontaneität und Prozeß. Zur Gegenwärtigkeit kritischer Theorie.“ Im Anhang des Buches findet sich eine ausführliche Liste der Arbeiten Sonnemanns.

- 1) Ulrich Sonnemann, Negative Anthropologie, Vorstudien zur Sabotage des Schicksals, Reinbek bei Hamburg 1969, S. 24.
- 2) ebd., S. 77f.
- 3) Vgl. dazu meine äußerst spärlichen Anmerkungen in „Die allerletzten Nachrichten aus Molussien“, PB. Ansonsten gibt es einen Haufen Literatur dazu.
- 4) Zu Forster gibt es noch nicht allzuviel Literatur. Empfehlenswert: Ludwig Uhlig, Georg Forster. Einheit und Mannigfaltigkeit in seiner geistigen Welt, Tübingen 1965.
- 5) Vgl. Platons Dialoge „Timaeus“ 17a-20c, 20d-25e, sowie „Critias“ 108e-121c.
- 6) Gespräch mit Sonnemann mit Florian Rötzer, in: ders. (Hg.), Denken, das an der Zeit ist, Frankfurt/M. 1978, S. 263.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo)
- ☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank) Unterschrift

Einsenden an: GNN, Züllicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

12/93

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik — erscheint vierzehntägig.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Züllicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260 226, Züllicher Str. 7, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 0-7144 Schleuditz), Werner Thümler (über: GNN, Czernikstr. 5, W-1000 Berlin 62). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Züllicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 443 39 360. Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,-

DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM, das Halbjahresabo kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Züllicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Züllicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Güntherbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2
für Bezieher aus Ostdeutschland
GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 0-7144 Schleuditz